Atlantik-Brücke
and the Transatlantic Relationship

HERE

Atlantik-Brücke
und die transatlantischen Beziehungen

TO STAY

ATLANTIK-BRÜCKE

HERE TO STAY

70 Years // 70 Jahre
1952–2022

Atlantik-Brücke
and the Transatlantic
Relationship

Atlantik-Brücke
und die transatlantischen
Beziehungen

Contents // Inhalt

Sigmar Gabriel
6 Zurück zu einer Welt mit klaren Regeln
10 Returning to a World that has Clear Rules

Amrai Coen & Martin Klingst
12 Mein Amerika, dein Amerika
20 My America, Your America

Thomas Bagger
24 Demokratien der Zukunft
29 Democracies of the Future

Anand Raghuraman
32 A New Bridge from Asia to Europe
34 Eine neue Brücke zwischen Asien und Europa

Julia Friedlander
36 America's Zeitenwende
42 Amerikas Zeitenwende

Christiane Hoffmann
46 Die Grenzgängerin
47 Crossing Borders

Friedrich Merz
48 Ein Bündnis mit Zukunft
54 An Alliance with a Future

Chelsea McKelvey
58 Overseas
60 Nach Übersee

Veronica Escobar & Michael Werz
62 A Wall is No Solution
66 Eine Mauer ist keine Lösung

Elisabeth Zerofsky
70 The Best of Both Worlds
71 Das Beste beider Welten

Norbert Röttgen
72 Die Stärke des Westens
78 The Strength of the West

Mayra Guadalupe Cedano Robles
82 A More Inclusive Conversation
84 Inklusiver Diskurs

Erin Sikorsky
86 A Threatening Climate
92 Ein bedrohliches Klima

Hans-Gert Pöttering
96 Mit den besten Empfehlungen
98 With the Very Best Recommendations

Volker Berghahn
100 The Gateway to the World
106 Das Tor zur Welt

Timeline // Chronik
110 Visual Journey through the Decades
110 Bildreise durch die Jahrzehnte

Zurück zu einer Welt mit klaren Regeln

70 Jahre nach der Gründung der Atlantik-Brücke muss sich die transatlantische Partnerschaft neuen Herausforderungen stellen.

Sigmar Gabriel

70 years after Atlantik-Brücke was founded, the transatlantic partnership faces new challenges.

Returning to a World that has Clear Rules

[DE] Die Gründung der Atlantik-Brücke vor 70 Jahren konnte nur aus einem Geist des Mutes und der Zuversicht heraus gelingen. Nur ein wahrhaft unerschrockener und optimistischer Mensch kehrt in sein von Faschismus und Krieg verwüstetes Heimatland zurück – ein Land, in dem die Nationalsozialisten ihm und seiner Familie sowie allen, die nicht in die „Volksgemeinschaft" passten, nach dem Leben getrachtet haben –, um beim Neuaufbau zu helfen und es wieder in den Dialog mit der Welt zu bringen. Eric Warburg, der während der Herrschaft der Nationalsozialisten in den USA gelebt und im Zweiten Weltkrieg als amerikanischer Soldat gekämpft hatte, setzte sich mit den Mitgründerinnen und -gründern der Atlantik-Brücke dafür ein, dass der Austausch mit den Vereinigten Staaten von Amerika fest in der jungen Bundesrepublik verankert wurde. Die Mütter und Väter der Atlantik-Brücke wussten, dass Deutschland die USA als starken Alliierten für eine Zukunft im Kreise der Demokratien der Welt brauchen würde. Beflügelt wurde ihr Engagement durch „Lauterkeit der Gesinnung, Wärme des Mitempfindens, Sich-nützlich-Machen und Sich-Kümmern". Auch wenn diese Eigenschaften, mit denen Marion Gräfin Dönhoff, selbst Mitgründerin der Atlantik-Brücke, ihren engen Freund Eric Warburg einmal beschrieb, im Jahr 2022 etwas angestaubt und altmodisch klingen mögen, so sind es doch genau die Qualitäten, auf die es heute noch genauso ankommt wie damals.

Das Jubiläum der Atlantik-Brücke ist uns Anlass, ihr Vermächtnis zu würdigen, indem wir sie erfolgreich in die Zukunft führen. Mit welchen Themen muss sich die geschichtsträchtige Institution, die Deutschlands Westbeziehungen in den vergangenen 70 Jahren so stark geprägt hat, in den nächsten Jahren und Jahrzehnten befassen? Wie hat sich die Welt, wie haben sich unsere Gesellschaften verändert? Wie können Deutschland und die USA zusammenarbeiten, um gemeinsam stärker zu sein gegen innere und äußere Bedrohungen? Auf welchen Gebieten können wir voneinander lernen? Den vorausschauenden, zupackenden Gestaltungswillen der Gründerinnen und Gründer der Atlantik-Brücke wollen wir uns zum Vorbild nehmen, um für die Aufgaben von morgen gewappnet zu sein.

Die drängendste Herausforderung, vor der wir heute stehen, ist diese: Wir müssen zurück zu einer Welt finden, in der klare Regeln gelten. Russland hat, getrieben von einer aus der Zeit gefallenen Sehnsucht nach einstiger Macht und Größe, ein europäisches Land angegriffen und mit einem blutigen und gnadenlosen Krieg überzogen. Damit hat es, im Kampf gegen seine eigene weltpolitische Bedeutungslosigkeit, einen Anschlag auf die internationale Rechtsordnung verübt. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine wirft uns zurück im Bestreben, dieser Ordnung Geltung zu verschaffen und auf der Welt für Verlässlichkeit und Sicherheit zu sorgen. Dennoch hat dieser Krieg uns besonders drastisch den Wert der transatlantischen Beziehungen deutlich gemacht. Ebenso deutlich hat er uns vor Augen geführt, dass wir diese Beziehungen neu denken müssen. Die Europäische Union sieht sich – anders als in den 1950er Jahren – nicht mehr länger als „kleine

Schwester der USA“, ist aber mit Blick auf die Lastenverteilung noch lange keine ebenbürtige Partnerin. Europa muss in seinem Umfeld mehr Verantwortung übernehmen. Die deutsche „Zeitenwende“ kann dabei nur der Anfang sein. Wir können von den USA nicht erwarten, dass sie noch sehr viel länger Schutzmacht Europas sind, sondern müssen das „burden sharing“ ernst nehmen.

Heute sind wir erneut Zeugen, wie sich die Machtachsen der Welt verschieben – oder stellen fest, dass sie sich bereits verschoben haben. Anders als vor 70 Jahren spielen sich die großen Umbrüche im Indopazifik ab – und dahin richten auch die USA ihren Blick. Im Konkurrenzverhältnis zwischen China und den USA muss Europa seinen Platz finden – und sich fragen, wie das eigene Verhältnis zu China, das wesentlich verwobener und vielschichtiger ist als das zu Russland, künftig aussehen soll. Der autokratische Staat, mit dem insbesondere auch Deutschland so enge Handelsbeziehungen verbinden, macht deutlich, dass er seinen beträchtlichen weltweiten Einfluss sowohl mit Geld als auch mit Waffengewalt auszubauen gedenkt. Die lange gehegte Hoffnung, dass wir mit China business as usual weiterbetreiben können und es so etwas wie eine friedliche Koexistenz geben kann, wird von China selbst untergraben. Umso wichtiger ist es, dass Europa und die USA sich verständigen und sich gemeinsam dafür einsetzen, die regelbasierte liberale Weltordnung gegenüber China zu stärken. Das gilt für wirtschafts- ebenso wie für sicherheitspolitische Fragen. Es gilt aber auch in der Frage, welche Partner auf der Welt wir uns gemeinsam suchen. Die Auswirkungen der vielen Krisen machen sich auf besonders verheerende Weise in den Ländern des globalen Südens bemerkbar. Die Folgen von Nahrungsmittelknappheit und Klimawandel betreffen in unverhältnismäßig hohem Maße den Teil der Menschheit, dessen Heimatländer an der internationalen Politik bisher zu häufig nur von der Zuschauertribüne aus teilnehmen durften. China ergreift die Gelegenheit, sich als Ansprechpartner zu etablieren. Anstatt dem chinesischen Paternalismus einen eigenen europäisch-amerikanischen entgegenzusetzen, müssen wir die Länder des Südens mit an den Tisch holen, und zwar dauerhaft.

Um diesen äußeren Herausforderungen gewachsen zu sein, müssen wir auf beiden Seiten des Atlantiks den Blick auch nach innen richten. Die Demokratie, das Herzstück unserer Gesellschaften, ist hier wie dort in Bedrängnis geraten. Demagogen und Verschwörungstheoretiker haben großen Zulauf; die Verunsicherung durch Krieg, Inflation und die Pandemie spielen ihnen in die Karten. Frustration aufgrund von sozialer Ungleichheit, einem Mangel an Chancen und dem Gefühl, mit den eigenen Nöten nicht gehört und ernst genommen zu werden, untergraben das Vertrauen in den Staat und seine Institutionen. Wie können wir den sozialen Zusammenhalt stärken und unsere Demokratien zukunftsfest machen? Traditionelle gesellschaftliche Zusammenhänge zerfallen (schon 1995 beklagte Robert Putnam in seinem Aufsatz „Bowling Alone“ den Zerfall des Miteinanders und zivilgesellschaftlichen Engagements in Amerika); mit den sozialen

Medien sind derweil neue Foren entstanden. Mit diesen Veränderungen müssen wir konstruktiv umgehen und voneinander lernen.

Auch die Frage, wie wir einander sehen – Europa Amerika und Amerika Europa –, muss uns in Zukunft wieder beschäftigen. Unser Verhältnis ist so eng und selbstverständlich geworden, dass wir einander aus den Augen verloren haben. Wie können wir es mit Blick auf eine veränderte Weltlage, auf die Rollen, die unsere Nationen heute innehaben, neu betrachten? Wie können wir junge Menschen von beiden Seiten des Atlantiks dafür begeistern, auch übermorgen noch miteinander im Gespräch zu bleiben? Eines ist klar: Wir müssen uns auf Neues einlassen, wir müssen zuhören und insbesondere auf diejenigen zugehen, die bisher nicht Teil des Dialogs waren.

Die Welt hat sich in den letzten 70 Jahren grundlegend verändert. Ärmer an Gefahren ist sie nicht geworden. Die Autorinnen und Autoren dieser Festschrift legen dar, worauf es in der transatlantischen Zusammenarbeit ankommen wird. Die Atlantik-Brücke wird auch in der Zukunft die Beziehungen zwischen Europa und den USA prägen – um es mit Marion Gräfin Dönhoff zu sagen: Die Atlantik-Brücke wird sich auch in Zukunft kümmern und nützlich machen und das transatlantische Verhältnis gestalten!

Sigmar Gabriel

ist Vorsitzender der Atlantik-Brücke. Er ist Vizekanzler und Bundesminister a. D. Von 1999 bis 2003 war er niedersächsischer Ministerpräsident und von 2009 bis 2017 Vorsitzender der SPD.

is Chairman of Atlantik-Brücke and former German Federal Minister and Vice Chancellor. From 1999 to 2003, he was Minister-President of Lower Saxony and from 2009 to 2017 Chairman of the SPD.

[US] Returning to a World that has Clear Rules

The founding of Atlantik-Brücke 70 years ago could only be achieved with a spirit of courage and confidence. Only a truly fearless and optimistic man could return to his homeland devastated by fascism and war—a country where the National Socialists had been out to kill him and his family and everyone who did not fit into the *Volksgemeinschaft* or "national community"—in order to help rebuild the country and re-establish a dialogue with the world. Eric Warburg lived in the USA at the time of the Nazi regime and fought on the side of the U.S. Army in World War II. He and his Atlantik-Brücke co-founders worked together to ensure that a purposeful exchange with the United States of America was firmly embedded in the young Federal Republic of Germany. The mothers and fathers of Atlantik-Brücke knew that Germany would need the USA as its strongest ally to secure a future among the democracies of the world. Their commitment was spurred by "an ethos of integrity, warm compassion, making oneself useful, and caring." These words, used by Atlantik-Brücke co-founder Marion Countess Dönhoff to characterize her close friend Eric Warburg, might seem somewhat outdated and old-fashioned in 2022, but the qualities described are just as critical today as they were back then.

The anniversary of Atlantik-Brücke is a fitting occasion for us to honor its legacy by successfully taking the organization into the future. What are the issues that this historic institution should engage with in the coming years and decades, given that it has so strongly impacted Germany's relationship with the West over the past 70 years? How has the world changed? How have our societies altered? How can Germany and the USA work together to become collectively stronger when facing internal and external threats? What are the areas in which we can learn from one another? The forward-looking, hands-on attitude of the Atlantik-Brücke founders and their determination to shape the future will be our model so that we can be prepared for the tasks and responsibilities of tomorrow.

The most pressing challenge before us today is this: we must return to a world wherein clear rules apply. Russia, driven by an outdated longing for former power and greatness, has attacked a European country and plunged it into a bloody and ruthless war. In this battle against its own geopolitical insignificance, the country has perpetrated an attack against the rules based international order. Russia's war against Ukraine re-establishes our aim to enforce this order and ensure that there is stability and security in the world. Furthermore, this war has shown us the importance of transatlantic relationships in particularly stark terms. It has also made us aware that we need to rethink these relationships. The European Union no longer sees itself as "the little sister of the U.S.," like it did in the 1950s, but it is far from being an equal partner when it comes to burden sharing. Europe has to take more responsibility for its own surroundings and sphere of influence. The German *Zeitenwende*, or "turning point in history," can only be the beginning of this process. We cannot expect the U.S. to be Europe's protecting power for very much longer, so we must take this burden sharing seriously.

Today, we are once again witnesses to how the power axes in the world are shifting—or we find that they have already shifted. Unlike 70 years ago, the big upheavals are playing out in the Indo-Pacific, and the U.S. is also turning its attention there. Europe has to find its place amid the rivalry between China and the U.S. It is essential that Europe ask itself what the relationship with China—which is far more interconnected and complex than the relationship with Russia—should look like in the future. The autocratic state, which Germany has an especially close trade relationship with, has made it clear that it is thinking about expanding its considerable global influence using money as well as armed forces. The long-standing hope that we can continue conducting business as usual with China, and that something akin to peaceful co-existence could occur is undermined by China itself. This is why it is all the more important that Europe and the USA come to an understanding and build a united front to strengthen the rules-based liberal world order with regard to China. This applies to economic as well as security policy issues, but it is also critical when we look for common partners among the nations of the world. The devastating effects of the many crises are especially being felt in the countries of the Global South. The consequences of food shortages and climate change disproportionately affect those whose countries have often only been able to participate in international politics as spectators. China has used the opportunity to establish itself as a contact partner for those nations. Instead of countering Chinese paternalism with our own European-American equivalent, we need to bring the countries of the Global South to the table—permanently.

In order to be able to cope with these external challenges, we, on both sides of the Atlantic, must also look inwards. Democracy, the heart of our societies, has experienced increased strain both here and in the U.S. Demagogues and conspiracy theorists have found large audiences. Uncertainty, caused by war, inflation, and the pandemic, is playing into their hands. Personal frustration due to social inequality, a lack of opportunity, and the feeling of not being heard or taken seriously has undermined trust in the state and its institutions. How can we strengthen social cohesion and make our democracies fit for the future? Traditional community relations are crumbling (In 1995, Robert Putnam was already lamenting the disintegration of community and civic engagement in the U.S. in his essay "Bowling Alone"); meanwhile, new forums have arisen with the emergence of social media. We have to deal with these changes constructively and learn from one another.

Moreover, in the future we need to engage once again with the question of how we—Europe and the U.S.—see each other. Our relationship has become so close, and we have been taking it for granted for so long, that we have lost sight of each other. How can we view this friendship in a new light considering the changing global situation and the roles that our nations occupy today? How can we motivate young people on both sides of the Atlantic to keep the conversation going tomorrow and even the day after tomorrow? One thing is clear: we must be open to new developments, we must listen and particularly reach out to people who have not been part of the dialogue so far.

The world has fundamentally changed in the last 70 years. The dangers have not decreased. The authors of this commemorative publication describe what will be important for transatlantic cooperation. Atlantik-Brücke will keep shaping the relationship between Europe and the U.S. in the future—in the words of Marion Countess Dönhoff: Atlantik-Brücke will still care, will continue to make itself useful and will keep on developing the transatlantic relationship!

Mein Amerika, dein Amerika

Amrai Coen, 35, berichtet seit Herbst 2021 für *Die Zeit* aus den USA, Martin Klingst, 67, tat dies von 2007 bis 2014. Beide fühlen sich dem nahen, fernen Land sehr verbunden. Wie schauen die beiden Korrespondenten auf die (Un-)Vereinigten Staaten? Zum Gespräch trafen sie sich in der Hauptstadt Washington, D. C.

Amrai Coen, 35, has been a reporter for *Die Zeit* from the U. S. since the fall of 2021. Martin Klingst, 67, served as correspondent from 2007 to 2014. Both feel very attached to this distant land that often feels so close. How do the two correspondents view the (dis-) United States? They met in the capital, Washington, D. C., to talk.

My America, Your America

[DE] Amrai Coen Martin, wann warst du das erste Mal hier in Amerika?

Martin Klingst 1971. Da war ich gerade 16 und kam für ein Jahr als Austauschschüler. Ich wusste zwar, wer Martin Luther King gewesen war, ich hatte die Karl-May-Romane verschlungen und war ein großer Fan von Jimi Hendrix und Janis Joplin. Aber ich hatte null Ahnung von Amerika. Die Überquerung des Atlantiks war für mich der allererste Flug.

AC Und wo bist du gelandet?

MK In Detroit, und dort wurde dann verkündet, wer wohin in welche Gastfamilie kam. "Martin, you're going to Colorado!"

AC Sechser im Lotto!

MK Ich musste erst mal auf der Karte gucken, wo das ist. Ich erinnere mich gut, wie modern mir alles vorkam in Amerika: Meine Gasteltern hatten einen Straßenkreuzer mit elektrischen Fensterhebern, in meiner Schule gab es eine Bibliothek mit einem Zeitungsarchiv auf Mikrofilmen, das kannte ich bis dahin noch nicht. Ich dachte: „Wow, Amerika, das ist der Fortschritt an sich!"

AC Als du 35 Jahre später als Korrespondent zurückgekehrt bist in die USA – dachtest du da immer noch, Amerika sei der Fortschritt an sich?

MK Nein. Als ich mit meiner Familie Ende der 2000er Jahre nach Amerika zog, dachte ich ständig: „Mein Gott, Asbach Uralt!" Dauernd hatten wir Stromausfall. Wenn es mal heftig regnete oder schneite, ging gar nichts mehr. Was waren deine ersten USA-Eindrücke?

AC Ich bin als Kind häufig umgestiegen auf amerikanischen Flughäfen – auf dem Weg nach Mexiko, wo mein Vater herkommt. Aber meine erste richtige Erinnerung an Amerika ist Disney World in Florida – dort haben wir Urlaub gemacht, als ich fünf war. Ich dachte damals: Traumurlaub! Für meine Eltern war es das vermutlich weniger. Ich habe noch heute ein Foto von mir und E.T.

MK Und wenn du an deine Jugend zurückdenkst, was hast du damals mit Amerika verbunden?

AC Der 11. September kommt mir da als wahnsinnig bedrückendes Ereignis als Erstes in Erinnerung, da war ich 14. Ich kam gerade nach Hause von der Schule, und mein Vater sagte völlig verstört, ich müsse mir das angucken. Der Fernseher lief und man sah die Flugzeuge, wie sie ins World Trade Center flogen. Was für ein Schock. Und das andere Ereignis, das mein Amerika-Bild als Jugendliche prägte, war der Irakkrieg, der knapp zwei Jahre später begann. Ich hatte als Jugendliche eher ein negatives Klischee-Bild von Amerika. Ich war auf Demos gegen den Irakkrieg. Amerika war kein mir besonders sympathisches Land, es erschien mir so übermächtig. Ich habe mein Austauschjahr lieber in Australien verbracht.

MK Wie hat sich denn dein Bild verändert von früher zu jetzt, da du in den USA lebst?

AC Ich bin in den letzten 14 Jahren häufig als Journalistin in die USA gereist und habe eine Weile in New York gewohnt. Jetzt lebe ich seit fast einem Jahr in Washington – und mein Bild hat sich in jeder Hinsicht geändert. Natürlich entspricht Amerika auch ein Stück weit seinem Klischee. Gleichzeitig begreife ich immer mehr, wie unglaublich verletzlich diese fast zweieinhalb Jahrhunderte alte Demokratie ist. Amerika hat sich in meinen Augen von diesem wahnsinnig arroganten Wesen, das sich unangreifbar fühlt, immer mehr zu einem sehr verletzlichen Patienten verwandelt.

MK Meine erste Begegnung mit Amerika liegt ja inzwischen 50 Jahre zurück – aber ich habe das Land auch schon 1971 als sehr verletzlich wahrgenommen. Das war zu Zeiten des Vietnamkriegs, und Amerika war eine von Selbstzweifeln geplagte Nation. Einige meiner Mitschüler fürchteten, zum Militär eingezogen zu werden und im Krieg sterben zu müssen. Ich ging damals mit einem Freund zu einer Anti-Vietnamkriegs-Demo, meine sehr konservativen Gasteltern durften das nicht wissen. Mein Gastvater sagte mal zu mir: „Wenn ich einen Sohn hätte, und der würde sein Leben im Krieg gegen den Kommunismus lassen, wäre ich stolz auf ihn."

AC Wenn man einen historischen Vergleich sucht zur Polarisierung, die heute in den USA existiert, dann heißt es oft: die Zeit des Vietnamkriegs. Würdest du sagen, dass die Polarisierung damals ähnlich war, wie sie heute ist?

MK Ich kam in die USA, da war Nixon Präsident, auch damals standen sich Demokraten und Republikaner verfeindet gegenüber. Es gab den Watergate-Skandal, die Rassengesetze waren erst vor Kurzem abgeschafft worden. Was ich allerdings anders wahrgenommen habe als heute: Es gab sehr konservative Demokraten und absolut liberale Republikaner. Es war möglich, über die Parteien hinweg Kompromisse zu schließen. Heute ist alles ideologisiert, bis hin zu den Fragen, ob man die Evolutionstheorie und Sexualkunde lehren darf. Fast bei jedem Thema herrscht ein Kulturkampf. Damals wohnte ich in Colorado in einer sehr konservativen, religiös geprägten Gegend und ging auf eine sehr weiße, konservative Schule. Aber mein Biologielehrer kam mit einer Banane und einem Kondom in den Unterricht, ohne dass jemand daran Anstoß nahm. Das wäre heute an einer vergleichbaren Schule undenkbar.

AC Ich bin seit meinem Umzug nach Amerika überrascht davon, wie sehr in Panik dieses Land ist. Nach der Wahl von Joe Biden war so eine Erleichterung zu spüren: dieses Gefühl, der Trump-Spuk sei jetzt vorbei und diese Nation könne wieder heilen. Als ich hier in Washington im Herbst 2021 meine Kisten auspackte, war dieses positive Gefühl verpufft. Die Leute haben kaum Vertrauen in die amerikanische Demokratie und ihre Institutionen. Und natürlich bin ich geschockt davon, welche Macht Trump noch immer hat. Allein, wenn man sich die Zahl anschaut, dass mehr als zwei Drittel der republikanischen Wähler glauben, die Wahl sei gestohlen worden.

„Ich bin seit meinem Umzug nach Amerika überrascht davon, wie sehr in Panik dieses Land ist."

Amrai Coen

MK Diesen bleibenden Einfluss hat wohl kaum jemand für möglich gehalten. Als Trump an die Macht kam, lebte ich zwar nicht mehr in den USA, doch ich war im Wahlkampf hier und habe Trumps Sieg trotzdem nicht kommen sehen. Immer wieder fragte ich mich, was ich übersehen hatte. Deshalb habe ich in den vergangenen Jahren viele Trump-Wählerinnen und -Wähler aufgesucht und sie nach ihrem Weltbild befragt. Ich wollte hören, was sie bewegt.

AC Und was bewegt sie deiner Meinung nach?

MK Ihre Grundmelodie ist fast immer dieselbe. Die meisten hadern mit dem Wandel Amerikas, vor allem mit den sozialen, demografischen und kulturellen Veränderungen. Und trotz der klaren Feindbilder: Es hat mich erstaunt, wie freundlich sie mich empfingen, wie offen sie auf meine Fragen antworteten und ihre Lebensgeschichten vor mir ausbreiteten. Viele erinnerten mich an meinen verstorbenen Gastvater, der sicherlich auch Trump gewählt hätte.

Amrai, wenn du jetzt auf die Monate zurückblickst, die du in Amerika lebst: Was ist das Erstaunlichste für dich?

AC Auch, wie offen und hilfsbereit Amerikaner sind. Als wir hier ankamen, hatten wir eine komplett leere Wohnung. Die Nachbarn, die wir noch gar nicht kannten, haben uns sofort Möbel hingestellt, Besteck gegeben, uns eine Matratze hingelegt. Und weil du nach dem Erstaunlichsten fragtest: Ich bin auch überrascht davon, wie weit die Amerikaner in gesellschaftlichen Dingen sind: zum Beispiel in Bezug auf Diversität. Es ist selbstverständlich, dass Frauen und Minderheiten mit am Tisch sitzen. In deutschen Konferenzen und Debatten ist es dagegen noch immer völlig normal, dass es nicht so ist.

„Wenn in Deutschland über die USA geredet wird, dann heißt es ja häufig: DAS Amerika. Ich finde es manchmal schwer, in Deutschland zu vermitteln, dass es DAS Amerika gar nicht gibt."

Martin Klingst

MK Aber gerade an dieser Diversität und an der wachsenden gesellschaftlichen Liberalität stoßen sich viele Trump-Wähler.

AC Und trotzdem geschieht der Wandel.

MK Wenn in Deutschland über die USA geredet wird, dann heißt es ja häufig: DAS Amerika. Ich finde es manchmal schwer, in Deutschland zu vermitteln, dass es DAS Amerika gar nicht gibt. Die Vereinigten Staaten sind ja ein Land mit extrem unterschiedlichen Schattierungen. Natürlich gab es da immer diese Klammer:

„The American Way of Life“ und „The American Dream“, der Traum vom Aufstieg. Aber was heißt das heute? Der amerikanische Traum stößt schon seit Langem an Grenzen, ökonomisch, sozial und ökologisch. Die Klammer, die die Gesellschaft zusammenhält, wird immer brüchiger. Denkst du denn, es gibt DAS Amerika?

AC Ist das nicht eine Frage, die noch weiter geht? Und zwar: Was sind eigentlich die Dinge, auf die sich die Amerikaner noch einigen können? Das frage ich meine Gesprächspartner häufig auf Recherchen. Und erstaunlicherweise bekomme ich meistens die gleiche Antwort – von Menschen aus beiden politischen Lagern. Die Leute sagen: Das letzte Mal, dass wir uns als Amerikaner vereint gefühlt haben, war, als 9/11 passierte. Was wahnsinnig traurig ist: Der schlimmste Terroranschlag der amerikanischen Geschichte ist der Moment, in dem sich diese zwei Amerikas einander noch nahe fühlten.

MK Das Gefühl, vereint zu sein, hat nicht lange gehalten. Ich war bei mehreren Ereignissen, wo es nach einer Katastrophe jedes Mal hieß: Jetzt rücken wir als Nation zusammen! Zum Beispiel nach Amokläufen wie dem Massaker an der Grundschule Sandy Hook im Dezember 2012, wo unter anderem 20 Grundschulkinder erschossen wurden. Ganz furchtbar. Obama fuhr hin und hielt eine Rede zur Einheit der Nation. Eine Woche lang schwieg sogar die Waffenlobby, und man dachte: Jetzt rückt das Land vielleicht wirklich zusammen. Aber dann brachen die alten Gräben, brach der Kulturkampf wieder auf, bei dem es im Kern immer um die Frage geht: Wer wollen wir sein als Amerikaner, als Nation? Eine Frage, über die es keine Einigkeit mehr gibt.

AC Auch beim Umgang mit der eigenen Geschichte kommt dieser Kulturkampf immer wieder hoch. Darf in der Schule über Sklaverei gesprochen werden? Dürfen Lehrer den Schülern erklären, was Rassismus ist? Welche Bücher dürfen noch in der Schule gelesen werden? Dass Bücher wie die Graphic Novel *Maus* von Art Spiegelman – einem Sohn von Auschwitz-Überlebenden – aus den Lehrplänen verbannt werden, finde ich total erschreckend. Und was mich auch immer wieder abstößt, ist diese brutal ungleiche Verteilung des Wohlstands. Gerade aus deutscher Sicht: Es gibt kaum ein soziales Netz für die Schwächeren der Gesellschaft. Ich finde, man sieht das aktuell sehr deutlich in der Abtreibungsdebatte: Einerseits wollen die sogenannten Pro-Lifer Abtreibungen verbieten, andererseits ist niemand von ihnen bereit, auch nur einen Cent mehr Steuern dafür zu zahlen, dass es so was wie eine staatlich finanzierte Kinderbetreuung oder Eltern- und Kindergeld gibt.

MK Früher haben republikanische Präsidenten wie Richard Nixon üppige Sozialprogramme aufgelegt und die Republikanische wie die Demokratische Partei waren große politische Zelte, die unterschiedliche Strömungen unter ihrem Dach vereinten. Mich besorgt, dass es heute so gut wie keine Brücken und keine Brückenbauer mehr gibt in der amerikanischen Politik.

AC Vereinzelt gibt es sie schon. Aber die Republikanische Partei wird noch immer so sehr von Trump dominiert, dass die wenigen, die mit der anderen Seite reden und arbeiten, extrem angefeindet werden, sowohl von ihrer eigenen Partei als auch von den Wählern. Wenn ich mit Republikanern spreche, dann höre ich hier in Washington von vielen hinter vorgehaltener Hand, wie schrecklich sie Trump finden. Und trotzdem schafft es die Republikanische Partei nicht, sich von ihm zu lösen.

Jetzt reden wir wieder die ganze Zeit über Trump. Ich frage mich, ob wir Journalisten nicht zu viel auf ihn und seine Wähler gucken. Zugegeben, für mich ist es als Korrespondentin häufig einfacher, mit der immer neuen Trump-Geschichte um die Ecke zu kommen – weil dahinter immer eine Dramatik, diese konstante Bedrohung steckt. Und wenn man sich Leserbriefe und Klickzahlen anschaut, sind Leute an Trump weit mehr interessiert als an dem ganzen Dilemma, in dem die Demokraten feststecken. Geben wir Trump zu viel Raum?

MK Wahrscheinlich. Aber dahinter steckt halt die große Frage: Wird er 2024 wieder kandidieren – und womöglich wieder gewinnen? Wie wird die Welt dann aussehen? Zum Beispiel: Würde der Westen auch unter einem Präsidenten Trump zusammenhalten und Russland im Ukrainekrieg die Stirn bieten? Aber es stimmt, insgesamt wird sich zu wenig mit dem schlechten Zustand der Demokraten beschäftigt. Auch sie haben sich ideologisiert. Und seit Obama sind kaum jüngere Präsidentschaftskandidatinnen oder -kandidaten von nationalem Format nachgewachsen. Jedenfalls kann ich sie bislang nicht erkennen.

AC Ich finde es auch ziemlich deprimierend, wie schlecht die Demokraten aufgestellt sind und wie viel Ohnmacht auf ihrer Seite herrscht. Schaut man auf die Republikanische Partei, gibt es neben Trump viele, die an die Spitze der Partei wollen, Kandidaten wie den Senator Ted Cruz aus Texas oder Gouverneur Ron DeSantis aus Florida. Natürlich alles keine Optionen, die einen aus deutscher Sicht und in Bezug auf das transatlantische Verhältnis beruhigen würden. Aber wen sieht man da bei den Demokraten? Will Joe Biden 2024 mit fast 82 noch mal antreten? Wird Vizepräsidentin Kamala Harris ins Rennen geschickt, die noch unbeliebter ist als Biden, auch in ihrer eigenen Partei?

Aber mal jenseits der Politik, Martin: Dich zieht es seit Jahrzehnten immer wieder in die USA. Gibt es da noch Neues zu entdecken für dich?

MK Amerika ist auf vielfältige Weise immer wieder faszinierend, seine Größe, seine gigantische Natur! Und natürlich diese echte Diversität der Nation, diese Vielfalt an Kulturen und Herkünften, wie sie in kaum einer anderen Gesellschaft existiert. Und nach wie vor begeistert mich der Wagemut vieler Amerikaner, ihr „You can do it!“-Spirit – und wenn es schiefgeht: egal! Dann hat man halt einen neuen Versuch. Wir Deutschen sind weit weniger risikofreudig. Wir lassen uns hemmen von einem Wust aus Gesetzen, haben erst mal eine Liste im Kopf mit den Dingen, die alle nicht klappen könnten.

AC Mich beeindruckt auch, wie sehr die Menschen hier bereit sind, sich immer wieder neu zu erfinden – einen neuen Job anzufangen, mal was anderes zu machen. Dazu zählt für mich auch das zivilgesellschaftliche Engagement, das ich hier viel stärker wahrnehme als in Deutschland. Selbst Leute mit wahnsinnig arbeitsintensiven Jobs kümmern sich dann nebenher noch um Straßenhunde oder trainieren am Wochenende die Kids im Fußballverein.

MK Ja, stimmt. Der berühmte alte John-F.-Kennedy-Satz – „Frage nicht, was dein Land für dich tun kann – frage, was du für dein Land tun kannst“ – gehört zur DNA vieler Amerikaner, das gefällt mir.

AC Haben dich deine Amerika-Jahre verändert?

MK Ja, das zivilgesellschaftliche Engagement und dass man sich auch im Alter immer wieder neu erfinden kann, hat mich geprägt. Denn darin steckt eine große positive Kraft. Natürlich verfolge ich manche Entwicklungen in den USA mit großer Sorge und frage mich, wie gefestigt diese älteste bestehende Demokratie der Welt wirklich ist. Aber das Bild, das Deutsche von Amerika haben, ist oft so einseitig. Da wird mit uralten Klischees um sich geworfen, dass die Amerikaner oberflächlich sind, ungebildet, rassistisch – und sich nicht um den Rest der Welt kümmern. Das ärgert mich, und ich versuche nach Kräften, diesen so tief verwurzelten Vorurteilen entgegenzuwirken.

AC Der Krieg in der Ukraine ist ja gerade ein gutes Beispiel dafür, dass der Rest der Welt den USA nicht völlig egal ist. Kein anderes Land unterstützt die Ukraine so sehr wie die Vereinigten Staaten. Ist das transatlantische Verhältnis seither nicht noch einmal enger geworden?

MK Ja, da ist der neue Schulterschluss gegen Russlands Aggression, und da sind Deutschlands Anstrengungen, endlich mehr in seine Verteidigung und die Verteidigung der NATO zu investieren. Für die transatlantischen Beziehungen ist das jetzt eine sehr wichtige Phase und eine Chance, die wir nicht vertun dürfen. Im Konflikt mit Russland geht es ja auch um die Verteidigung von Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit. Diese Werte müssen wir nicht nur gegenüber Putin verteidigen, sondern auch gegenüber der Volksrepublik China – und ebenso gegenüber manch einem Staat in der EU und den westlichen Bündnissen.

Wie siehst du das? Erfahren die transatlantischen Beziehungen und die gemeinsamen Werte genügend Rückhalt in den USA?

AC Ich denke schon, dass dem transatlantischen Verhältnis auch aus amerikanischer Sicht neues Leben eingehaucht wird. Der Blick ging ja eigentlich immer weiter weg von Europa in Richtung China – nicht nur unter Trump, sondern auch unter Obama und Biden. Man kann von großem Glück sprechen, dass im Augenblick des Ukrainekriegs Biden an der Macht ist, weil er enge Beziehungen nach Europa hat und die Ukraine ihm am Herzen liegt. Allerdings: Wenn man ins Landesinnere guckt, bin ich mir nicht so sicher, wie viel Biden damit innenpolitisch gewinnen kann. Angesichts der Folgen dieses Krieges – Inflation, steigende Lebensmittel- und Benzinpreise – werden die Demokraten bei den Zwischenwahlen im November keinen leichten Stand haben. Ich frage mich, was man tun kann, um das transatlantische Verhältnis in die Zukunft hinüberzuretten, sollte im Weißen Haus wieder ein Donald Trump sitzen.

MK Ich glaube, dass das gemeinsame Band halten kann, wenn auch wir in Deutschland und Europa jetzt das Richtige tun. Dazu gehört für mich auch ein Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten. Wir sollten es über die Bühne bringen, solange Biden noch im Amt ist. Und ich glaube, dass wir Europäer innerhalb der NATO unseren europäischen Verteidigungspfeiler stärken müssen. Amerika wird für uns die nukleare Rückversicherung bleiben. Aber andere Aufgaben müssen wir stärker selbst übernehmen, vor allem, wenn es um die Sicherheit innerhalb Europas geht.

> „Man kann von großem Glück sprechen, dass im Augenblick des Ukrainekriegs Biden an der Macht ist, weil er enge Beziehungen nach Europa hat und die Ukraine ihm am Herzen liegt.“ Amrai Coen

AC Martin, kannst du dir eigentlich vorstellen, dauerhaft in den USA zu leben?

MK Ich kann mir nicht vorstellen, mein Alter in den USA zu verbringen. Die Kosten dort für beispielsweise betreutes Wohnen sind horrend, und das deutsche Sozialsystem sorgt dann doch besser für dich. Für die nächsten Jahre plane ich jedoch, immer mal wieder mehrere Monate in den USA zu sein, sie sind eine zweite Heimat. In Amerika habe ich aber auch Europa sehr schätzen gelernt. Besonders gemerkt habe ich das, wenn ich im Kino war und die Filme auf dem alten Kontinent spielten. Wenn ich die europäischen Städte sah mit ihren Restaurants, ihren Plätzen, ihrem Lebensgefühl – da überkam mich immer eine Sehnsucht. Und du?

AC Ich habe das Gefühl, jetzt gerade erst so richtig in den USA angekommen zu sein nach einem Dreivierteljahr – und ich will gern noch ein paar Jahre bleiben. Aber die Sehnsucht nach Europa, die du beschreibst, empfinde ich trotzdem schon jetzt. Auch vermisse ich alltägliche Dinge wie einen funktionierenden Nahverkehr und eine ordentliche Mülltrennung. Und wenn du in die Zukunft blickst, Martin: Wie stellst du dir die USA in fünf oder zehn Jahren vor? Wird die amerikanische Nation dann noch existieren?

MK Ja, absolut. In welcher Form genau, das weiß ich nicht – ob es Absetzbewegungen gibt und das einigende Band zerreißt, weil zum Beispiel der Bundesstaat Kalifornien nicht mehr mitmachen will bei dem, was die Regierung im fernen Washington entscheidet. Das wird man sehen. All die letzten Präsidenten, die mit dem großen Versprechen angetreten sind, die gespaltene Nation wieder zusammenzuführen, sind damit gescheitert. Obama, Trump sowieso, aber auch Biden. Wie siehst du Amerika in fünf oder zehn Jahren?

> „All die letzten Präsidenten, die mit dem großen Versprechen angetreten sind, die gespaltene Nation wieder zusammenzuführen, sind damit gescheitert.“ Martin Klingst

AC Seit ich hier bin, blicke ich etwas besorgt in die Zukunft. Die Trump-Rallys, die Kulturkämpfe – ich finde das bedrohlich. Auch die Vorstellung, dass Trump zurückkommt oder ein Wiedergänger dieses Land nach seinen Wünschen umbaut. Meine Gespräche dazu hier in Washington sind nicht gerade aufbauend, da schwingt häufig die Sorge mit, dass dieses Land zerbrechen könnte. Manche halten gar einen neuen Bürgerkrieg für möglich, andere glauben, dass sich das Land in zwei Teile spaltet: ins liberale Küstenamerika und das konservative Heartland-Amerika. Ich frage mich: War der Sturm aufs Kapitol der Endpunkt einer Entwicklung – oder der gruselige Vorbote von etwas Neuem? Aber ich will optimistisch bleiben. Ich hoffe sehr, Martin, dass wir uns auch in 10 oder 20 Jahren noch hier in Washington treffen werden und reden können so wie heute.

MK In 20 Jahren? Wenn ich da noch lebe!

AC Na klar, du bist ja im deutschen Sozialsystem unterwegs.

[US] My America, Your America

Amrai Coen **Martin, when did you first visit America?**

Martin Klingst **In 1971. I had just turned 16 and came to the U.S. for a year as an exchange student. I knew who Martin Luther King was, I had devoured the Karl May novels, and was a big fan of Jimi Hendrix and Janis Joplin. But I had no idea about America. Crossing the Atlantic was my very first flight.**

AC **And where did that flight touch down?**

MK **In Detroit, where they announced who went where and to which host family. "Martin, you're going to Colorado!"**

AC **You won the lottery!**

MK **I first had to look at the map to see where it was. I remember how modern everything seemed to me in America: My host parents had a street cruiser with electric windows, and in my school, there was a library with a newspaper archive on microfilm—I had never seen anything like that before. I thought to myself: "Wow, America is progress itself!"**

AC **When you returned to the U.S. 35 years later as a correspondent, did you still think that America was progress itself?**

MK **No. When I moved to America with my family in the late aughts, I kept thinking: "My God, this place is so old-fashioned." We had power cuts all the time. When it rained heavily or snowed, nothing worked. What were your first impressions of the United States?**

AC **As a child, I often had to change planes at American airports—on my way to Mexico, where my father comes from. But my first real memory of America is Disney World in Florida—we went there when I was five. At that time I thought: "My dream vacation!" I guess it was less of a dream vacation for my parents. I still have a photo of myself and E.T.**

MK **And when you think back to your youth, what did you associate with America at that time?**

AC **9/11 is the first thing that comes to mind as an incredibly distressing event, when I was 14. I had just come home from school and my father said, totally distraught, that I really had to see this. The TV was on, and we were watching the planes crashing into the World Trade Center. It was such a shock. And the other event that shaped my image of America as a young person was the Iraq War, which began less than two years later. As a young person, I had a rather negative, stereotyped image of America. I went on marches to protest against the Iraq War. America was not a particularly sympathetic country as far as I was concerned; it seemed so all-powerful. I decided to spend my exchange year in Australia instead.**

MK **How has your image of the U.S. changed from how you saw it in the past, now that you live in the USA?**

AC **As a journalist, I have traveled to the U.S. a lot over the last 14 years and lived in New York for a while. I've been living in Washington, D.C. for almost a year now—and my impression has changed in every way. Of course, America also resembles its stereotype to a certain extent. At the same time, I have more of an understanding of how incredibly vulnerable this almost 250-year-old democracy is. In my eyes, America has changed from being this tremendously arrogant entity that felt itself to be unassailable, into a very vulnerable patient.**

MK **My first encounter with America was 50 years ago—but already in 1971, I saw the country as being very vulnerable. This was during the Vietnam War, and America was a nation plagued by self-doubt. Some of my classmates were afraid of being drafted into the military and dying in the war. Back then, I went with a friend to an anti-Vietnam War protest. We had to keep it a secret from my very conservative host parents. My host father said to me: "If I had a son, and he laid down his life in the war against communism, I would be proud of him."**

AC **When we look for a historical comparison with the polarization that exists in the USA today, people often mention the Vietnam War. Would you say that the polarization at that time was similar to how it is today?**

MK **I came to the U.S. when Nixon was president. Democrats and Republicans were just as antagonistic toward each other at that time. There was the Watergate scandal, and the segregation laws had only recently been abolished. However, I did perceive some things that were different from today: there were some very conservative Democrats and some totally liberal Republicans. It was possible to make compromises across party lines. Today, every issue is seen through an ideological lens, right down to whether teachers are allowed to teach the theory of evolution and sex education. Almost every issue or topic involves a culture war. At that time, I lived in Colorado in a very conservative, religious area and went to a very white, conservative high school. But my biology teacher came into the classroom with a banana and a condom without anyone being offended. That would be unthinkable in a comparable school today.**

AC **Since I moved to America, I've been surprised at just how much this country is in a state of panic. After the election of Joe Biden, there was such a tangible sense of relief: that feeling that the Trump nightmare was now over, and that the nation could heal again. But as I unpacked my boxes here in Washington in the fall of 2021, that positive feeling had evaporated. People have little confidence in American democracy and its institutions. And, of course, I am shocked by how much power Trump still has. You only need to look at the figure indicating that more than two-thirds of Republican voters believe that the election was stolen.**

MK **Hardly anyone thought this level of lasting influence was possible. When Trump came to power, I wasn't living in the U.S. anymore, but I was here during the election campaign and still didn't see Trump's victory coming. Time and again I asked myself what I had missed. That's why I have sought out many Trump voters over the past few years, both male and female, and asked them about their world view. I wanted to hear what motivates them.**

AC **And what do you think motivates them?**

MK **Their basic story is almost always the same. Most are struggling with the changes taking place in America, especially the social, demographic, and cultural changes. And in spite of the great hostility between the two political camps, I was amazed at how friendly they were when they welcomed me, how openly they answered my questions and told me their life stories. Many reminded me of my late host father, who would certainly have voted for Trump as well.**

Amrai, when you now look back on the months you spent in America, what is the most striking thing for you?

AC **For me, it's also how open and helpful Americans are. When we arrived here, we had a completely empty apartment. The neighbors, who we didn't even know yet, immediately provided us with furniture, silverware, and a mattress. And because you asked about the most striking thing: I am also surprised at how far Americans have progressed on social issues—for example, in terms of diversity. It goes without saying that women and minorities are actually sitting at the table. At German conferences and debates, however, it is still perfectly normal that this is not the case.**

MK **But it is precisely this diversity and the increasing social liberalism that many Trump voters are struggling with.**

AC **And yet that change is still happening.**

MK **When people in Germany talk about the United States of America, they often simply say "America" [singular]. I sometimes find it difficult to convey to Germans that "America" as a single entity does not exist at all. The United States is a country of extremely different nuances. Of course there was always some mechanism that held it all together: "the American Way of Life" and "the American Dream," the dream of "making it." But what does that mean today? For a long time now, the American dream has been coming up against economic, social, and ecological limits. The mechanism that holds this society together is becoming ever more fragile. Do you think there is a single America?**

AC **Isn't this a question that goes further? It's this: what are the things that Americans can actually still agree on? I often ask my contacts and interviewees that question when I'm doing research. And surprisingly, I usually get the same answer—from people of both political camps. People say, the last time we felt united as Americans was when 9/11 happened. And that is incredibly sad. The worst terrorist attack in American history is the moment when these two opposing sides of America felt close to each other.**

MK **That feeling of being united didn't last long. I've been present at several events where after a disaster people said: now we are coming together as a nation! For example, after shootings such as the massacre at Sandy Hook Elementary School in December 2012, where 20 primary school children, among others, were shot dead. Absolutely terrible. Obama went there and gave a speech on the unity of the nation. For a week, even the gun lobby remained silent, and we thought: now, perhaps, the country is really coming together. But then the old rifts reappeared, the culture war broke out again, which, in essence, is always about the question, "Who do we want to be as Americans, as a nation?" This is an issue on which people no longer agree.**

AC **Even when dealing with their own history, this culture war always comes up. Can we talk about slavery in school? Can teachers explain to students what racism is? Which books are still allowed to be read in school? I think it's absolutely appalling that a book such as the graphic novel *Maus* by Art Spiegelman—the son of Auschwitz survivors—is banned from the curriculum. And what always disgusts me is this brutally unequal distribution of wealth. Especially from a German point of view: there is hardly any social safety net for the weaker members of society. I think we can see this very clearly at the moment in the debate on abortion—on the one hand, the so-called "pro-lifers" want to ban abortion, but on the other hand, none of them are willing to pay even a cent more in taxes to set up state-funded childcare or proper parental and child benefits.**

MK **In the past, Republican presidents like Richard Nixon launched lavish social programs, and both the Republican and Democratic Parties were, in effect, big political tents that united different currents of opinion under their roofs. I am concerned that there are virtually no bridges and no bridge-builders left in American politics today.**

AC **Well, there are still a few individual ones. But the Republican Party is still so dominated**

by Trump that the few who talk and work with the other side are met with extreme hostility, both from their own party and from voters. When I talk to Republicans here in Washington, I hear many people saying off the record how terrible they think Trump is. And in spite of this, the Republican Party can't seem to get rid of him.

Now we're talking about Trump again. I wonder if we journalists are not spending too much time analyzing him and his voters. Admittedly, for me as a correspondent it is often easier to come up with fresh Trump stories—because behind them there is always a sense of drama, this feeling of constant threat. And when you look at readers' letters and the click rates, people are far more interested in Trump than in this whole dilemma that the Democrats are stuck in. Are we giving Trump too much coverage?

MK Probably. But behind that lies the big question: will he run again in 2024—and possibly win again? What will the world look like then? For example, would the West still stick together under President Trump, and stand up to Russia in the Ukraine war? But it is true that, overall, too little is being said and done about the poor state the Democrats are in. They, too, have become caught up in ideology. And, since Obama, hardly any younger presidential candidates of national stature have emerged. At any rate, I haven't seen any so far.

AC I also find it quite depressing how badly the Democrats are positioned and how much powerlessness prevails on their side. If you look at the Republican Party, besides Trump, there are many candidates who want to lead the party, such as Senator Ted Cruz of Texas or Governor Ron DeSantis from Florida. Of course, none of these options would reassure us from a German point of view, or in relation to the transatlantic relationship. But in terms of the Democrats, who is there? Will Joe Biden want to run again in 2024 at almost 82 years old? Will Vice President Kamala Harris enter the race? She's even more unpopular than Biden, even in her own party.

But let's go beyond politics, Martin. You have been drawn back to the USA many times over the decades. Is there anything new for you to discover there?

MK America is always fascinating in so many ways—its size, its colossal nature! And, of course, this truly diverse nation, this diversity of cultures and origins that doesn't exist to the same extent in any other society. And I am still inspired by the daring of many Americans, their "You can do it!" spirit—and if it goes wrong, never mind! Then you simply try again. We Germans are far less willing to take risks. We let ourselves be inhibited by a whole host of laws, and always think of all the things that could go wrong first.

AC I am also impressed by the willingness of people here to reinvent themselves time and again—to start a new job, to do something different. For me, this also includes people's engagement with their local communities, which I find to be much stronger here than in Germany. Even people with incredibly demanding jobs take care of rescue dogs in their spare time or coach their kids' soccer team on weekends.

MK Yes, that's true. The famous John F. Kennedy quote—"ask not what your country can do for you, ask what you can do for your country"—is in the DNA of many Americans, and I like it.

AC Have your years in America changed you?

MK Yes, the U. S. commitment to civil society and the fact that you can always reinvent yourself, even in old age, have influenced me. There is a lot of positive power in this. Of course, I am very concerned about some of the developments in the U. S. and wonder how solid the oldest existing democracy in the world really is. But the image that many Germans have of America is so one-dimensional. Age-old stereotypes get thrown around, that Americans are superficial, uneducated, racist—and don't care about the rest of the world. This annoys me, and I try my best to counteract these deep-rooted prejudices.

AC The war in Ukraine is a good example of the fact that the USA is not completely indifferent to the rest of the world. No other country is supporting Ukraine as much as the United States. Has the transatlantic relationship not become even closer since then?

MK Yes, there is a new solidarity against Russian aggression, and there are the efforts of Germany to finally invest more in its own defense and also the defense of NATO.

For transatlantic relations, this is a very important phase and an opportunity that we must not squander. The conflict with Russia is also about defending freedom, democracy, and the rule of law. We must defend these values not only against Putin, but also against the People's Republic of China—and against quite a few states in the EU and the Western alliances.

What do you think about that? Is there sufficient support in the U. S. for transatlantic relations and shared values?

AC Yes, I do think that Americans will be breathing new life into the transatlantic relationship as well. America's focus has actually been moving further and further away from Europe toward China—not only under Trump, but also under Obama and Biden. We are extremely lucky that Biden is in power at this point, during the war in Ukraine, because he has close ties with Europe and Ukraine is close to his heart. However, if you look at the heartlands, the states in the center of the country, I'm not so sure how much support Biden can win domestically with this stance. Given the consequences of this war—inflation, rising food and gas prices—the Democrats will not be in an easy position in the November midterm elections. I ask myself what can be done to preserve the transatlantic relationship for the future, if Donald Trump gets into the White House again?

MK I believe that our common bond can remain strong if we in Germany and Europe also do the right thing now. For me, this includes a free trade agreement with the United States. We should get on with it while Biden is still in office. And I believe that we Europeans must strengthen our European defense pillar within NATO. America will continue to provide our nuclear umbrella. But we must take on other tasks more decisively ourselves, especially when it comes to security within Europe.

AC Martin, can you actually imagine living permanently in the USA?

MK I can't imagine spending my retirement and old age in the USA. The costs over there for assisted living, for example, are horrendous, and the German social security system will actually take better care of you. However, for the next few years, I plan to be in the USA for several months at a time—it's a second home for me. But while staying in America, I have also come to appreciate Europe very much. I particularly noticed this when I was at the movie theater and the movies were set on our old continent. When I saw the European cities with their restaurants, their public squares, their way of life, a sense of longing always came over me. How about you?

AC After nine months in the U. S., I feel like I've only just arrived—and I would like to stay a few more years. But the yearning for Europe that you describe is something I'm already feeling right now. I also miss everyday things like a functioning public transport system and the proper separation of garbage for recycling. And when you look into the future, Martin, what do you imagine the U. S. will be like in five or 10 years' time? Will the American nation still exist?

MK Yes, absolutely. In what form exactly, I do not know—whether there will be breakaway movements and the unifying bond will be severed because, for example, the state of California no longer wants to cooperate with what the government in faraway Washington decides. We will see. Every one of the recent presidents who made the grand promise to reunite this divided nation has failed. Obama and Trump of course, but Biden as well. How do you see America in five or 10 years' time?

AC Since I've been here, I've been quite worried about the future. The Trump rallies, the culture wars—I find all that threatening. Also, the idea that Trump could come back or that some upstart could remodel this country any way they please. My conversations about this here in Washington are not exactly reassuring, and people often express concerns that this country might break up. Some even believe that a new civil war could break out, while others believe that the country will split into two parts: liberal coastal America and the conservative American heartland. I wonder, was the storming of the Capitol the end point of a development, or the gruesome harbinger of something new? But I want to remain optimistic. I very much hope, Martin, that in 10 or 20 years' time we will still be able to meet here in Washington and talk in the same way as we have today.

MK In 20 years? If I'm still alive by then!

AC You will be, you're being taken care of by the German social system.

Amrai Coen

ist seit 2021 USA-Korrespondentin bei *Die Zeit*, wo sie zuvor Redakteurin im Ressort Dossier war. Amrai Coen ist Young Leaders-Alumna 2020.

has been U. S. correspondent at *Die Zeit* since 2021, where she was previously editor in the Dossier department. Amrai Coen is a 2020 Young Leaders Alumna.

Martin Klingst

ist Senior Expert und Nonresident Author bei der Atlantik-Brücke und Visiting Fellow beim German Marshall Fund of the United States. Zuvor war er unter anderem Leiter des Politikressorts und USA-Korrespondent bei *Die Zeit* und leitete die Abteilung Strategische Kommunikation und Reden im Bundespräsidialamt.

is Senior Expert and Nonresident Author at Atlantik-Brücke and Visiting Fellow at the German Marshall Fund of the United States. Previously, he was, among other things, Head of the Politics Department and U. S. Correspondent at *Die Zeit* and Head of the Strategic Communications and Speeches Department at the Office of the Federal President.

Demokratien der Zukunft

Um die Freiheit unserer Gesellschaften erfolgreich gegen Bedrohungen zu verteidigen, sind transatlantische Antworten auf die drängendsten Fragen nötig.

Thomas Bagger

To successfully defend the freedom of our societies against threats, we need transatlantic solutions to the most urgent questions.

Democracies of the Future

[DE] Für diejenigen, die noch vor dem Mauerfall im Westen Deutschlands erwachsen wurden, war der Blick über den Atlantik fast automatisch lebensprägend. Im Systemkonflikt des Kalten Krieges waren die USA unerlässlicher Sicherheitsgarant, aber auch Motor des wachsenden Wohlstands und Quelle unausweichlicher kultureller Prägung. Amerika war überwältigend. Mauerfall und Zusammenbruch der Sowjetunion markierten den friedlichen Triumph dieser atlantischen Symbiose. Ohne Vereinigte Staaten keine deutsche Einheit in Freiheit, so einfach war das. Aber so einfach war es zugleich dann doch nicht. Der nukleare Schutz war vielen Deutschen suspekt, die „Angst vor den Freunden" gehörte zu den Gründungsmythen der deutschen Friedensbewegung, und je nach Generation arbeitete man sich an US-Untaten in Vietnam oder in Mittelamerika ab. Und die kulturelle Prägung fanden viele „na ja", von Woodstock über Hollywood bis zu Philip Roth. „Amerika", das war nah und fremd zugleich. Wer das Glück hatte, das Leben dort durch ein Austauschjahr unmittelbar auf sich wirken lassen zu können, spürte das umso deutlicher.

Zunächst fast unmerklich verschwand in den Jahren weltpolitischer Euphorie nach dem Ende des Ostblocks die existenzielle Dimension aus der deutsch-amerikanischen Partnerschaft. Sie wurde weiter gefeiert, natürlich. Aber ihre Zukunft entschied sich nun vermeintlich in Drittländern, in denen man gemeinsam versuchte, die Welt zu einem friedlicheren, besseren Ort zu machen. Das war komplex, vielschichtig, oft genug mühsam und von begrenztem Erfolg. Die Irritationen, die es immer gab, nahmen einen neuen Charakter an. Der Umgang der USA mit dem „unipolaren Moment", die bisweilen alttestamentarische Rhetorik eines George W. Bush nach den Anschlägen des 11. September, der unselige Krieg im Irak, die furchtbaren Bilder aus Abu Ghraib, Guantánamo, die spitzfindigen Rechtfertigungen für Folter, all das verstörte auch die Freunde Amerikas in Deutschland. Dahinter wuchs der Zweifel, ob dieses Amerika mit seiner heroischen Kultur, seiner Neigung zum manichäischen Schwarz-Weiß-Blick auf die Welt, seiner offenen Religiosität tatsächlich noch die Zukunft repräsentierte – oder ob diese nicht vielmehr Deutschland selbst gehörte, gestern noch amerikanischer Protegé, heute global vernetzte Handelsmacht mit erfolgreich bewältigter dunkler Vergangenheit und weltweiter Softpower.

Was bis 2016 eher ein schleichender Prozess war, noch einmal verlangsamt durch die Jahre des in Deutschland weithin bewunderten Präsidenten Barack Obama, wurde mit der Wahl von Donald Trump zur fundamentalen Erschütterung. Trumps Blick auf die Welt, in der er keine Gemeinschaft erkennen konnte und wollte, sondern nur um Macht und Einfluss konkurrierende Nationalstaaten, seine Geringschätzung für Allianzen und Bindungen aller Art, aber auch seine besondere Fixierung auf Deutschland, all das zog der multilateral ausgerichteten, auf Einbindung und Verrechtlichung angelegten Berliner Außenpolitik buchstäblich den Teppich unter den Füßen weg. Aus Irritation wurde Entfremdung. Aber im-

mer klarer wurde auch, dass Trump nicht alleinige Ursache der Probleme, sondern Symptom einer tieferen Entwicklung war.

Durch all die Jahrzehnte waren die USA für Deutschland immer ein „immovable rock“, eine Art archimedischer Punkt gewesen, an dem man seine eigene Position definierte, ob nun in besonderer Nähe oder demonstrativer Distanz. Die Vereinigten Staaten waren der Fixpunkt des deutschen Blicks auf die Welt. Was aber, wenn das gar nicht mehr stimmte? Was, wenn die USA selbst begonnen hatten, zu driften? Was, wenn nicht einmal die Amerikaner mit Gewissheit sagen konnten, wohin ihr Land driften würde – weil sie ihr Land selbst nicht mehr recht verstanden? Aufkeimender Isolationismus nach Jahrzehnten der „forever wars“ auf der einen, rabiater Unilateralismus auf transaktionaler Basis auf der anderen Seite – wohin trieb Amerika? Diese neue Ungewissheit hatte Auswirkungen auf die ganze Welt, aber wen hätte sie tiefer ins Mark treffen können als die Deutschen? In dieser Welt, die spätestens mit der Annexion der Krim und dem Krieg im Donbass immer weniger den allzu optimistischen, auf globale Konvergenz gerichteten Erwartungen der Jahre nach 1989 entsprach, war Deutschland plötzlich gefordert, seine eigene Rolle, seinen Kurs in einer unübersichtlichen Welt selbst zu definieren, ohne die Navigationshilfe eines fixen Punktes, der als feste Orientierung dienen konnte.

Heute, im Jahr 2022, im Jahr des russischen Überfalls auf die ganze Ukraine, ist Deutschland selbst um viele lang gehegte Illusionen ärmer. Die Hoffnung auf einen unaufhaltsamen Siegeszug offener Gesellschaften samt parlamentarischer Demokratie und sozialer Marktwirtschaft liegt in Trümmern. Der Versuch, den Frieden in Europa durch Dialog und Verflechtung zu sichern, ist im Angesicht von Putins geschichtsmythologisch aufgeladener Aggression gescheitert. Die Vernachlässigung militärischer Abschreckungsfähigkeiten und energiepolitischer Diversifizierung erweist sich nicht als Zukunftsvision, sondern als Fehler. Es bleibt die bittere deutsche Erkenntnis, dass erst der externe Schock zur „Zeitenwende“ führte, nicht die eigene Einsicht oder die Mahnungen so mancher Partner und Verbündeter. Der große Krieg ist zurück in Europa. Und mit ihm sind die USA zurück als unerlässlicher Sicherheitsgarant. Die NATO ist von Neuem existenzieller Bezugspunkt aller Verbündeten, wenn es um den eigenen Schutz geht. Die von Präsident Biden geführte US-Regierung sucht die engste Abstimmung mit Berlin und Europa. Die Selbstbehauptung Europas gegen ein offen revanchistisches Russland, aber auch gegen ein im Innern wie nach außen immer mehr verhärtetes China – und damit wieder einmal die Zukunft der Freiheit in Europa – hängt an der Einigkeit des „Westens“, am Bündnis mit den USA.

Doch bei allem Déjà-vu ist die Situation heute eine andere als in Zeiten des Kalten Krieges. Die Europäische Union, das Europa der 27, ist gefangen zwischen der drängenden Notwendigkeit, selbst mehr für seine eigene Handlungsfähigkeit und Sicherheit zu tun, und der Einsicht, dass die EU allein Europas Freiheit nicht verteidigen kann. Das ist nicht bloß eine Frage von Investitionen und Fähigkeiten. Es ist auch eine Frage des Vertrauens in das kollektive Handeln, wenn es zum Äußersten kommt. Gerade in Mitteleuropa – dem Grauen des Krieges in der Ukraine, aber auch womöglich weitgehenderen russischen Ambitionen am stärksten ausgesetzt – ist die Zentralität der amerikanischen Sicherheitsgarantie in diesem Jahr von Neuem bestätigt und bekräftigt worden. Der innere Zusammenhalt der Europäischen Union hängt also an der Präsenz Amerikas in Europa. Der spöttisch-kluge Satz von „Europe’s American Pacifier“ spiegelt noch immer eine tiefe Einsicht in die Grenzen europäischer Macht und europäischer Einigkeit.

„Der große Krieg ist zurück in Europa. Und mit ihm sind die USA zurück als unerlässlicher Sicherheitsgarant.“

„Nur ein Europa, das sich glaubwürdig selbst verteidigen und behaupten kann und will, wird die USA auf lange Sicht in der Allianz halten können.“

Zugleich aber ist das „Urvertrauen“ in die Dauerhaftigkeit und Glaubwürdigkeit dieser amerikanischen Sicherheitsgarantie seit der Wahl Trumps und den Erfahrungen seiner Amtszeit erschüttert. Wenn das ein Mal geschehen konnte, kann es nicht auch wieder geschehen? Und was dann? Erschüttertes Urvertrauen ist schwer wiederherzustellen. So bleibt in der praktischen Sicherheitspolitik nur der Weg, Europas Handlungsfähigkeit und Souveränität nicht auf Kosten der transatlantischen Partnerschaft zu stärken, sondern ausdrücklich als europäischen Pfeiler der NATO. Denn auch das ist wahr: Nur ein Europa, das sich glaubwürdig selbst verteidigen und behaupten kann und will, wird die USA auf lange Sicht in der Allianz halten können.

Die zweite, womöglich noch größere Herausforderung aber liegt im Inneren unserer Gesellschaften. Das weltweit ausstrahlende amerikanische Vorbild, der „Leuchtturm der Demokratie“, ist nicht erst seit dem Sturm aufs Kapitol am 6. Januar 2021 verblasst. Radikale Polarisierung und erbarmungsloses Freund-Feind-Denken haben das in der amerikanischen Verfassung angelegte System der „checks and balances“ zu einem dysfunktionalen System deformiert.

Aber nicht nur in den USA, sondern überall beobachten und spüren wir die Erschütterungen unserer offenen, demokratisch verfassten Gesellschaften. Wir beobachten die korrodierende Wirkung massiver Ungleichheit, fehlender Bildungs- und Aufstiegschancen, schwindender Bindewirkung etablierter Institutionen, des allmählichen Verblassens von Parteien, Kirchen, Vereinen.

Jede unserer Demokratien ist ein ganz eigenes Gewebe, voller nationaler und regionaler Traditionen, Erzählungen, Besonderheiten. Zugleich sind alle unsere Gesellschaften ähnlichen transnationalen Kräften und Einflüssen ausgesetzt. Dort, wo es um die Transformation unseres politischen Diskurses und damit des öffentlichen Raumes geht, nehmen viele dieser Kräfte ihren Ausgang in den USA. Aber nicht in Washington, D. C., oder im Weißen Haus, sondern in den Ideen

und Zukunftsvisionen des Silicon Valley und in den Zentralen der großen Plattformfirmen des Internetzeitalters. Was beobachten wir, wenn wir aus Deutschland auf die Vereinigten Staaten schauen – das Ende der Demokratie oder die Entstehung der Demokratie der Zukunft? Und warum, wenn daran auch die gute Zukunft unserer eigenen Gesellschaft hängt, sollen wir diesen Prozess kreativer Zerstörung nur aus der Ferne und wie das sprichwörtlich ängstliche Kaninchen vor der Schlange verfolgen?

„Was beobachten wir, wenn wir aus Deutschland auf die Vereinigten Staaten schauen – das Ende der Demokratie oder die Entstehung der Demokratie der Zukunft?“

„Vergessen wir für einen Moment all das, was uns historisch verknüpft hat, was uns sozial oder wirtschaftlich zusammenschweißt. Wenn uns keine Notwendigkeit verbinden würde, dann wären wir, Deutsche und Amerikaner, immer noch Demokraten. Das verbindet uns, sicherlich mehr als mit jeder anderen Region der Welt, gewiss enger als mit Russland oder China. Und das gibt uns mehr gemeinsame Mission, als wir in den letzten Jahren geglaubt haben.“ So sagte es Bundespräsident Steinmeier bei einer Konferenz anlässlich der Einweihung des Thomas-Mann-Hauses in Los Angeles im Frühjahr 2018.

Keine außenpolitische Agenda verbindet uns enger als unsere gemeinsame Basis als offene, demokratische Gesellschaften. In einer Zeit, in der die Welt um uns herum einem dramatischen Wandel unterworfen ist, in der in Chinas Einparteienstaat die digitale Überwachung und Kontrolle in Orwell'scher Weise perfektioniert wird, wäre es nicht genug, allein auf eine defensive Bewahrung unserer Demokratien gegenüber aller Veränderung zu setzen. Glauben wir wirklich, dass unsere politischen Systeme stabil bleiben können, wenn sie nicht zugleich auch dynamisch sind?

Die Zukunft der Demokratie ist nicht zu gewinnen ohne eine Idee von der Demokratie der Zukunft. Wie aber kann, wie soll sie aussehen, die Demokratie der Zukunft? Welche Chancen bieten sich durch Innovation, und wie ist die junge Generation, die ja nicht weniger politisch ist als ihre Vorgänger, dafür zu gewinnen? Wie lassen sich global agierende Firmen einhegen, die die Beschädigung unserer Demokratien als Kollateralschaden ihrer Geschäftsmodelle achselzuckend in Kauf nehmen? Welchen Beitrag kann die vielfach als bürokratisch belächelte Europäische Union dazu leisten, die doch regulatorisch erkennbar handlungsfähiger ist als der amerikanische Kongress oder die US-Regierung? Welche Zuversicht, die über unsere Grenzen hinweg ausstrahlt und über den geografischen „Westen“ hinaus weltweit zur Nachahmung anstiftet, können unsere demokratischen Systeme stiften – Zuversicht, dass eine gerechtere Gesellschaft, die Bewahrung der Schöpfung, die menschenwürdige Gestaltung der Digitalisierung gelingen kann und wird?

Auf diese Fragen in der Auseinandersetzung und im Austausch über den Atlantik überzeugende Antworten zu entwickeln, ist mehr als eine akademische Übung. Es ist der Schlüssel zur Zukunft unserer Demokratien. Und in deren guter Zukunft wiederum steckt auch die Chance auf eine dauerhafte und für beide Seiten produktive Partnerschaft, eine tragfähige „Atlantik-Brücke“ für das 21. Jahrhundert, um die Freiheit unserer Gesellschaften weiterhin erfolgreich gegen die Anfechtungen und Bedrohungen unserer Zeit zu verteidigen.

Dr. Thomas Bagger

ist Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Polen. Zuvor war er außenpolitischer Berater des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier. Den Mauerfall erlebte er als Fulbright-Student 1989/90 an der University of Maryland in College Park.

is Ambassador of the Federal Republic of Germany to Poland. Previously, he was foreign policy advisor to German President Frank-Walter Steinmeier. He experienced the fall of the Berlin Wall as a Fulbright student in 1989/90 at the University of Maryland in College Park.

[US] Democracies of the Future

For those who grew up in West Germany before the fall of the Berlin Wall, the view across the Atlantic almost automatically defined their lives. In the ideological conflict of the Cold War, the U.S. was an indispensable security guarantor, but it was also the driving force behind a growing prosperity and a source of inescapable cultural influence. America was formidable. The fall of the Berlin Wall and the collapse of the Soviet Union marked the peaceful triumph of this Atlantic symbiosis. Without the United States, there was no German unity in freedom, it was as simple as that. But at the same time, it was not so simple after all. The concept of nuclear protection was suspect to many Germans, the "fear of friends" was one of the founding myths of the German peace movement, and depending on their generation, people felt troubled by the misdeeds of the U.S. in Vietnam or Central America. And many Germans had a "take it or leave it" attitude to the cultural influences—from Woodstock to Hollywood and Philip Roth. "America" was simultaneously familiar and foreign. Those who were lucky enough to experience life there in person by going on an exchange year felt this all the more keenly.

At first, almost imperceptibly, during the years of global political euphoria after the ending of the Eastern Bloc, the existential dimension disappeared from the German–American partnership. Of course, it was still celebrated. But its future was now reputedly decided in third countries, where people were collectively trying to make the world a better and more peaceful place. This process was complex, multi-layered, frequently laborious, and achieved only limited success. The irritations that had always existed took on a new character. The USA's handling of the "unipolar moment," the, at times, Old Testament-style rhetoric of George W. Bush following the September 11 attacks, the disastrous war in Iraq, the terrible images

from Abu Ghraib, Guantánamo, the contrived justifications for torture, all of this also disturbed the friends of America in Germany. Behind all this, doubts grew as to whether this America, with its heroic culture, its inclination toward a black-and-white Manichean view of the world, its open religiosity, actually still represented the future, or whether the future in fact belonged much more to Germany itself—yesterday an American protégé, today a globally connected trading power with a dark past that it had successfully overcome, and wielding soft power worldwide.

What had been a creeping process of disenchantment until 2016 (which had slowed down again during the years that President Barack Obama was in office—he was widely admired in Germany) then became a fundamental shock with the election of Donald Trump. Trump's view of the world, in which he could not and did not want to recognize any sense of community, but only nation states competing for power and influence, his disdain for alliances and bonds of any kind, but also his special fixation on Germany—all of this literally pulled the rug out from under Berlin's multilaterally oriented foreign policy, which was aimed at integration and the rule of law. Irritation with the U.S. gave way to alienation from it. But it also became increasingly clear that Trump was not the sole cause of this, but was a symptom of a more profound development.

For many decades, the U.S. had always been an "immovable rock" for Germany, a kind of Archimedean point according to which one defined one's own position, whether in particular proximity to it or at a demonstrative distance from it. The United States was the fixed point in Germany's view of the world. But what if that wasn't true anymore? What if the U.S. itself had begun to drift? What if even the Americans could not say with certainty where their country would drift to—because they themselves no longer really understood their own country? Growing isolationism after decades of "forever wars" on the one hand, and rabid unilateralism as the basis of its transactions on the other—where was America heading? This new uncertainty had an impact on the entire world, but who could have been more deeply affected by it than the Germans? In this world, which corresponded less and less to the overly optimistic expectations of global convergence in the years after 1989—especially after the annexation of Crimea and the war in the Donbas in 2014—Germany was suddenly called upon to define its own role and set its own course in a complex world, without the navigational aid of a fixed point that could serve as an immovable base for orientation.

Today, in 2022, the year of the Russian attack on the whole of Ukraine, Germany has relinquished many of its long-held illusions. The hope of the unstoppable triumph of open societies, complete with parliamentary democracy and a social market economy, lies in ruins. The attempt to secure peace in Europe through dialogue and interdependence has failed in the face of Putin's historically and mythologically charged aggression. Neglecting military deterrence capabilities and the diversification of energy policy is proving to be a mistake, rather than a vision of the future. What remains is the bitter realization for Germans that it was only the external shock that led to the *Zeitenwende* ["turning point in history" or "turn of the times"], not any insight of their own or the warnings of many of their partners and allies. The reality of major war has returned to Europe. And with it the U.S. has returned to its role as an essential guarantor of security. NATO is once again the existential point of reference for all allies when it comes to their own protection. The U. S. administration, led by President Biden, is seeking the closest possible cooperation with Berlin and Europe. The ability of Europe to assert itself against an openly revanchist Russia (but also against a China that is adopting an increasingly tough stance, both internally and externally)—and thus, once again, the future of freedom in Europe—depends on the unity of the "West," including the alliance with the U.S.

But for all the déjà vu, the situation today is different from that during the Cold War. The European Union (the EU 27) is caught between the urgent need to do more to increase its own security and capacity to act effectively, and the realization that the EU by itself cannot defend Europe's freedom. This is not just a question of investment and skills; it is also a question of confidence in collective action when confronted by extreme situations. It is precisely in Central Europe—which is most exposed to the horrors of the war in Ukraine, but probably also to Russia's wider ambitions—that the centrality of the American security guarantee has been reconfirmed and reaffirmed this year. The internal cohesion of the European Union therefore depends on the presence of America in Europe. The sarcastic yet shrewd phrase "Europe's American Pacifier" still reflects a deep insight into the limits of European power and European unity.

However, at the same time, the "fundamental trust" in the stability and credibility of this American security guarantee has been shaken since Trump's election and the experiences during his time in office. If this has happened once, can it not happen again? And what then? Once fundamental trust has been shaken, it is difficult to restore. Thus, in terms of practical security policy, the only way left is to strengthen Europe's capacity for action and its own sovereignty, not at the expense of the transatlantic partnership, but explicitly as the European pillar of NATO. Because this is also true: only a Europe that can, and will, credibly assert and defend itself will be able to keep the U.S. within the alliance in the long term.

However, a second, perhaps even greater, challenge lies at the heart of our societies. The concept of America as a global role model, the "beacon of democracy," has paled—and not just since the storming of the Capitol on January 6, 2021. Radical polarization and relentless friend–foe thinking have transformed the system of checks and balances laid down in the American constitution into a dysfunctional system.

Not only in the United States, but also everywhere else, we are now observing and feeling tremors throughout our open, democratic societies. We are seeing the corrosive effect of massive inequality, the lack of opportunities for education and advancement, the diminishing social binding power of established institutions, the gradual weakening of political parties, churches, and associations. Each of our democracies consists of its own distinct fabric, full of national and regional traditions, narratives, and peculiarities.

At the same time, all our societies are being exposed to similar transnational forces and influences. Where the transformation of our political discourse and thus of the public sphere is concerned, many of these forces have their starting point in the United States. But not in Washington, D.C., or the White House, but in the ideas and visions of the future that emanate from Silicon Valley, and from the headquarters of the major tech companies of the Internet age. What do we observe when we look at the United States from Germany—the end of democracy or the emergence of the democracy of the future? And why, if the successful future of our own society depends on it, should we only follow this process of creative destruction from a distance, just like the proverbial deer in the headlights?

"Let's forget for one minute everything that has traditionally connected us, everything that welds us together in social or economic terms. Even if we were not linked by necessity, we, Germans and Americans, would still be democrats. That is what connects us, undoubtedly more than with any other region in the world, certainly more than with Russia or China. And that is what gives us more of a joint mission than we believed in the last few years." This is what Federal President Steinmeier said at a conference marking the inauguration of the Thomas Mann House in Los Angeles in spring 2018.

No foreign policy agenda unites us more closely than our common foundation as open, democratic societies. At a time when the world around us is undergoing dramatic changes, when China's one-party state is perfecting digital surveillance and control in a truly Orwellian manner, it would not be enough just to rely on a defensive preservation of our democracies against all and any change. Do we really believe that our political systems can remain stable if they are not also dynamic?

The future of democracy cannot be won without a concept of the democracy of the future. But what should the democracy of the future look like? What opportunities are offered by innovation, and how can the younger generation be convinced to follow this new democracy? After all, they are no less political than their predecessors. How can we contain global companies that merely shrug off the harm done to our democracies as being collateral damage resulting from their business models? What contribution can the European Union make to this? It is often ridiculed as being bureaucratic, but it is clearly more capable of taking regulatory action than the American Congress or the U.S. government. What kind of confidence can our democratic systems inspire, that will extend beyond our borders and inspire imitation across the geographic "West" and indeed worldwide—the confidence that a more just society, the preservation of the environment, and the humane shaping of digitalization can and will succeed?

Developing convincing answers to these questions in the discussion and exchange of ideas across the Atlantic is more than an academic exercise. It is the key to the future of our democracies. And in the successful future of these democracies there is also the chance of a lasting and mutually productive partnership, a viable "Atlantic Bridge" for the 21st century. This will allow us to continue to successfully defend the freedom of our societies against the challenges and threats of our time.

[US]

A New Bridge from Asia to Europe. I may never be a transatlanticist by trade, but I am confident that my engagement with Europe is just getting started.

Anand Raghuraman

is a Nonresident Fellow with the Atlantic Council's South Asia Center and a Vice President at The Asia Group, where he advises leading companies operating in South Asia across the Internet, e-commerce, social media, fintech, and financial services sectors. He is a New Bridge Fellow 2021.

ist Nonresident Fellow im South Asia Center des Atlantic Council und Vizepräsident bei The Asia Group, wo er führende Unternehmen in Südasien in den Bereichen Internet, E-Commerce, soziale Medien, FinTech und Finanzdienstleistungen berät. Er ist New Bridge-Fellow 2021.

A Turkish bus is an unusual vehicle for life-changing clarity. But for me it was the source of inspiration. Seven years ago, on the winding roads between Afyon and Istanbul, I had time and space for a parallel adventure. I read books about Indian history and Buddhist ethics, about war theory and post-war reconstruction, about U.S. foreign policy in Southeast Asia and technology trends in China and Japan. The intellectual walkabout crisscrossed continents and centuries and was all catalogued in an ink-splotched notebook.

What I came away with—beyond my enduring enchantment with Turkish tea—was a deep and abiding interest in the rise of Asia and its historic connectivity to the world. I found that the ideas and aesthetics that resonated most deeply with me were cross-cultural at heart, fusing East and West. I discovered that the two historical figures who would become my heroes—Mahatma Gandhi and Rabindranath Tagore—were able to transit seamlessly between disparate worlds with integrity and empathy. More importantly, I began to see for myself the outline of a grand project and personal mission: helping to create a world that was more connected, secure, prosperous, just, and inclusive.

It's this broader objective that drew me to the Atlantik-Brücke and the New Bridge Program. For me, Europe was always an uncharted area while my heart and mind straddled America and Asia. But the more I engaged with these two regions, the more I felt Europe's presence, pull, and attraction. As a policy consultant, I worked with global companies exploring EU–India trade ties. As a D.C. think-tanker, I saw how technology regulations in Asia drew inspiration from similar policies enacted in Brussels. To excel in my chosen fields, I had to understand Europe, and I came to see the Atlantik-Brücke and the New Bridge Program as an entry point into a complex new world.

I must admit—I was skeptical that I would be offered the chance to join the program in its first year. My knowledge of European politics was slim. I hardly fit the mold of a standard transatlanticist.

Fortunately, the New Bridge Program was different. Rather than select individuals who are very well versed in transatlantic relations, the program brought together diverse Americans with limited previous exposure to Europe, offering a panoramic introduction to Germany and the EU. Thanks

to meetings with politicians, business leaders, media outlets, entrepreneurs, and activists, I saw a country and continent grappling with tremendous change. As in Asia and America, concerns around migration and cultural shifts loomed large across European debates, whether national security, economics, political philosophy, or technology policy. And as the conversations progressed, I became convinced that our cohort of fellows would contribute a unique value to the transatlantic community.

With great credibility, New Bridgers could contribute to questions of citizenship and hyphenated identity. We could challenge assumptions about immigrants and affirm the role of diversity in politics and the public sphere. We could share insights on complex geopolitical trends that are underway in the United States, Latin America, Asia, and Africa. Most of all, we could show our counterparts the pride that each of us carries about our communities, heritage, and personal life stories.

Six months have already passed since I visited Germany for the first time. I still hold fond memories of Berlin and Brussels, of my fellow New Bridgers and the Atlantik-Brücke team, and of the spirited conversations that took place during these 10 wonderful days. And though I may never be a transatlanticist by trade, I am confident in this truth: my engagement with Europe is not over. It's just getting started.

[DE] **Eine neue Brücke zwischen Asien und Europa.** Ich werde vielleicht nie ein Transatlantiker von Beruf sein, aber ich bin mir sicher, dass meine Beschäftigung mit Europa gerade erst beginnt.

Eine Fahrt in einem türkischen Bus führt wohl nicht oft dazu, dass einem die Dinge so klar vor Augen stehen, dass plötzlich nichts mehr so ist wie vorher. Für mich sollte eine solche Busfahrt aber zur Quelle der Inspiration werden. Vor sieben Jahren erlebte ich nicht nur das Abenteuer der kurvenreichen Straßen zwischen Afyon und Istanbul, ich hatte parallel auch Zeit und genug Platz für ein anderes Abenteuer. Ich las Bücher über indische Geschichte und buddhistische Ethik, über Kriegstheorie und den Wiederaufbau in Nachkriegszeiten, über die US-Außenpolitik in Südostasien und Technologietrends in China und Japan. Meine intellektuellen Streifzüge durch die Kontinente und Jahrhunderte hielt ich in einem mit Tintenklecksen befleckten Notizbuch fest.

Abgesehen von meiner nachhaltigen Begeisterung für türkischen Tee habe ich seitdem ein tiefes und anhaltendes Interesse am Aufstieg Asiens und an seiner historischen Verbindung zum Rest der Welt. Ich stellte fest, dass die Ideen und die Ästhetik, die mich am meisten ansprechen, im Grunde kulturübergreifend sind und Ost und West in sich vereinen. Ich stellte außerdem fest, dass die beiden historischen Persönlichkeiten, die meine Helden werden sollten, Mahatma Gandhi und Rabindranath Tagore, es vermocht hatten, mit persönlicher Integrität und Einfühlungsvermögen problemlos zwischen unterschiedlichen Welten zu wandeln. Aber besonders wichtig war für mich, dass ich begann, die Umrisse eines großen Projekts und einer persönlichen Mission zu erkennen: eine Welt zu schaffen, die vernetzter, sicherer, glücklicher, gerechter und integrativer ist.

Es ist dieses umfassende Ziel, das mich auf die Atlantik-Brücke und das New Bridge Program aufmerksam gemacht hat. Für mich war Europa zuvor immer ein unbekanntes Gebiet gewesen. Mein Herz und meine Gedanken hatte ich an Amerika und Asien verloren. Doch je mehr ich mich mit diesen beiden Regionen beschäftigte, desto mehr spürte ich die Präsenz, die Anziehungskraft und den Reiz von Europa. Als Politikberater arbeitete ich mit weltweit agierenden Unternehmen zusammen und beschäftigte mich mit den Handelsbeziehungen zwischen der EU und Indien. Bei meiner Arbeit für einen Thinktank in Washington bekam ich mit, wie Technologievorschriften in Asien von Maßnahmen aus Brüssel inspiriert wurden. Um in den von mir gewählten Arbeitsbereichen noch erfolgreicher zu sein, musste ich Europa besser verstehen. Und so sah ich die Atlantik-Brücke und das New Bridge Program als Einstieg in eine komplexe neue Welt.

Ich gebe zu, dass ich skeptisch war, ob man mir die Chance geben würde, im ersten Jahr am Programm teilzunehmen. Mein Wissen über europäische Politik war sehr spärlich. Ich passte gar nicht ins Schema eines typischen Transatlantikers.

Glücklicherweise sah das New Bridge Program das ganz anders. Anstatt Personen auszuwählen, die sich in den transatlantischen Beziehungen sehr gut auskennen, brachte das Programm eine diverse Gruppe von Amerikanerinnen und Amerikanern zusammen, die bisher nur wenig mit Europa in Berührung gekommen waren, und bot uns einen umfassenden Überblick über Deutschland und die EU. Dank der Begegnungen mit Menschen aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Medien, mit Unternehmerinnen und Unternehmern sowie Aktivisten konnte ich ein Land und einen Kontinent kennenlernen, die mit enormen Veränderungen konfrontiert sind.

Zudem fiel mir auf, dass, wie in Asien und Amerika, auch in Europa die Themen Migration und kultureller Wandel in allen Debatten im Mittelpunkt stehen, egal ob es um nationale Sicherheit, Wirtschaft, politische Philosophie oder um Technologiepolitik geht. Im Laufe der Gespräche wuchs in mir die Überzeugung, dass unsere Fellow-Gruppe einen einzigartigen Beitrag zur transatlantischen Community leisten würde.

Die New Bridgers konnten sehr glaubwürdig zu Fragen der Staatsbürgerschaft und dem Leben mit mehreren Identitäten sprechen. Es gelang uns, Vorurteile über Immigranten infrage zu stellen und die wichtige Rolle der Diversität im politischen und öffentlichen Raum zu unterstreichen. Wir konnten außerdem Einblicke in komplexe geopolitische Trends austauschen, die sich gerade in den USA, in Lateinamerika, Asien und Afrika vollziehen. Vor allem aber konnten wir unseren Gesprächspartnern zeigen, wie stolz jeder und jede von uns auf seine bzw. ihre Community, Herkunft und persönliche Lebensgeschichte ist.

Es sind bereits sechs Monate vergangen, seit ich Deutschland zum ersten Mal besucht habe. Ich erinnere mich noch immer gern an Berlin und Brüssel, an meine Mitstreiterinnen und Mitstreiter von New Bridge, an das Team der Atlantik-Brücke und an die lebhaften Gespräche, die während dieser zehn wunderbaren Tage stattfanden. Und obwohl ich wahrscheinlich nie ein Transatlantiker von Beruf sein werde, bin ich mir sicher, dass meine Beschäftigung mit Europa nicht zu Ende ist. Sie geht gerade erst los.

America's Zeitenwende

Once a hegemon, the United States is now a country attempting to find its place among many powers that demand treatment at eye-level. Its allies, especially Europe and Germany, can help it find the right balance.

Julia Friedlander

Einst ein Hegemon, versuchen die USA heute, ihren Platz unter vielen Mächten zu finden, die eine Behandlung auf Augenhöhe einfordern. Ihre Verbündeten, besonders Europa und Deutschland, können ihnen dabei helfen, das richtige Gleichgewicht zu finden.

Amerikas Zeitenwende

[US] In 1871, shortly after the American Civil War concluded and in the year of German unification, the United States surpassed the British Empire as the world's largest economy. It did this shortly after the biggest disruption in the American democratic experiment, despite warfare and internal market fragmentation, despite the scar of slavery, and at the near height of European imperial power. The pull of westward territorial expansion, the discovery of oil, and growing industrial and labor capacity catapulted the country past its competitors. After World War II, the United States made up around half of the global economy. This image has been imprinted squarely in the American narrative.

There was plenty of fighting—America against America, America against the Spanish, the French, the British. But wars in the Western hemisphere did not mean America was a global military power. When the U.S. entered World War I, immigrants, including those without citizenship, were drafted without qualification to build a standing army over the course of weeks. It is probably hard for schoolchildren today (or for this article's author, who was first taught American history in the late 1990s) to imagine the United States as anything but the (mostly) benevolent hegemon it became. That part is not explained well. The complexity of the American story spurs heated debate throughout the country over the content of school textbooks. Haven't we always somehow been destined to be this way? How do we account for the bad as well as the good of the past? And does the narrative hold up to the many tests it now endures?

The world consists of many bubbles, some of which travel and many of which overlap, especially with a smartphone in your hand. These are geographic bubbles, socioeconomic bubbles, professional bubbles, and, increasingly, "identity" bubbles premised on certain sociopolitical value sets. The United States as a country, as a polity, tends to assume its culture and politics are a global commodity, and with good reason. Economic and military predominance ensures that what the country says, does, and prioritizes matters—a privilege, a responsibility, and a risk. But it has not been easy for Americans—or American leadership, regardless of party affiliation—to define how the U.S. stands in relation to both allies and adversaries. This internal debate, inflected by events overseas that have drawn the country in and out of conflict for the past several decades, is a seesaw between engagement and retrenchment.

Indeed, the past U.S. administrations tried out different variations of the American global bubble. The George W. Bush White House maintained an expansive, interventionist foreign policy that believed in nation-building and that any country, regardless of its history, could and wanted to become an American-style democracy, even if it was democracy by force. Obama reconsidered the value of America's extended arm but ended up with half-finished projects and no end to the suffering in eastern Ukraine, Syria, and Libya. The Trump administration's chaos, drawn in all directions by interventionists and retrenchers alike, shellshocked

everyone equally. But what the uproar really amounted to was a cry for help, a yawp to the world: the U. S. needs others to help it understand and execute its own power.

The shaking narrative

For the millennial generation, the second Iraq war easily shattered the concept of American exceptionalism. It was hard to reconcile the Bush administration's stated Wilsonian goal of "making the world safe for democracy" with images of the torture chambers of Abu Ghraib. Several years later, poor oversight of the financial system served as the main catalyst of a global financial crisis that eroded the potential for wealth creation by the biggest cohort of Americans since the Baby Boom. The dual assessments of our country—are we good or are we bad—were running on parallel tracks in both foreign and domestic policy.

The neoconservatism of the Bush administration catalyzed a 20-year overextension in Afghanistan and a poorly justified war in Iraq, but also promoted considerable expansion of development aid and immigration reform.

The Obama administration's emergency moves in 2008–9 may have stemmed financial meltdown and a global depression, but they did not prevent foreclosure on millions of homes nationwide. Headline economic recovery ended up exacerbating the widening rift between the country's rich and poor. Income disparity in the United States is now higher than in any other major developed economy. Congressional spending bills during the COVID-19 pandemic put only a Band-Aid over the problem despite the hefty price tag. While progressive economists said Washington needed to keep spending to make fundamental changes in the structure of America, a new New Deal, conservatives pointed to spending inefficiencies, poor absorption capacity of stimulus, and inflation. In the end, neither camp was right, nor was it wrong.

How do you convince a generation that fought two "endless wars," knows it will be less well off than its parents, and is now coming into positions of leadership, that the American formula is working? That the country can take care of its own or that overseas engagements are worth the sacrifice? The scope of U. S. foreign policy has not adjusted to this internal questioning. Although the current administration understood the national mood and ended the war in Afghanistan at great reputational cost, it is now binding itself to a standoff in eastern Europe, employing familiar ambitious talking points that it had stood up to "defend global democracy." Sometimes, the stronger political statements are worded, the less promise they have in implementation—words are poor cover for the capacity to act. America's younger generations, which question the potency of this rhetoric or are inoculated to see its hypocrisies, have reached professional age in a global environment that is likely to recalibrate the relative power of the United States.

"The stronger political statements are worded, the less promise they have in implementation—words are poor cover for the capacity to act."

At one center—not the center—of global power

Observing the lightning-speed history lessons in 2022, Western politicians and media have made bold statements: Russia has upturned "postwar peace," the "inviolability of borders," and the "international order" (read, the Western definition of that order). Yet Russia's conduct, deplorable and barbaric, cannot possibly be the same break from history for everyone looking at it, nor does the shock of this war override local violence, internecine rivalries, economic challenges, or fixed worldviews. Depending on where you sit, Russia's invasion of Ukraine will evoke different concerns. It may also just matter less considering other crises.

There are limits on how much the United States and its partners can shift global priorities according to their timeline. Shortly after taking office, the Biden administration attempted to level set with Moscow so it could focus on systemic competition with Beijing. This was understandable: Most international relations professors will argue that governments can only really handle one crisis at a time. In 2021, diplomacy to Moscow would include—where possible—efforts to find common ground when faced with China. The U. S. argued that Russians should not acquiesce to Beijing's economic dominance, which would surely swallow them whole. Russia was viewed through the lens of China policy. Yet since February of this year, Washington's aim has shifted to convincing China that it is neither politically nor financially tenable to support a murderous Kremlin. China was then viewed through a Russia lens. Even the most U. S.-inclined foreign government could not be faulted for misunderstanding the competing priorities and trendlines of the administration. The United States is a country attempting to find its place among many powers that will increasingly demand treatment at eye-level. Its allies can help it find the right balance.

"The United States is a country attempting to find its place among many powers that will increasingly demand treatment at eye-level. Its allies can help it find the right balance."

Germany's opportunity

American millennials and Gen Z will need to reconcile the competing narratives of the United States—both very rich and very poor, globally present yet over-extended, and queasy from the domestic political rollercoaster ride that the country has brought upon itself. The geopolitical landscape is becoming more multipolar by the month—from shifting power in the Middle East, to India's emergence as a leverage broker, to left-leaning governments in South America

that are distancing themselves from their northern neighbor. New generations have inherited a decades-long struggle to use economic predominance and global military influence effectively. But now international circumstances will demand that Americans and Europeans use alternative means of defining power.

Despite the 19th-century, or even 16th-century, nature of Russia's conventional war in Ukraine, the future of international security will likely depend less on the rules of conventional warfare and traditional concepts of deterrence. The West is now fighting Russia indirectly with weapons but directly through economic and financial means, reining in Moscow's fiscal and industrial capacity to wage war. Today's concerns over China are, fundamentally, questions about proper market regulation, the use of emerging technologies, industrial policy, and steering the global economy. As much as the news covers aircraft carriers and missile defense systems in the South Pacific, the response to Chinese aggression against Taiwan will depend in large part on economic and financial leverage. But the United States is highly leveraged in China. It has no monopoly and no veto power over decision-making in international trade. But what it can do is set proper boundaries and practices together with the European Union.

> "European governments may not yet realize it, the ground has already shifted towards a greater European sphere of influence."

Across a panoply of issues, the EU, and Germany as the bloc's largest economy, are economic and regulatory heavyweights. From Iran's nuclear problem to anti-trust, the collective bargaining power of the Brussels machine will make the European Union institutions increasingly meaningful for Washington. If the decisive factor in an international standoff is in standard-setting and not the number of aircraft carriers, the responsibility shifts away from the biggest militaries. Even though those talking points in Washington don't quite reflect it, and European governments may not yet realize it, the ground has already shifted towards a greater European sphere of influence.

This trend will de-emphasize inequities in the German–American (and more broadly U.S.–NATO) relationship that have been the root of bilateral tensions for longer than the lifetime of anyone of working age. On file at the White House—and conveniently provided to staffers for historical reference—are letters exchanged within the Eisenhower administration admonishing West Germany shortly after its 1955 NATO accession for relying on the United States for territorial defense. Europe, according to this correspondence, would become complacent and not bear its fair share of the burden. This is a goldmine for U.S. officials writing talking points and sitting in the same chairs 60 years later, but longstanding irritants are not preternaturally bound to determine the challenges of the future.

Developed, capital-driven democracies are facing foreign partners and domestic voters less fit for globalization and bottom-line cost efficiencies, challenging prevailing industrial and political worldviews that took hold in the 1980s. They are experiencing tight energy markets at a crucial time to develop technology to tackle climate change and produce it at scale. And they are struggling to determine what level of state intervention into the activities of the private sector is required to ensure domestic production, equitable income, and supply chain distribution. As one of the countries that has profited the most from liberalized trade and access to emerging markets, Germany has been placed, due to rapid changes in the global environment—by necessity—in a position to set new rules for the sustainability of advanced industrial economies. How Germany and the EU respond to the oncoming crunch will be a model for the United States, despite considerable structural differences on both sides of the Atlantic.

Germany is undergoing the biggest changes in its foreign policy as the federal republic at a time when America's own *Zeitenwende*—played out over decades—appears to be hitting full throttle. Current German deliberations to forge a broader, leadership-seeking concept of national security interests may seem torturous at the time of this writing, but the trendline will prove itself irreversible when Atlantik-Brücke turns 80. This is a moment for a recalibration of how both countries place themselves in a complicated, multipolar environment—both a challenge and an opportunity, not unlike in 1871.

Julia Friedlander

is CEO of Atlantik-Brücke. Previously, she was the C. Boyden Gray Senior Fellow and Director of the Economic Statecraft Initiative at the Atlantic Council in Washington, D.C. She is an expert on transatlantic economic relations, EU economic policy, and financial regulation and sanctions. Prior to joining the Atlantic Council, Julia Friedlander served as an advisor at the U.S. Department of the Treasury and the White House, among other positions.

ist Geschäftsführerin der Atlantik-Brücke. Zuvor war sie C. Boyden Gray Senior Fellow und Leiterin der Economic Statecraft Initiative beim Atlantic Council in Washington, D.C. Sie ist Expertin für transatlantische Wirtschaftsbeziehungen, EU-Wirtschaftspolitik sowie Finanzregulierung und Sanktionen. Vor ihrer Zeit beim Atlantic Council war Julia Friedlander unter anderem als Beraterin im US-Finanzministerium und im Weißen Haus tätig.

[DE] Amerikas Zeitenwende

1871, kurz nach Ende des amerikanischen Bürgerkriegs und im Jahr der deutschen Einigung, überholten die Vereinigten Staaten von Amerika das Britische Empire als größte Volkswirtschaft der Welt. Das geschah kurz nachdem das amerikanische demokratische Experiment seine größte Erschütterung erfahren hatte, trotz des Krieges und der Zersplitterung des Binnenmarkts, trotz des Mals der Sklaverei und zu einem Zeitpunkt, als das Britische Weltreich seinen Zenit als europäische imperiale Macht erreicht hatte. Die territoriale Expansion nach Westen, die Entdeckung von Erdöl und die wachsenden Industrie- und Arbeitskraftkapazitäten katapultierten die Vereinigten Staaten an all ihren Konkurrenten vorbei. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde etwa die Hälfte der weltweiten Wirtschaftsleistung in den USA erbracht. Das hat das amerikanische Narrativ bis heute stark geprägt.

Es gab viele kriegerische Auseinandersetzungen: Amerika gegen Amerika, Amerika gegen Spanien, Frankreich, Großbritannien. Aber Kriege in der westlichen Hemisphäre machten die USA noch nicht zu einer globalen Militärmacht. Als die USA in den Ersten Weltkrieg eintraten, wurden Einwanderer, auch solche ohne Staatsbürgerschaft, unbesehen in die Armee eingezogen; so wurde innerhalb weniger Wochen ein stehendes Heer aufgestellt. Für heutige Schulkinder (wie auch für die Autorin dieses Artikels, die in den späten 1990er Jahren zum ersten Mal in amerikanischer Geschichte unterrichtet wurde) ist es wahrscheinlich schwer, sich die Vereinigten Staaten als etwas anderes als den (meist) wohlwollenden Hegemonen vorzustellen, zu dem das Land geworden ist. Die geschichtlichen Zusammenhänge werden nicht gut erklärt. Die Komplexität der amerikanischen Erzählung führt in den USA selbst zu hitzigen Debatten darüber, welche Inhalte in den Schulbüchern behandelt werden sollen. Sind wir nicht schon immer irgendwie dazu vorbestimmt, so zu sein, wie wir sind? Wie erklären wir die schlechten und auch die guten Seiten unserer Vergangenheit? Und hält dieses Narrativ den vielen Prüfungen stand, denen sich das Land heute stellen muss?

Die Welt besteht aus vielen Blasen, von denen sich einige bewegen und viele überschneiden, vor allem durch die Macht unserer Smartphones. Es handelt sich um geografische Blasen, sozioökonomische Blasen, berufliche Blasen und in zunehmendem Maße auch um „Identitätsblasen“, die auf bestimmten soziopolitischen Wertvorstellungen beruhen. Die Vereinigten Staaten als Land, als Gemeinwesen, neigen zu der Annahme, dass ihre Kultur und Politik ein globales Gut seien, und dazu haben sie guten Grund: Die wirtschaftliche und militärische Vorherrschaft der USA führt dazu, dass das, was das Land sagt, tut und priorisiert, Gewicht in der Welt hat. Und dies ist ein Privileg, eine Verantwortung und auch ein Risiko. Aber es ist bis heute für Amerikaner – oder für die amerikanische Führung, egal welcher Partei – nicht einfach zu definieren, in welchem Verhältnis die USA zu ihren Verbündeten und Gegnern stehen. Diese interne Debatte, die von Ereignissen im Ausland beeinflusst wird, durch die das Land in den letzten Jahrzehnten immer wieder in Konflikte hineingezogen wurde, ist ein immerwährendes Schwanken zwischen Engagement und Rückzug.

Tatsächlich haben frühere US-Regierungen verschiedene Varianten der amerikanischen „Weltblase“ ausprobiert. Das Weiße Haus unter George W. Bush verfolgte eine expansive, interventionistische Außenpolitik, die an den Staatsaufbau von außen, an das *nation building*, glaubte und davon ausging, dass jedes Land, unabhängig von seiner Geschichte, eine Demokratie nach amerikanischem Vorbild werden könnte und wollte, selbst wenn es sich um eine mit Gewalt herbeigeführte Demokratisierung handelte. Obama wollte einen Wechsel dieser Außenpolitik herbeiführen, aber er hinterließ doch nur unvollendete Projekte und weiteres Leiden in der Ostukraine, in Syrien und Libyen. Das Chaos der Trump-Regierung – in die unterschiedlichsten Richtungen gezerrt von Interventionisten wie von Rückzugsbefürwortern – hat alle gleichermaßen in Schockstarre versetzt. Doch im Grunde war der Aufruhr ein Hilferuf, ein Aufschrei in die Welt: Die USA brauchen andere Länder, die ihnen dabei helfen, ihre eigene Macht zu verstehen und auszuüben.

Das erschütterte Narrativ

In den Augen der Millennials zerstörte der zweite Irakkrieg die Vorstellung eines amerikanischen Exzeptionalismus. Es war schwer, das von der Bush-Regierung erklärte Wilson'sche Ziel, „die Welt für die Demokratie sicher zu machen“, mit den Bildern aus den Folterkammern von Abu Ghraib zu vereinbaren. Einige Jahre später war die mangelhafte Kontrolle des Finanzsystems der Hauptauslöser für eine weltweite Finanzkrise, die den seit dem Babyboom stärksten Geburtenjahrgängen der USA die Chance nahm, Wohlstand für sich selbst zu schaffen. Die binäre Beurteilung unseres Landes – sind wir gut oder sind wir schlecht – verlief sowohl in der Außen- als auch in der Innenpolitik auf parallelen Bahnen.

Der Neokonservatismus der Bush-Regierung führte zu 20 Jahren der Überforderung in Afghanistan und dem dürftig begründeten Krieg im Irak, er hatte aber auch eine beträchtliche Ausweitung der Entwicklungshilfe und eine Einwanderungsreform in den USA zur Folge.

Die Sofortmaßnahmen der Obama-Regierung in den Jahren 2008/09 haben zwar den Zusammenbruch der Finanzmärkte und eine weltweite Depression abgewendet, konnten aber nicht die Zwangsversteigerung von Millionen von Häusern im ganzen Land verhindern. Der wirtschaftliche Aufschwung hat die Kluft zwischen Arm und Reich in den USA nur noch vergrößert. Die Einkommensunterschiede in den Vereinigten Staaten sind heute größer als in jeder anderen großen entwickelten Volkswirtschaft. Die Haushaltsgesetzgebung des Kongresses während der Coronapandemie wirkte trotz der hohen Kosten nur wie ein Pflaster auf tiefen wirtschaftlichen Wunden. Während progressive Ökonominnen und Ökonomen meinten, Washington müsse weiter Geld ausgeben, um die Struktur von Amerika grundlegend zu verändern – ein neuer New Deal –, verwiesen die Konservativen auf die Ineffizienz solcher Ausgaben, die geringe Absorptionsfähigkeit der Wirtschaft von Konjunkturprogrammen und die Inflation. Letztendlich hatte weder das eine noch das andere Lager recht – oder unrecht.

Wie überzeugt man eine Generation, die in zwei „endlosen Kriegen“ gekämpft hat, die weiß, dass es ihr weniger gut gehen wird als ihren Eltern, und die jetzt in Führungspositionen kommt, davon, dass der amerikanische Gesellschaftsentwurf funktioniert? Dass das Land sich um seine Bevölkerung kümmern und auf sie aufpassen kann oder dass Auslandseinsätze das große Opfer wert sind? Die US-Außenpolitik hat sich in ihrer Bandbreite nicht an diese interne Infragestellung angepasst. Obwohl die derzeitige Regierung die Stimmung im Land erkannt und den Krieg in Afghanistan unter großem Imageverlust beendet hat, engagiert sie sich jetzt in den kriegerischen Auseinandersetzungen in Osteuropa. Dabei bedient sie sich wohlbekannter hochgesteckter Ziele wie der „Verteidigung der weltweiten Demokratie“. Manchmal sind politische Erklärungen umso weniger Erfolg versprechend, je plakativer sie formuliert sind: Worte sind ein schlechter Deckmantel für die Fähigkeit oder Unfähigkeit zu handeln. Amerikas jüngere Generationen, die die Kraft dieser Rhetorik infrage stellen oder ein Gespür für die dahintersteckende Heuchelei haben, haben das Erwerbsalter in einem globalen Umfeld erreicht, in dem sich die relative Macht der Vereinigten Staaten wahrscheinlich neu ausbalancieren wird.

In einem Zentrum – und nicht dem Zentrum – der globalen Macht

Konfrontiert mit den rasanten geschichtsträchtigen Entwicklungen im Jahr 2022 haben westliche Politiker und Politikerinnen wie auch Medien kühne Behauptungen aufgestellt: Russland habe den „Nachkriegsfrieden“, die „Unverletzlichkeit der Grenzen“ und die „internationale Ordnung“ (sprich: die westliche Definition dieser Ordnung) auf den Kopf gestellt. Doch Russlands Verhalten, obgleich schändlich und barbarisch, kann unmöglich für alle Betrachtenden denselben Bruch mit der Geschichte bedeuten, noch überwiegt der Schock, den dieser Krieg verursacht hat, in Anbetracht lokaler kriegerischer Auseinandersetzungen, interner Rivalitäten, wirtschaftlicher Herausforderungen oder seit Langem bestehender Weltanschauungen. Je nach Standpunkt wird der Einmarsch Russlands in die Ukraine unterschiedliche Bedenken hervorrufen. Auch mag es sein, dass dieser Krieg als weniger wichtig angesehen wird als andere Krisen.

Die Vereinigten Staaten und ihre Partner können die globalen Prioritäten nicht nach Belieben gemäß ihrem Zeitplan verschieben. Kurz nach ihrem Amtsantritt versuchte die Regierung von Joe Biden, Moskau zu besänftigen, um sich auf den Systemwettbewerb mit Peking konzentrieren zu können. Das war verständlich. Die meisten Professorinnen und Professoren für internationale Beziehungen sind der Meinung, dass Regierungen immer nur eine, aber nicht mehrere Krisen gleichzeitig bewältigen können. Im Jahr 2021 wurde im diplomatischen Austausch mit Moskau – wann immer möglich – versucht, eine gemeinsame Basis für den Umgang mit China zu finden. Die USA argumentierten, dass sich Russland nicht der wirtschaftlichen Dominanz Pekings beugen sollte, sonst werde man mit Sicherheit von China verschlungen. Russland wurde durch die Brille der Chinapolitik betrachtet. Doch seit Februar dieses Jahres haben sich die Ziele Washingtons dahin verlagert, China davon zu überzeugen, dass es weder politisch noch finanziell vertretbar ist, einen mörderischen Kreml zu unterstützen. China wird nun durch die Brille der Russlandpolitik betrachtet. Selbst einer den USA stark zugeneigten ausländischen Regierung wäre es nicht zu verdenken, wenn sie die konkurrierenden Prioritäten und Tendenzen dieser Regierung missverstände. Die Vereinigten Staaten sind ein Land, das versucht, seinen Platz unter vielen Mächten zu finden, die zunehmend eine Behandlung auf Augenhöhe einfordern. Ihre Verbündeten können ihnen dabei helfen, das richtige Gleichgewicht zu finden.

Eine Gelegenheit für Deutschland

Amerikanische Millennials und die Generation Z müssen die zahlreichen konkurrierenden Narrative der Vereinigten Staaten unter einen Hut bringen: sehr reich und zugleich sehr arm, global präsent und doch überfordert und mit einem mulmigen Gefühl nach der innenpolitischen Achterbahnfahrt, auf die das Land sich selbst geschickt hat. Die geopolitische Landschaft wird von Monat zu Monat multipolarer –

von Machtverschiebungen im Nahen Osten über Indiens Aufstieg zum Vermittler bis hin zu linksgerichteten Regierungen in Südamerika, die sich von ihrem nördlichen Nachbarn distanzieren. Die neuen Generationen treten ihr Erbe an und setzen den jahrzehntelangen Versuch fort, wirtschaftliche Übermacht und globalen militärischen Einfluss effektiv zu nutzen. Doch die internationalen Verhältnisse werden nun von Amerika und Europa verlangen, dass sie alternative Mittel zur Definition von Macht einsetzen.

Trotz der Tatsache, dass Russland seinen konventionellen Krieg in der Ukraine wie eine militärische Auseinandersetzung aus dem 19. oder sogar dem 16. Jahrhundert führt, wird die Zukunft der internationalen Sicherheit wahrscheinlich weniger von den Regeln der konventionellen Kriegsführung und traditionellen Konzepten der Abschreckung abhängen. Der Westen bekämpft Russland jetzt indirekt mit Waffen, aber direkt mit wirtschaftlichen und finanziellen Mitteln, um Moskaus fiskalische und industrielle Kapazitäten zur Kriegsführung zu schwächen. Die heutige Besorgnis über China ist im Grunde genommen eine Frage der richtigen Marktregulierung, des Einsatzes neuer Technologien, der Industriepolitik und der Steuerung der Weltwirtschaft. So viel in den Nachrichten auch über Flugzeugträger und Raketenabwehrsysteme im Südpazifik berichtet wird – die Reaktion auf eine chinesische Aggression gegen Taiwan wird zu einem großen Teil davon abhängen, wer wirtschaftlich und finanziell am längeren Hebel sitzt. Doch die Vereinigten Staaten sind gegenüber China hoch verschuldet. Sie haben kein Monopol und kein Vetorecht bei Entscheidungen im internationalen Handel. Was die USA aber tun können, ist, gemeinsam mit der Europäischen Union angemessene Grenzen und Praktiken festzulegen.

In vielen Bereichen ist die EU – und Deutschland als die größte Volkswirtschaft des Blocks – ein wirtschaftliches und regulatorisches Schwergewicht. Vom iranischen Atomproblem bis hin zum Kartellrecht: Durch die kollektive Verhandlungsmacht des Brüsseler Apparats werden die Institutionen der Europäischen Union für Washington immer bedeutender werden. Wenn bei einer internationalen Auseinandersetzung die Festlegung von Standards entscheidend ist und nicht die Anzahl der Flugzeugträger, wird den größten Militärmächten Verantwortung genommen. Auch wenn die Diskussionen in Washington dies nicht ganz widerspiegeln und die europäischen Regierungen es vielleicht noch gar nicht erkannt haben, hat sich das internationale Gefüge bereits in Richtung eines größeren europäischen Einflussbereichs verschoben.

Diese Tendenz wird die Ungleichheiten in den deutsch-amerikanischen Beziehungen (und im weiteren Sinne auch in den Beziehungen zwischen den USA und der NATO) in den Hintergrund treten lassen, auch wenn diese schon für bilaterale Spannungen sorgten, als noch kein Mensch, der heute im arbeitsfähigen Alter ist, auf der Welt war. In den Akten des Weißen Hauses, die dessen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für historische Recherchen zur Verfügung stehen, finden sich Briefe aus der Regierungszeit Eisenhowers. Dort wird Westdeutschland kurz nach seinem NATO-Beitritt im Jahr 1955 ermahnt, weil man sich bei der territorialen Verteidigung nur auf die Vereinigten Staaten verlasse. Europa, so heißt es in diesem Briefwechsel, werde selbstgefällig und trage nicht seinen gerechten Anteil an dieser Last. Dies ist eine wahre Fundgrube für die Beamtinnen und Beamten der US-Behörden, die ganze 60 Jahre später in denselben Sesseln sitzen und ihre Argumente formulieren. Doch diese seit vielen Jahren anhaltenden Irritationen müssen nicht zwingend auch die Herausforderungen der Zukunft bestimmen.

Die entwickelten, kapitalgesteuerten Demokratien sehen sich immer stärker mit ausländischen Partnern und im eigenen Land mit einer Wählerschaft konfrontiert, die für die Globalisierung und Forderungen nach Kosteneffizienz nicht bereit sind. Aus den 1980er Jahren stammende und in der Industrie oder Politik vorherrschende Ansichten werden zunehmend infrage gestellt. Diese Gesellschaften sehen sich nun angespannten Energiemärkten gegenüber – zu einem Zeitpunkt, an dem Technologien zur Bekämpfung des Klimawandels entwickelt und in großem Maßstab produziert werden sollen. Und sie ringen um die Frage, wie stark der Staat in die Aktivitäten des Privatsektors eingreifen muss, um die heimische Produktion, gerechte Einkommen und stabile Lieferketten sicherzustellen. Als eines der Länder, das am meisten von der Liberalisierung des Handels und dem Zugang zu Schwellenmärkten profitiert hat, ist Deutschland durch die raschen Veränderungen des globalen Umfelds – notgedrungen – an vorderster Front involviert, wenn es darum geht, neue Nachhaltigkeitsregeln für die hoch entwickelten industriellen Volkwirtschaften festzulegen. Die Art und Weise, wie Deutschland und die EU auf die bevorstehende Krise reagieren, wird ein Modell für die Vereinigten Staaten sein, auch wenn sich die Gegebenheiten dies- und jenseits des Atlantiks strukturell erheblich voneinander unterscheiden.

Deutschland erlebt gerade die massivsten außenpolitischen Veränderungen seit der Gründung der Bundesrepublik, und das zu einer Zeit, in der Amerikas eigene Zeitenwende, die sich eigentlich schon über Jahrzehnte hinzieht, Fahrt aufzunehmen scheint. Die derzeitigen deutschen Überlegungen, ein breiteres, auf Führung ausgerichtetes Konzept nationaler Sicherheitsinteressen zu schmieden, mögen zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Artikels qualvoll erscheinen, aber bis zum 80. Geburtstag der Atlantik-Brücke wird sich die Entwicklung als unumkehrbar erwiesen haben. Wir erleben einen Moment, in dem die Neukalibrierung der Positionen beider Länder in einem komplizierten, multipolaren Umfeld möglich ist, und dies ist eine Herausforderung und eine Chance zugleich – ähnlich wie 1871.

[DE]

Die Grenzgängerin. Gerade wer sich wie ich mit der Entfremdung zwischen Ost und West beschäftigt, muss über den Atlantik schauen.

Christiane Hoffmann

ist Erste Stellvertretende Sprecherin der Bundesregierung sowie stellvertretende Leiterin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Zuvor war sie stellvertretende Leiterin und Autorin im Hauptstadtbüro des *Spiegel*. Christiane Hoffmann ist Young Leaders-Alumna 1997.

is First Deputy Spokesperson of the German Government and Deputy Head of the Press and Information Office of the German Government. Previously, she was deputy director and author in *Der Spiegel's* Berlin bureau. Christiane Hoffmann is a 1997 Young Leaders Alumna.

Vielleicht war ich gar keine waschechte Transatlantikerin. Mein Herausgeber bei der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* jedenfalls hatte mich einmal als einen „östlichen Menschen" bezeichnet. Und tatsächlich kam keiner der Teilnehmenden der Young Leaders-Konferenz 1997 in Hamburg-Rissen so weit aus dem Osten wie ich, die damals als Korrespondentin in Moskau arbeitete. Trotzdem sagte ich sofort begeistert zu, als mich die Einladung des transatlantischen Netzwerks erreichte. Nach mehr als zehn Jahren der Beschäftigung mit der Sowjetunion, Russland, der Ukraine und Osteuropa war die Erweiterung der Perspektive willkommen, ja notwendig.

Es war die Zeit der Jugoslawienkriege, die Zeit, in der die Hoffnung auf eine Transformation Russlands zu einer marktwirtschaftlichen Demokratie sich immer mehr als Illusion erwies. Es war der Sommer, in dem die NATO in Madrid die erste Runde der Osterweiterung beschloss: Polen, Ungarn und Tschechien traten zwei Jahre später der Verteidigungsallianz bei. Damals begann die neue Entfremdung zwischen West und Ost, nachdem das Ende der Geschichte ausgeblieben war. Das wiedervereinigte Deutschland suchte seine neue Rolle. Auch das Verhältnis zu den USA veränderte sich, umso wichtiger war gerade in dieser Zeit der vertrauensvolle Austausch mit den amerikanischen Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

All diese Themen wurden hinter den hohen Hecken von Haus Rissen hitzig diskutiert, offen und unvoreingenommen, das zeichnet die Gesprächsatmosphäre der Atlantik-Brücke aus. Ein Höhepunkt der Konferenz war ein Treffen mit US-General Wesley Clark, der damals gerade zum Supreme Allied Commander Europe ernannt worden war. (Ein anderer Höhepunkt: Eckart von Klaeden, der Hans-Albers-Lieder intoniert.) Einige Kontakte haben die Jahre, mittlerweile schon Jahrzehnte überdauert, die Erweiterung der Perspektive hat das auch: Dank der Young Leaders kann ich für mich in Anspruch nehmen, als östlicher Mensch zugleich Transatlantikerin zu sein.

[US] **Crossing borders.** Especially those who, like me, are concerned with the alienation between the East and the West must look across the Atlantic.

Maybe I wasn't really a genuine transatlanticist. At any rate, my editor at the *Frankfurter Allgemeine Zeitung* had once described me as an "Eastern person." And in fact, none of the participants at the 1997 Young Leaders Conference in Hamburg Rissen came from as far East as I did. I was working as a correspondent in Moscow at the time. Nevertheless, as soon as I received the invitation from the transatlantic network, I enthusiastically accepted it. After more than 10 years of reporting on and dealing with the Soviet Union, Russia, Ukraine, and Eastern Europe, this broadening of my perspective was welcome, indeed necessary.

It was the time of the Yugoslav Wars, the time when the West's hope of Russia transforming into a market-based democracy was increasingly proving to be an illusion. It was the summer that NATO, in Madrid, decided on the first round of eastward enlargement: Poland, Hungary, and the Czech Republic joined the defense alliance two years later. At that time, a new period of alienation between West and East began after the "end of history" failed to materialize. Reunified Germany was looking for its new role. Germany's relationship with the USA also changed. And especially during this period, the trusting exchange of ideas we had with the American participants at the conference was all the more important.

All these topics were hotly debated behind the high hedges of Haus Rissen—discussed openly and impartially, which is what distinguishes the atmosphere of dialogue at Atlantik-Brücke. One highlight of the conference was a meeting with U.S. General Wesley Clark, who had just been appointed Supreme Allied Commander Europe. (Another was Eckart von Klaeden [German CDU politician], intoning the songs of Hans Albers.) Some of these contacts have survived the years, which have now become decades. The broadening of my perspective has also survived: thanks to the Young Leaders, I can claim to be both a transatlanticist and an Eastern person at the same time.

Ein Bündnis mit Zukunft

Russlands Krieg gegen die Ukraine zeigt: Europas Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten ist wichtiger denn je. Gerade wir Deutschen sollten kräftig in sie investieren.

Friedrich Merz

Russia's war against Ukraine shows us that Europe's partnership with the United States is more important than ever. We Germans in particular should invest heavily in it.

An Alliance with a Future

[DE] Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs sind die transatlantischen Beziehungen eine tragende Säule für Deutschlands Freiheit und Sicherheit. In diesem Jahr jährt sich die berühmte Rede des damaligen US-Außenministers George C. Marshall an der Harvard University zum 75. Mal. Sie wurde zur Grundlage für das amerikanische Aufbauprogramm für Westeuropa, das in seinem Umfang und seiner Wirkungskraft einzigartig ist. In dieser Reihe der deutsch-amerikanischen Meilensteine stehen auch die Luftbrücke während der sowjetischen Berlin-Blockade 1948/49, Präsident John F. Kennedys Rede vor dem Schöneberger Rathaus 1963 und Präsident Ronald Reagans Appell vor dem Brandenburger Tor 1987. Diese Ereignisse haben eine Gemeinsamkeit: Sie hatten zur Folge, dass die Menschen über den Atlantik hinweg enger zusammenrückten. Denn die guten deutsch-amerikanischen Beziehungen waren stets mehr als ein politisches Zweckbündnis. Sie waren und sind Ausdruck von Freundschaft zwischen Amerikanern und Deutschen. Dieser festen Überzeugung dient auch die Arbeit der Atlantik-Brücke. In diesem Jahr feiert sie ihr 70. Jubiläum.

Jedes Jubiläum ist auch immer eine Gelegenheit zum Rückblick. Die Bedeutung der deutsch-amerikanischen Beziehungen – und somit auch der Atlantik-Brücke – erschöpft sich indes nicht in der Erzählung einer gemeinsamen Vergangenheit. Die Relevanz dieser Partnerschaft zeigt sich in der gemeinsamen Antwort auf aktuelle Herausforderungen. Die Verbindungen zwischen Europa und Nordamerika fußen auf fundamentalen Grundüberzeugungen, die unser gesellschaftliches Leben, unser politisches System und auch unsere Sicherheitsinteressen umfassen. Das transatlantische Verhältnis ist und bleibt somit eine wesentliche Grundlage für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung. Zwar verfolgen Deutschland, Europa und die USA in Einzelfragen unterschiedliche Ansätze. Das ist jedoch keine Schwäche, sondern eine große Stärke. Denn unsere Werte lassen uns gemeinsame Antworten auf Herausforderungen finden, nicht obwohl, sondern gerade weil wir auch Unterschiede zulassen.

„Keine zwei Regionen auf der Welt teilen eine derartige Schnittmenge an gemeinsamen Werten und Interessen wie Europa und Nordamerika."

In der Gegenwart gilt gleichermaßen wie in der Geschichte dieser Partnerschaft: Keine zwei Regionen auf der Welt teilen eine derartige Schnittmenge an gemeinsamen Werten und Interessen wie Europa und Nordamerika. Hierzu zählt eine europäische Sicherheitsarchitektur, die auf dem Völkerrecht fußt – allen voran auf dem Grundsatz der territorialen Integrität und dem der politischen Souveränität. In diesem Zusammenhang markiert der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine eine Zeitenwende für die transatlantische Partnerschaft und speziell auch für die deutsche Außenpolitik. Noch nie in der Nachkriegsgeschichte war im Kreis des Bündnisses die Erwartungshaltung

so stark, dass Berlin seine passive, vorrangig auf finanzielle Unterstützung fokussierte Außen- und Sicherheitspolitik überwindet und stattdessen eine aktive Führungsrolle einnimmt. Und es stimmt: Als viertgrößte Volkswirtschaft der Welt und größtes Mitgliedsland der Europäischen Union kann sich Deutschland keine Zurückhaltung in einem Konflikt leisten, der an den Grundfesten der regelbasierten internationalen Ordnung rührt. Die Zeitenwende, in der wir uns befinden, erfordert von Deutschland die Übernahme von Verantwortung. Es gilt, einen Beitrag zur Verteidigung dieser internationalen Ordnung zu leisten; einer Ordnung, von der wohl kein Land so profitiert wie Deutschland selbst.

Für den politischen Westen ist der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine die größte sicherheitspolitische Herausforderung seit dem Ende des Kalten Krieges. Der brutale Überfall auf einen souveränen Staat hat die europäische und globale Sicherheitsordnung eklatant verletzt. Diese Entwicklung ist auch eine Gelegenheit, um hinsichtlich unserer eigenen Außen- und Sicherheitspolitik Bilanz zu ziehen. Wir stellen fest: Insbesondere Deutschland hat in den letzten 20 Jahren zu wenig in die eigene Verteidigungsfähigkeit investiert. Der Krieg gegen die Ukraine deckt zudem schonungslos auf, welch fundamentale Bedeutung das transatlantische Verhältnis für die strategische Ausrichtung der Sicherheitsarchitektur in Europa hat. Wir fragen uns: In was für einem Europa würden wir seit dem 24. Februar 2022 leben, wenn die USA der NATO nicht den Rücken gestärkt hätten? In einer von der Körber-Stiftung und dem Londoner Internationalen Institut für Strategische Studien (IISS) 2019 durchgeführten Studie wurde der Rückzug der USA aus der NATO als Planspiel simuliert. In dem fiktiven Szenario wurden dann krisenhafte Entwicklungen im Westbalkan und in Osteuropa durchgespielt. Das Ergebnis: Die verbliebenen NATO-Mitgliedsstaaten würden zögern, im Ernstfall ohne die USA den Bündnisfall gemäß Artikel 5 des Nordatlantikvertrags auszurufen. Für Deutschland hätte dies, gepaart mit der Schwäche der eigenen Verteidigungsfähigkeit, unter Umständen Folgen existenziellen Ausmaßes.

„Russland wird auf absehbare Zeit die größte Herausforderung für die Sicherheit Europas bleiben.“

Russland wird auf absehbare Zeit die größte Herausforderung für die Sicherheit Europas bleiben. Dies gilt jedoch nur bedingt für die USA, die sich bereits jetzt vornehmlich auf die strategischen Entwicklungen in der Indopazifikregion konzentrieren. Deutschland muss daher zukünftig eine Rolle als aktiver Gestalter einnehmen, die seinem ökonomischen Gewicht entspricht – sowohl in Europa als auch in anderen strategisch relevanten Regionen der Welt. Leider sehen wir im Kontext des Ukrainekriegs einen Rückfall in alte Muster: Die USA führen, Europa folgt, und Deutschland zögert. Sowohl die Theorie als auch die Realität zeigen uns, dass es für Deutschland und Europa auf absehbare Zeit keine Alternativen zur transatlantischen Partnerschaft geben wird – die USA sind und bleiben

das Rückgrat unserer kollektiven Sicherheitsstruktur innerhalb der NATO. Es gilt nun, eine strategische Neuausrichtung der deutschen und europäischen Sicherheitsarchitektur zu definieren, die das transatlantische Bündnis sinnvoll ergänzt, ohne mit ihm in Konkurrenz zu treten. Das Leitmotiv muss lauten: europäischer werden und transatlantisch bleiben.

Das gilt nicht nur für die Sicherheitspolitik. Auch in der Ausrichtung unserer Handels- und Wirtschaftsbeziehungen sowie in den Bereichen Technologie und Energiepolitik müssen wir wieder stärker im transatlantischen Kontext denken und kooperieren. Abschottung und Handelskriege sind in letzter Konsequenz genauso bedrohlich für unseren Wohlstand und unsere Sicherheit, wie es die Spaltung unserer gemeinsamen Sicherheitsarchitektur wäre. Eine der Lehren vom 24. Februar 2022 muss sein, dass wirtschaftliche Abhängigkeiten zu Staaten, die in einem direkten systemischen Konflikt zu unseren Wertvorstellungen stehen, langfristig nicht aufrechtzuerhalten sind. Wir sind zum Teil abhängig von russischen Energielieferungen, bei bestimmten Rohstoffen und Vorprodukten sind sowohl Europa als auch Amerika abhängig von einzelnen Lieferländern, die vorrangig in Asien beheimatet sind. Der Systemwettbewerb mit China stellt den Westen insgesamt vor enorme Herausforderungen. China hatte in den letzten 20 Jahren große Wachstumsraten zu verzeichnen. Zwei Drittel des globalen Wirtschaftswachstums werden inzwischen im Indopazifikraum generiert. In der Region sind mit RCEP und CPTPP in den letzten Jahren zwei der größten Freihandelszonen der Welt entstanden.

„Das Leitmotiv muss lauten: europäischer werden und transatlantisch bleiben.“

Deutschland und Europa müssen mehr dafür tun, dass auf beiden Seiten des Atlantiks der Eindruck eines ungerechten „burden sharing“ endgültig verschwindet. Ein gutes Beispiel hierfür sind die für die globale Wirtschaft essenziellen freien Seewege. Auch Deutschland und Europa müssen bereit sein, ihrem Interesse daran Geltung zu verschaffen, dass der Zugang zu Schifffahrtsrouten im Indopazifik nicht durch unilaterales Handeln und durch Drohkulissen gefährdet wird. Die Durchsetzung des internationalen Rechtes muss sich auch in dieser Weltregion gegenüber dem Recht des Stärkeren behaupten.

All diese Herausforderungen unterstreichen: Mit Blick auf das transatlantische Bündnis brauchen wir nichts Geringeres als eine strategische Neubestimmung. Dafür sind aus meiner Sicht drei Kernpunkte ausschlaggebend:

1 Die transatlantische Partnerschaft muss zu einer umfassenden und globalen Sicherheitspartnerschaft weiterentwickelt werden, in der Europa und Deutschland noch stärker als zuverlässige und handlungsfähige Sicherheitsakteure auftreten. Es ist dabei in unserem ureigenen Interesse, dass die Bundeswehr zu einer modernen und agilen Streitkraft wird, auf die sich unsere Partner verlassen

und im Einsatz auch stützen können. Deutschland muss daher im transatlantischen Bündnis langfristig mehr konkrete militärische Fähigkeiten beisteuern. Dies ist nicht nur für unsere eigene Verteidigungsfähigkeit von entscheidender Bedeutung. Auch innenpolitisch wird in den USA das Narrativ einer unfairen Lastenteilung weiter genährt werden, wenn Deutschland seine im Rahmen des NATO-Gipfels 2014 in Wales eingegangenen Zusagen wie das Zweiprozentziel nicht einhält. Dies kann in der Folge ein Faktor bei der nächsten US-Präsidentschaftswahl sein.

2 Der außenpolitische Ansatz „Wandel durch Handel" ist gescheitert. Die Annahme, wirtschaftliche Kooperation würde zwangsläufig eine gesellschaftliche Öffnung herbeiführen, wird durch das Beispiel Russlands und Chinas nun seit Jahren widerlegt. Obwohl wir mit beiden so viel Handel treiben wie nie zuvor, herrscht in den Ländern selbst ein bis dato ungeahntes Ausmaß an Aggression und Repression. Schlimmer noch: Das Beispiel Chinas zeigt uns die fatalen Folgen, wenn eine Außenwirtschaft mit ideologischen Komponenten verknüpft wird, die autokratische Abhängigkeitsverhältnisse an die Stelle demokratischer Werte setzt. Insbesondere in ärmeren Regionen der Welt, wie auf dem afrikanischen Kontinent, sind die Folgen chinesischer und auch russischer Einflussnahme verheerend.

3 Auf beiden Seiten des Atlantiks muss eine wirtschaftliche und auch militärische Abgrenzung zu den größten systemischen Rivalen erfolgen. Neben der sogenannten NATO-Ostflanke zu Russland gilt es, unsere gemeinsamen geostrategischen und geoökonomischen Interessen im Indopazifik zu definieren. Dies schließt eine Anpassung der militärischen Einsatzfähigkeiten der NATO in der Region explizit mit ein. Deutschland darf hierbei nicht als Blockierer agieren, sondern muss zum Profil des politischen Westens im Pazifik beitragen.

Das heißt für Deutschland in erster Linie, dass wir die aktuelle Situation in der Ukraine nicht nur als Herausforderung, sondern vor allem auch als Chance für die transatlantischen Beziehungen begreifen sollten. Um diese Chance zu nutzen, müssen wir uns als Land auch ganz konkret und ehrlich die Frage stellen, was wir tun können, um angesichts der Vielzahl an Herausforderungen als Partner für die USA relevant zu bleiben.

In der Sicherheitspolitik: Wir sollten unser Engagement und unsere Ressourcen für Verteidigung auf 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhöhen, um im transatlantischen Bündnis eine operative Führungsrolle einzunehmen, die unserer wirtschaftlichen und politischen Kraft entspricht. Die Idee der ehemaligen Bundesverteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer, dass Deutschland mindestens 10 Prozent der Fähigkeiten der NATO abdecken sollte, ist hierfür ein

erstrebenswerter Richtwert. Wir dürfen dabei nicht den Fehler begehen zu glauben, dass es in Zukunft eine statische Aufteilung von Aufgaben oder Aktionsräumen geben kann. Wir werden auch in Zukunft in Zentralasien, Nordafrika und im Sahel unsere Interessen mit dem ganzen Portfolio unserer Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik vertreten müssen – inklusive militärischer Fähigkeiten.

In der Handelspolitik: Die vergangenen Jahre waren handelspolitisch von einigen Rückschlägen geprägt. Widerstand gegen ein transatlantisches Freihandelsabkommen gab es auf beiden Seiten. Die USA und die EU bleiben aber füreinander die wichtigsten Wirtschaftspartner. In jüngster Zeit mehren sich zudem die positiven Zeichen. Der 17 Jahre währende Airbus-Boeing-Streit wurde bis auf Weiteres beigelegt und ein vorläufiger Kompromiss über US-Sonderzölle auf Stahl- und Aluminiumimporte gefunden. Die Einberufung eines EU-US-Handels- und Technologierats (Trade and Technology Council – TTC) kann der Ausgangspunkt eines neuen transatlantischen Wirtschaftsprojekts nach den gescheiterten TTIP-Verhandlungen sein. Wir sollten in diesem Prozess keine unrealistischen Erwartungen wecken, sondern vielmehr pragmatisch vorgehen und Bereiche identifizieren, in denen eine engere Zusammenarbeit vorteilhaft ist und schnell konkrete Verhandlungsergebnisse und Teilabkommen erreicht werden können. Der TTC bietet den USA und der EU ein geeignetes Forum, gegenseitiges Vertrauen aufzubauen, um perspektivisch wieder über ein transatlantisches Handels-, Wirtschafts- und Investitionsabkommen zu verhandeln. Zum Aufbau dieses Vertrauens gehört auch eine zügige Ratifizierung von CETA, erst recht, nachdem das Bundesverfassungsgericht die vorläufige Anwendung des Abkommens für verfassungsgemäß erklärt hat. Die aktuellen Entwicklungen können den gemeinsamen Bemühungen neuen Schwung geben, da sie die Bedeutung der über Jahrzehnte gewachsenen Beziehungen verdeutlichen.

Die Zusammenarbeit sollte sich aber nicht auf Gemeinsamkeiten in der Sicherheits- und Wirtschaftspolitik beschränken. Fragen des Klimaschutzes lassen sich beispielsweise nicht in einzelnen Staaten beantworten. Wenn aber Europa und Amerika hier gemeinsam vorangehen, kann dieses Beispiel weltweit Nachahmer finden.

In Fragen der Digitalisierung stehen wir vor ähnlichen Herausforderungen. Die Herangehensweise an einzelne Fragestellungen wie beispielsweise Datenschutz mag unterschiedlich sein. Diese Fragen werden aber mit ähnlichen Argumenten diskutiert. In anderen Weltregionen stehen sie teils gar nicht erst zur Debatte.

Im Wissenschafts-, Bildungs- und Kulturbereich gibt es einen vielfältigen Austausch, von dem beide Seiten profitieren. Seit den 1950er Jahren tragen diverse Austauschprogramme für Schüler, Studenten, Wissenschaftler und Künstler zu einem besseren Verständnis des anderen bei. Den Austausch fördern auch zahlreiche private Initiativen und Städtepartnerschaften. Die zivilgesellschaftliche

Verständigung ist eine unersetzliche Komponente der deutsch-amerikanischen Beziehungen, die es weiterhin zu stärken gilt.

Das alles darf hoffnungsfroh für die Zukunft der transatlantischen Beziehungen stimmen. Letztlich ist es nicht die gemeinsame Vergangenheit, die wir in Jubiläen in den Mittelpunkt rücken sollten. Es sind vielmehr die gemeinsamen Werte, die gemeinsamen Ziele für eine freie, gerechte Welt, die unsere Zusammenarbeit bestimmen. Um sich dieser Werte und Ziele zu vergewissern und sie für die gemeinsamen Herausforderungen fruchtbar zu machen, ist die Arbeit der Atlantik-Brücke auch künftig von unschätzbarer Bedeutung.

Friedrich Merz

ist Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Bundesvorsitzender der CDU. Von 2009 bis 2019 war er Vorsitzender der Atlantik-Brücke.

is Chairman of the CDU/CSU parliamentary group and Federal Chairman of the CDU. He was Chairman of Atlantik-Brücke from 2009 to 2019.

[US] An Alliance with a Future

Since the end of World War II, transatlantic relations have been the mainstay of Germany's freedom and security. This year marks the 75th anniversary of the famous speech by then U.S. Secretary of State George C. Marshall at Harvard University. It became the foundation of the American reconstruction program for Western Europe, which was unique in its scope and effectiveness. This series of German–American milestones also includes the airlift during the Soviet blockade of Berlin in 1948/49, President John F. Kennedy's speech outside Schöneberg City Hall in 1963, and President Ronald Reagan's appeal in front of the Brandenburg Gate in 1987. These events have one thing in common: They made people across the Atlantic move closer together. This is because good German–American relations have always been more than just a political alliance of convenience. They were and remain an expression of friendship between Americans and Germans. The work of Atlantik-Brücke also serves this firm conviction. This year, it celebrates its 70th anniversary.

Every anniversary is also an opportunity to look back and reflect. However, the significance of German–American relations—and thus also of Atlantik-Brücke—is not limited to the narrative of a shared past. The relevance of this partnership is reflected in our joint response to current challenges. The links between Europe and North America are based on core beliefs that encompass our societal structures and social life, our political systems, and our security interests. The transatlantic relationship is, and will remain, an essential basis for our liberal and democratic constitutional order. Although Germany, Europe, and the USA often pursue different approaches to individual issues, this is not a weakness, but rather a great strength. For our values allow us to find common answers to challenges, not in spite of differences, but precisely because we accept them.

This is as true in the present as it was in the past: no two regions in the world share such an intersection of common values and interests as Europe and North America. This includes a European security architecture founded on international law, based first and foremost on the principles of territorial integrity and political sovereignty. In this context, Russia's war of aggression against Ukraine, which violates international law, marks a turning point for the transatlantic partnership and especially for German foreign policy. Never before in postwar history has the alliance held such strong expectations that Berlin will overcome its passive foreign and security policy, which is primarily focused on financial support, and instead take on an active leadership role. And it's true: As the world's fourth-largest economy and the largest member state of the European Union, Germany cannot afford to be hesitant in a conflict that shakes the very foundations of the rules-based international order. This turning point of history in which we find ourselves requires Germany to assume responsibility. It is important to contribute to the defense of this international order, an order from which no country benefits as much as Germany itself.

For the political West, Russia's war of aggression against Ukraine is the biggest security challenge since the end of the Cold War. This brutal assault on a sovereign state has blatantly violated the European and global security order. This development is also an opportunity to take stock of our own foreign and security policy. We note that Germany in particular has invested too little in its own defense capabilities over the last 20 years. The war against Ukraine also starkly reveals the fundamental importance of the transatlantic relationship for the strategic direction of the security architecture in Europe. We ask ourselves, what kind of Europe would we be living in post-February 24, 2022, if the U.S. had not backed NATO? In a study conducted by the Körber Foundation and the London-based International Institute for Strategic Studies (IISS) in 2019, the USA's withdrawal from NATO was enacted as a simulation exercise. In the fictitious scenario, crisis-related developments in the Western Balkans and Eastern Europe were then played out. The result: without the U.S., in an emergency the remaining NATO member states would hesitate to invoke the mutual defense clause under Article 5 of the North Atlantic Treaty. For Germany, this hesitation, coupled with the weakness of its own defense capability, could have consequences of existential proportions.

Russia will remain the greatest challenge to Europe's security for the foreseeable future. However, this is only partially true for the U.S., which is already concentrating primarily on strategic developments in the Indo-Pacific region. Therefore, in the future, Germany must assume a role as an active participant and shaper of policy that corresponds to its economic weight—both in Europe and in other strategically relevant regions of the world. Unfortunately, in the context of the war in Ukraine, we see a relapse into old patterns: The U.S. leads, Europe follows, and Germany hesitates. Both theory and reality show us that there will be no alternatives to the transatlantic partnership for Germany and Europe for the foreseeable future—the U.S. is and will remain the backbone of our collective security structure within NATO. We now need to define

a strategic reorientation of the German and European security architecture, which will complement the transatlantic alliance in a meaningful way without competing with it. The leitmotif must be to become more European yet remain transatlantic.

This does not only apply to security policy. We also need to think and cooperate more closely in the transatlantic context in terms of how we organize our trade and economic relations, as well as in the areas of technology and energy policy. Ultimately, isolation and trade wars are just as threatening to our prosperity and security as splitting our common security architecture would be. One of the lessons we must learn from February 24, 2022 is that economic dependence on states that are in direct ideological conflict with our own values cannot be sustained in the long term. We are partially dependent on Russian energy supplies, and both Europe and America are dependent on individual supplier countries for certain raw materials and primary products. These countries are mainly based in Asia. The ideological competition that we are engaged in with China poses enormous challenges for the West as a whole. China has seen large economic growth rates over the past 20 years. Two-thirds of global economic growth is now generated in the Indo-Pacific region. In recent years, two of the world's largest free trade areas have been created in the region, the RCEP (Regional Comprehensive Economic Partnership) and the CPTPP (Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership).

Germany and Europe must do more to ensure that the impression of unfair "burden-sharing" vanishes once and for all on both sides of the Atlantic. A good example here is universal shipping routes, which are essential for the global economy. Germany and Europe must also be prepared to assert their interest in ensuring that access to shipping routes in the Indo-Pacific is not jeopardized by unilateral action or by threats. In this region of the world, the enforcement of international law must also prevail against the "law of the strongest."

All of these challenges highlight the fact that we require nothing less than a strategic redefinition of the transatlantic alliance. In my view, three key points are crucial for this:

1 The transatlantic partnership needs to be developed into a comprehensive global security partnership, in which Europe and Germany act even more decisively as reliable and capable security actors. It is in our own interest that the Bundeswehr should become a modern and agile armed force that our partners can both rely on and support during operations. Germany must therefore contribute more concrete military capabilities to the transatlantic alliance in the long term. This is not only critical to our own defense capabilities. Domestically in the U.S., the narrative of unfair burden-sharing will continue to be reinforced if Germany fails to meet the commitments it made at the 2014 NATO summit in Wales, such as the 2 percent target. This may subsequently be a factor in the next U.S. presidential election.

2 The German foreign policy approach, "change through trade," has failed. The assumption that economic cooperation would inevitably bring about greater societal openness has been proven wrong over many years by Russia and China. Although we conduct more trade with both Russia and China than ever before, there is an unprecedented level of aggression and repression within those countries themselves. Worse still, the example of China shows us the fatal consequences when a foreign economy is linked to ideological components that replace democratic values with autocratic relationships of dependency. Especially in poorer regions of the world, such as Africa, the consequences of both Chinese and Russian influence are devastating.

3 On both sides of the Atlantic, there must be an economic and military demarcation from our biggest ideological rivals. In addition to the so-called NATO eastern flank with Russia, we need to define our common geostrategic and geo-economic interests in the Indo-Pacific. This explicitly includes adapting NATO's military capabilities in the region. Germany must not act as a blocker, but must contribute to the profile of the political West in the Pacific.

For Germany, this means primarily that we should see the current situation in Ukraine not only as a challenge, but also, above all, as an opportunity to improve transatlantic relations. In order to seize this opportunity, we, as a country, must also ask ourselves in a very straightforward and honest way what we can do to remain relevant to the U.S. as a partner in the face of the multitude of current challenges.

Security policy: We should increase our commitment and resources for defense to 2 percent of GDP in order to take on an operational leadership role in the transatlantic alliance that matches our economic and political strength. The suggestion by our former Federal Minister of Defense, Annegret Kramp-Karrenbauer, that Germany should cover at least 10 percent of NATO's capabilities, is a desirable benchmark. We must not make the mistake of believing that there will be a static division of tasks or areas of action in the future. Going forward, we will have to continue to defend our interests in Central Asia, North Africa, and the Sahel with the entire portfolio of our foreign, security, and development policy—including military capabilities.

Trade policy: The past few years have been marked by a number of setbacks in terms of trade policy. There was opposition to a transatlantic free trade agreement on both sides. However, the U.S. and the EU remain each other's most important economic partners, and recently we have seen increasingly positive signs. The 17-year Airbus–Boeing dispute has been settled for the time being and a provisional compromise has been reached on U.S. special tariffs on steel and aluminum imports. The convening of the EU–U.S. Trade and Technology Council (TTC) could be the starting point for a new transatlantic economic project after the failed TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) negotiations. We should not create unrealistic expectations for this process, but rather take a pragmatic approach and identify areas where closer cooperation is beneficial and where tangible negotiation outcomes and partial agreements can be achieved quickly. The TTC provides the U.S. and the EU with an appropriate forum in which to build mutual trust in order to negotiate a new transatlantic trade, economic, and investment agreement. Building this trust will also involve the swift ratification of CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement), particularly as the Federal Constitutional Court has declared the provisional application of the agreement to be constitutional. Current developments can give new impetus to our joint efforts, as they highlight the importance of the relationships that have evolved over several decades.

However, cooperation should not be limited to areas of common ground in security and economic policy. For example, climate protection issues cannot be resolved by individual states. But if Europe and America jointly move forward on these matters, this example can be replicated worldwide.

We face similar challenges when it comes to digitization. Our approaches to individual issues, such as data protection, may well be different. However, these questions are being discussed using similar arguments. In other regions of the world, they are often not even a subject of debate.

In the fields of science, education, and culture, there is a diverse exchange from which both sides benefit. Since the 1950s, various exchange programs for high school and university students, scientists, and artists have contributed to better mutual understanding. Many private initiatives and town twinning schemes also promote this spirit of exchange. Mutual understanding in terms of civil society is an irreplaceable component of German–American relations, which must continue to be strengthened.

All of this signals hope for the future of transatlantic relations. Ultimately, it is not our common past that we should focus on when we mark anniversaries. Rather, it is our common values, our common goal of a free, just world, that determine our cooperation. The work of Atlantik-Brücke will continue to be of immense importance in the future, to affirm these values and goals, and ensure that they will lead to positive outcomes for our common challenges.

ESSAY Friedrich Merz

[US]

Overseas. As a child, watching cargo ships from the seashore piqued my interest in what lies beyond the ocean. As an adult, the New Bridge Program offered me an insight into transatlantic cooperation.

Chelsea McKelvey

is a servant leader and the East Development Analyst at the Obama Foundation. Chelsea supports the Foundation's development efforts to build the Obama Presidential Center on the South Side of Chicago and to scale associated international and domestic programming focused on leadership development and creating opportunity and access to education for underserved youth. She is a New Bridge Fellow 2022.

ist ein Servant Leader und East Development Analyst bei der Obama Foundation. Chelsea McKelvey unterstützt die Entwicklungsbemühungen der Stiftung zum Bau des Obama Presidential Center an der South Side von Chicago und zur Ausweitung der damit verbundenen internationalen und nationalen Programme. Diese konzentrieren sich auf die Entwicklung von Führungskräften und die Schaffung von Chancen und Zugang zu Bildung für benachteiligte Jugendliche. Sie ist New Bridge-Fellow 2022.

I spent my formative years splashing along the coastline of my hometown in Charleston, South Carolina. On particularly warm summer days, my family and I would go to Folly Beach, also known as "The Edge of America." Squinting my eyes from the so-called "edge," I watched a number of cargo ships on the horizon crawling to and from the South Carolina Ports Authority public terminals. The movement of those ships piqued my curiosity, causing me to wonder about the types of freight they carried and what their destinations were. The answer I most often received as to where they were going was, "overseas."

My understanding of transatlanticism began with those very moments in my childhood and evolved into a flurry of thoughts about international trade, foreign relations, and the cultures in the nations that line the east end of the Atlantic and further inland. My undergraduate studies of WWI and II and personal family ties to Europe opened my eyes to the role of transatlantic relations of the past, and my 2017 foreign study in Spain helped me identify components of transatlantic exchange in action. However, the critical part missing from my conceptual understanding of transatlanticism was the "cooperation" piece. To my personal benefit and central to its mission, the New Bridge Program exposed me to the foundation and functions of cooperation between the United States and Germany.

I approached the New Bridge Program eager to learn more about global leadership in practice and viewed Germany as an ideal subject for study due to its prominence and central role within the European Union. With that in mind, the moments during the trip that focused on the examination and analysis of diplomacy left the greatest impression on me. The half-day at NATO headquarters, dinner at Truman Hall with Ambassador Julianne Smith, and group discussions with Ambassador Amy Gutmann, Ambassador Boris Ruge, and Consul General Darion Akins equipped me with actionable professional development devices to evaluate and fine-tune my leadership acumen. Those discussions outlined the importance of knowing and understanding your guiding principles, recruiting and uplifting talent as you climb, embracing diverse perspectives to forestall groupthink, and, particularly for women, the importance of overcoming imposter syndrome to fully realize your leadership potential.

When the program began in Washington, D.C., it was conveyed to the group that it was not to be an overwhelming endorsement of Germany, but more an exploration of what issues

impact our global society and an opportunity to examine the governmental, cultural, and socioeconomic variety that exists in Europe. As an added benefit, the exposure this trip afforded me stretched beyond the deep dive into Germany and Europe; the wealth of it rested in the relationships developed across the cohort of fellows. During many bus rides between meetings and the few quiet moments stolen away at early morning breakfasts, I listened to and learned about the experiences of my colleagues. As a result, I returned stateside with my ears more attuned to the impact of climate change on the United States' water supply, ideas about how to create economic opportunity for citizens in "Middle-America," an applied knowledge of effective community organizing, fresh ideas about how to evaluate programmatic impact as a grantmaker, and a greater understanding of the United States health policymaking landscape. This group of fellows took the diversity of American society along with us to Europe, and the New Bridge Program responded by serving as a gateway to possibility and, by extension, enriched transatlantic cooperation.

[DE] **Nach Übersee.** In meiner Kindheit haben die Frachtschiffe am Horizont mein Interesse daran geweckt, was jenseits des Ozeans liegt. Als Erwachsene hat mir das New Bridge Program einen Einblick in transatlantische Zusammenarbeit ermöglicht.

Meine Kindheit habe ich an der Küste meiner Heimatstadt Charleston, South Carolina, verbracht. An besonders warmen Sommertagen fuhren meine Familie und ich nach Folly Beach, auch bekannt als „The Edge of America" – der Rand von Amerika. Wenn ich von diesem sogenannten Rand aus die Augen zusammenkniff, sah ich am Horizont Frachtschiffe, die die öffentlichen Terminals der South Carolina Ports Authority an- und von ihnen wieder abfuhren. Die Bewegungen dieser Schiffe weckten meine Neugier, und ich fragte mich, welche Art von Fracht sie wohl geladen hatten und was ihr Ziel war. Die Antwort auf die Frage, wohin sie fuhren, lautete meistens „nach Übersee".

Mein Verständnis von transatlantischen Beziehungen begann in diesen Momenten meiner Kindheit und entwickelte sich zu einer Flut von Gedanken über internationalen Handel, Außenbeziehungen und über die Kulturen der Länder an der Küste des Ostatlantiks – und auch der weiter landeinwärts gelegenen. Die Beschäftigung mit dem Ersten und Zweiten Weltkrieg während meines Studiums und meine eigenen familiären Beziehungen zu Europa öffneten mir die Augen, welche Rolle die transatlantischen Beziehungen in der Vergangenheit gespielt haben. Dank meines Auslandsstudiums in Spanien 2017 konnte ich erleben, wie Aspekte des transatlantischen Austauschs in der Praxis aussehen. Der entscheidende Teil, der in meinem Verständnis von transatlantischen Beziehungen jedoch fehlte, war die „Zusammenarbeit". Das New Bridge Program machte mich mit den Grundlagen und Funktionen der Zusammenarbeit zwischen den USA und Deutschland vertraut, was mir persönlich viele Vorteile brachte und ja Kernpunkt des Programms ist.

Im Rahmen des New Bridge Program wollte ich mehr über die Praxis globaler Führung lernen. Für mich war Deutschland wegen seiner Bedeutung und zentralen Rolle innerhalb der Europäischen Union das ideale Studienobjekt. Daher machten die Momente während der Reise, in denen die Untersuchung und Analyse der Diplomatie im Vordergrund standen, den größten Eindruck auf mich. Der halbtägige Besuch im NATO-Hauptquartier, das Abendessen in der Truman Hall mit Botschafterin Julianne Smith und die Gruppendiskussionen mit Botschafterin Amy Gutmann, Botschafter Boris Ruge und Generalkonsul Darion Akins gaben mir wertvolle Anregungen für meine berufliche Weiterentwicklung, um meine eigenen Führungsqualitäten zu bewerten und zu verbessern. Bei diesen Gesprächen wurde mir klar, wie wichtig es ist, die eigenen Prinzipien genau zu kennen und zu verstehen, andere vielversprechende Persönlichkeiten anzuwerben und zu fördern, während man selbst auf der Karriereleiter aufsteigt, unterschiedlichste Perspektiven einzunehmen, um Gruppendenken zu vermeiden, und – wichtig für Frauen – das Imposter-Syndrom zu überwinden, um das eigene Führungspotenzial voll auszuschöpfen.

Als das Programm in Washington, D.C., begann, wurde der Gruppe vermittelt, dass es nicht darum ging, Deutschland uneingeschränkt zuzustimmen, sondern vielmehr um eine Erkundung der Themen, die unsere globale Gesellschaft beeinflussen. Dies sollte eine Gelegenheit sein, die staatliche, kulturelle und sozioökonomische Vielfalt, die in Europa existiert, zu untersuchen. Die Erfahrungen, die ich auf dieser Reise sammeln konnte, gingen weit über die tiefere Beschäftigung mit Deutschland und Europa hinaus; besonders wertvoll wurde sie durch die Beziehungen, die sich zwischen den Fellows entwickelten. Während der vielen Busfahrten zwischen den Treffen und in manch ruhigem Moment beim Frühstück am frühen Morgen erfuhr ich aus den Berichten meiner Kolleginnen und Kollegen von ihren Erfahrungen. So kehrte ich in die USA zurück und hatte nun ein viel offeneres Ohr für die Auswirkungen des Klimawandels auf die Wasserversorgung der USA, für Ideen zur Schaffung wirtschaftlicher Chancen für Menschen in „Mittelamerika", hatte angewandtes Wissen über die effektive Organisation von Communitys, neue Ideen für die Bewertung der Auswirkungen von Programmen als Fördermittelgeber und ein besseres Verständnis der gesundheitspolitischen Landschaft der USA. Unsere Gruppe von Fellows transportierte die Vielfalt der amerikanischen Gesellschaft nach Europa; und das New Bridge Program bot uns im Gegenzug eine Vielzahl an Möglichkeiten, was im Ergebnis zur Bereicherung der transatlantischen Zusammenarbeit beitrug.

A Wall is No Solution

The United States must modernize and add dignity to the processes of immigration. It also needs to connect with other nations from the Western hemisphere to address the challenges and opportunities of migration effectively.

Veronica Escobar & Michael Werz

Die Vereinigten Staaten müssen die Verfahren zur Einwanderung modernisieren und menschenwürdiger gestalten. Und sie müssen mit anderen Nationen der westlichen Hemisphäre zusammenarbeiten, um die Herausforderungen und Chancen von Migration wirksam anzugehen.

Eine Mauer ist keine Lösung

[US] A conversation with Representative Veronica Escobar from the border region of El Paso, Texas. This conversation took place on April 7, 2022 in Washington, D. C.

Michael Werz **Congresswoman Escobar, you have been very engaged in migration issues since you joined Congress in 2018. The world over, we are seeing a dramatic change in migration patterns—some due to war, like in Ukraine, and others due to climate change and political fragility, like in Central America. From your perspective, what does this mean for the United States, and what responses are necessary?**

Veronica Escobar What has been so frustrating about the debates here in America is that many of my colleagues on Capitol Hill and some of the media act surprised that we are at a point where migration has become such an urgent issue. Instead of looking at patterns and thinking about what we have seen over the last decade and what might be ahead, there's incessant finger-pointing—and there's this idea that if we just hardened the border, that would address everything.

For that reason, I've been trying to remind my colleagues and tell the media that we must be more thoughtful and strategic on migration. And that we must understand the challenges and the opportunities that come with it. Looking, for example, at what's happened at our southern border over the last decade, we've seen more and more vulnerable populations, children and families, and a much more diverse group of people from different nationalities arriving. And we have not been nimble enough to address their needs and deal with the challenges: neither are we moving quickly enough nor addressing any of this through legislation.

I understand that sometimes migration increases suddenly, as is happening in Poland and other countries where societies are receiving many vulnerable refugees from Ukraine. That would have been hard to anticipate a year ago, and there was little to no time to prepare. But in the United States, we have known for about a decade that migration would increase, yet we refuse to adjust. As you have mentioned, climate change plays a role and so does political instability and America's insatiable appetite for drugs. With all these factors at play, I fear we will see increasing numbers and more pressure.

MW **Still, comprehensive immigration reform is even further from being legislated than in 2006 when the Bush Administration tried and failed to do so.**

VE Yes, I am trying to get my colleagues to understand that we must take a step back, look at where we have been, look at where we are headed, and act. We need to do several things: first and foremost, we have to do a better job of working with every Western hemisphere leader, including Canada. We need to bring all North and Latin American leaders together; that is why I repeatedly called for an annual Western hemispheric summit to be established to work on a regional framework that identifies shared obligations, shared responsibilities, and shared opportunities.

MW **Can you give us an example of what could be accomplished at such a gathering?**

VE Yes—you recall the horrific images of Haitian migrants in Del Rio in South Texas

living under awful conditions in Mexico because they were not allowed to enter the United States. So, I met with an ambassador from Central America, because that's where thousands of Haitian migrants were trapped and waiting to travel to the U. S. southern border. And the ambassador said that his government would like to encourage some of the Haitian migrants to stay because of the existing labor shortage, but that this would require resources and support from the United States. This experience reaffirmed that we do not do enough to collaborate with regional countries to jointly share the challenges and establish a form of mutual accountability. This should not just be a Mexico–U. S. issue. These two countries deal with a much larger dynamic of Western hemispheric migration, but this needs to be a shared conversation about shared obligations and opportunities.

This also means that we must modernize how we address migration at the southern border and take a long hard look at very expensive and failed policies and practices of the past. We have 1,900 miles of border wall; we spend 300 billion dollars every year on incarceration, and we have rapid expulsion policies like Title 42 that have been in effect for three years—none of that has worked to either deter or curb migration. So now we need to try a different approach.

MW **What would such a new approach look like?**

VE We must modernize and add dignity to the processes of immigration and asylum. I have several ideas that I have shared with the Biden administration that I hope they will adopt. Congress has to act as well: we haven't reformed our immigration laws for far too long, and that is on Congress. If we limit legal avenues, we should not be surprised to see irregular migration or what some of my colleagues call illegal immigration. When you shut all the doors in a house, people will find a window. If we want to see a reduction in irregular migration, it is in our self-interest to open more legal routes. Because people that arrive at the border want an opportunity, but when we offer them no path, we shouldn't be surprised that they resort to desperate measures.

> "We must modernize and add dignity to the processes of immigration and asylum."

The biggest challenge is that politicians in Washington and most of the country are so divided that these issues have become so toxic, and it's tough to achieve solutions. Republicans and Democrats alike have unfortunately tried to sell the American public on the idea that this is easy to solve—and that if you build a wall, that would be the solution. It's our responsibility to tell the population that this is tough, will take a long time, and that we need to work through many issues. But if we do not find a bipartisan, meaningful, and dignified way to move forward, the problem is only going to get worse. But that would require an honest conversation with the American public, and sometimes I wonder if the people even want to hear it.

MW **You represent El Paso, a well-known border town in West Texas located right on the Rio Grande, with a Mexican sister city on the other side of the river, Ciudad Juarez. What does immigration look like in everyday life in your town? And how does it translate into the broader national policy debate you have described? A discussion that often seems underinformed and ideological.**

VE Well, it changes your perspective. I grew up in this border community, and at that time it was like one region. You would cross our bridges, our land ports of entry, and it was like entering another part of the same town. But all that changed after September 11, when much attention was drawn to the southern border, even though none of the September 11 terrorists crossed it. Our border became an easy political target and life changed. There was an impact on our civil liberties—those of us who live and work on the U. S.–Mexico border must go through checkpoints when we leave the region and drive into more interior parts of the United States. And when you are crossing a land port, you have very few civil rights, and, in a way, we have been robbed of some of our civil rights in the border region as a result.

But this situation also continues to bring out the best within us, and from my perspective El Paso represents the best of America. We are a community that welcomes strangers. We are generous. We are people of goodwill, and I have often said: we are a community that leads with compassion, and I am very proud to be a voice for that community.

> "The border experience is part of who I am and inextricably linked with my politics and the policies."

MW **Following up on that last thought: you are a female lawmaker of Hispanic origin. How does this personal experience shape your political views, and, secondly, does it provide you with more or less credibility if you talk to interlocutors in Washington, D. C., or other parts of the country for whom the border is very far away?**

VE Whenever we are talking about the border or immigration policy in my Judiciary Committee meetings, I always begin my statements with a reminder to my colleagues that I am the only member of that committee from the border. I am a third-generation border resident, a third-generation *fronteriza*, and the only one who can speak to the challenges and opportunities we face in the border community. So, I force them to reckon with the experiences being lived out in El Paso on the U. S.–Mexico border.

About my personal experience, I will also say that the community values I was raised with are goodwill and generosity and the idea that we should open our arms to strangers and care for the vulnerable. That is what I learned as a paseña, a woman from El Paso. These values were established by my family, faith, parents, and siblings, my tias and tios, my vecinos. This border experience is part of who I am and inextricably linked with my politics and the policies that I promote here in Washington.

MW **You have described the Hispanic community as dynamic and transnational. Many U. S. Latinos are bilingual; some have grown up on both sides of the border in different political and cultural contexts. The 65 million Hispanics in the U. S. make it the second-largest Spanish-speaking country globally, but they also constitute a critical part of the electoral coalition. However, Hispanics are massively underrepresented in foreign policy circles. Why is that the case, and what is needed to change this situation?**

VE I could not agree more with you—it is distressing to see how few Latinos speak rightfully at a national or international level about foreign policy. And we, the Latino community, need to change that. But we need help—and that's why I applaud every organization that makes space for our voice and recognizes the value of our experience. The fact that many Latinos in the southern part of the United States grew up on an international boundary and are part of transnational communities gives us a unique perspective on national policy and global politics. And I am very proud that one of my four brothers is a career civil servant in the State Department and works on Europe—instead of putting himself into a niche that others think we should be in.

But as a community, we need to broaden our professional goals. That's why I have tried pushing myself in this direction as well. Even though I am very deeply interested in border politics and the issues that impact our hemisphere, I am doing my best to expand my knowledge base through my service on the House Armed Services Committee. I am very interested in what is happening in other parts of the globe and want to educate myself because there is a tendency to categorize Hispanics and assume what they are most familiar with. That's something we must do as a community: push those boundaries and push that envelope because we have so much more to offer.

[DE] Eine Mauer ist keine Lösung

Ein Gespräch mit der Kongressabgeordneten Veronica Escobar aus der Grenzregion von El Paso, Texas. Dieses Gespräch wurde am 7. April 2022 in Washington, D.C., geführt.

Michael Werz **Congresswoman Escobar, Sie engagieren sich, seit Sie 2018 Ihr Amt im amerikanischen Kongress angetreten haben, sehr für Migrationsfragen. Auf der ganzen Welt beobachten wir eine dramatische Veränderung der Migrationsmuster – aufgrund von Kriegen, wie in der Ukraine, oder aufgrund des Klimawandels und politischer Fragilität, wie in Zentralamerika. Was bedeutet das aus Ihrer Sicht für die USA, und welche Maßnahmen müssten umgesetzt werden?**

Veronica Escobar **Was mich an den Debatten hier in Amerika so frustriert, ist die Tatsache, dass viele meiner Kollegen und Kolleginnen auf dem Capitol Hill und manche Medien so tun, als wären sie überrascht, dass wir jetzt an einem Punkt angelangt sind, an dem Migration zu einem so dringenden Thema geworden ist. Anstatt sich mit den Mustern zu befassen und darüber nachzudenken, was in den letzten zehn Jahren geschehen ist und was auf uns zukommen könnte, wird ständig nur mit dem Finger auf andere gezeigt – und die Vorstellung verbreitet, dass wir nur die Grenze weiter befestigen müssten, und alle Probleme wären gelöst.**

Aus diesem Grund habe ich versucht, meine Kolleginnen und Kollegen daran zu erinnern – und auch die Medien wissen zu lassen –, dass wir bei Fragen der Migration überlegter und strategischer vorgehen müssen. Und dass wir die Herausforderungen und Chancen, die sich daraus ergeben, besser verstehen müssen. Wenn man sich zum Beispiel anschaut, was in den letzten zehn Jahren an unserer Südgrenze passiert ist, dann stellt man fest, dass immer mehr schutzbedürftige Bevölkerungsgruppen, Kinder und Familien, und eine viel größere Vielfalt an Menschen unterschiedlicher Nationalitäten zu uns kommen. Und wir waren nicht schnell und flexibel genug, um auf ihre Bedürfnisse einzugehen und die Herausforderungen zu bewältigen: Weder handeln wir schnell genug, noch regeln wir irgendetwas davon durch Gesetze.

Ich verstehe, dass die Migration manchmal rasant und plötzlich zunehmen kann, wie in Polen und anderen Ländern, deren Gesellschaften gerade viele gefährdete Flüchtlinge aus der Ukraine aufnehmen. Das war vor einem Jahr noch schwer vorherzusehen, und es blieb wenig bis gar keine Zeit, sich darauf vorzubereiten. Aber in den USA wissen wir seit etwa einem Jahrzehnt, dass die Migration zunehmen wird. Und trotzdem tun wir nichts, um uns darauf einzustellen. Wie Sie gerade erwähnt haben, spielt der Klimawandel eine Rolle, ebenso wie die politische Instabilität sowie Amerikas unstillbarer Appetit auf Drogen. Angesichts dieser Faktoren fürchte ich, dass die Zahl der Migranten und Migrantinnen steigen und der Druck weiter zunehmen wird.

MW **Aber dennoch ist eine umfassende Einwanderungsreform noch weiter entfernt als 2006, als die Bush-Regierung versuchte, ein entsprechendes Gesetz zu verabschieden, und scheiterte.**

VE **Ja, ich versuche, meinen Kolleginnen und Kollegen klarzumachen, dass wir einen Schritt zurücktreten und uns anschauen sollten, wo wir einmal standen und auf welchem Weg wir jetzt sind. Dann sollten wir handeln. Wir müssen mehrere Dinge tun: In erster Linie müssen wir besser mit allen führenden Politikerinnen und Politikern der westlichen Hemisphäre, einschließlich Kanada, zusammenarbeiten. Wir müssen alle nord- und lateinamerikanischen Staats- und Regierungschefs an einen Tisch bringen. Deshalb habe ich wiederholt die Einrichtung eines jährlichen Gipfeltreffens der westlichen Hemisphäre gefordert, um einen regionalen Rahmen zu erarbeiten, der gemeinsame Verpflichtungen, gemeinsame Verantwortlichkeiten und gemeinsame Chancen bestimmt.**

MW **Können Sie uns ein Beispiel dafür nennen, was bei einem solchen Treffen erreicht werden könnte?**

VE **Ja – Sie erinnern sich bestimmt an die schlimmen Bilder von haitianischen Migrantinnen und Migranten in Del Rio in Süd-Texas, die unter schrecklichen Bedingungen in Mexiko lebten, weil sie nicht in die USA einreisen durften. Ich habe mich mit einem Botschafter aus Mittelamerika getroffen, weil dort tausende von haitianischen Migrantinnen und Migranten festsaßen und darauf warteten, an die Südgrenze der USA zu gelangen. Und der Botschafter sagte, dass seine Regierung einige der haitianischen Migranten ermutigen wolle, wegen des bestehenden Arbeitskräftemangels in seinem Land dort zu bleiben. Dazu seien aber Ressourcen und Unterstützung seitens der USA erforderlich. Diese Erfahrung hat eindrucksvoll gezeigt, dass wir nicht genug tun, um mit den Ländern der Region zusammenzuarbeiten und so die Herausforderungen gemeinsam zu bewältigen und eine Form der gegenseitigen Rechenschaftspflicht zu schaffen. Dies sollte kein Thema sein, mit dem sich nur Mexiko und die USA beschäftigen. Diese beiden Länder sind mit der größten Dynamik bezüglich Migration in der westlichen Hemisphäre konfrontiert, aber es sollte ein gemeinsames Gespräch vieler Länder über gemeinsame Verpflichtungen und Chancen geführt werden.**

Das bedeutet auch, dass wir die Art und Weise, wie wir auf Migration an der Südgrenze der USA reagieren, modernisieren müssen. Wir müssen die sehr teuren und gescheiterten Maßnahmen und Praktiken der Vergangenheit gründlich überdenken. Wir haben eine 1900 Meilen lange Grenzmauer. Wir geben jedes Jahr 300 Milliarden US-Dollar für Inhaftierungen aus, und wir haben schnelle Ausweisungsmaßnahmen wie Title 42, die seit drei Jahren in Kraft sind. Doch nichts davon hat Menschen von der Migration abgeschreckt oder diese eingedämmt. Deshalb müssen wir jetzt einen neuen Ansatz finden.

MW **Wie könnte ein solcher neuer Ansatz aussehen?**

VE **Wir müssen die Einwanderungs- und Asylverfahren modernisieren und sie menschenwürdiger gestalten. Ich habe dazu einige Ideen, die ich an die Regierung von Joe Biden weitergegeben habe. Ich hoffe, sie werden umgesetzt. Auch der Kongress muss handeln: Wir haben unsere Einwanderungsgesetze schon viel zu lange nicht mehr reformiert, und das liegt am Kongress. Wenn wir legale Wege immer weiter einschränken, müssen wir uns nicht wundern, wenn es zu irregulärer Migration kommt oder zu dem, was einige**

meiner Kolleginnen und Kollegen als „illegale Einwanderung“ bezeichnen. Wenn man alle Türen in einem Haus schließt, werden die Menschen ein Fenster finden, um hereinzukommen. Wenn wir eine Verringerung der irregulären Migration erreichen wollen, liegt es in unserem eigenen Interesse, mehr legale Wege zu öffnen. Denn die Menschen, die an der Grenze ankommen, wollen eine Chance. Aber wenn wir ihnen keinen Weg bieten, sollten wir uns nicht wundern, dass sie zu extremen Mitteln greifen.

Die größte Herausforderung besteht darin, dass die Politikerinnen und Politiker in Washington und in den meisten Teilen des Landes so gespalten sind, dass diese Themen so vergiftet geworden sind und es schwierig ist, Lösungen zu finden. Republikaner und Demokraten haben leider gleichermaßen versucht, der amerikanischen Öffentlichkeit zu verkaufen, dass dieses Problem leicht lösbar sei – und dass der Bau einer Mauer die Lösung wäre. Es liegt in unserer Verantwortung, der Bevölkerung zu sagen, dass es sich um eine schwierige Situation handelt, dass wir noch lange damit zu tun haben werden und dass es viele Probleme zu lösen gibt. Aber wenn wir nicht einen parteiübergreifenden, sinnvollen und würdigen Weg finden, etwas zu verändern, wird das Problem nur noch viel schlimmer werden. Dazu wäre allerdings ein ehrliches Gespräch mit der amerikanischen Öffentlichkeit notwendig. Manchmal frage ich mich, ob die Menschen das überhaupt hören wollen.

MW Sie vertreten El Paso, eine bekannte Grenzstadt in Westtexas, die direkt am Rio Grande liegt und mit Ciudad Juárez eine mexikanische Partnerstadt auf der anderen Seite des Flusses hat. Was bekommt man von der Einwanderung im täglichen Leben in Ihrer Stadt mit? Und wie wirkt sich das auf die von Ihnen beschriebene breitere nationale politische Debatte aus? Eine Debatte, deren Teilnehmer oft unzureichend informiert und übermäßig ideologisch geprägt wirken.

VE Es verändert die Perspektive. Ich bin in dieser Grenzgemeinde aufgewachsen, damals war das eine einzige zusammenhängende Region. Man passierte unsere Brücken, unsere Einreisestellen an der Landesgrenze, und es war, als würde man einen anderen Teil derselben Stadt betreten. Aber all das änderte sich nach dem 11. September, als plötzlich alle auf die Südgrenze der USA schauten, obwohl keiner der Terroristen vom 11. September sie je überquert hatte. Unsere Grenze wurde zu einer leichten politischen Zielscheibe, und das Leben veränderte sich. Das hatte Auswirkungen auf unsere bürgerlichen Freiheiten. Diejenigen von uns, die an der Grenze zwischen den USA und Mexiko leben und arbeiten, müssen Kontrollpunkte

Veronica Escobar

Congresswoman Veronica Escobar represents Texas' 16th Congressional District. She is the first of two Latinas from Texas to serve in Congress and serves on the House Judiciary Committee, the House Armed Services Committee, and House Ethics Committee, among others.

Die Kongressabgeordnete Veronica Escobar vertritt den 16. Kongressbezirk von Texas. Sie ist die erste von zwei Latinas aus Texas im Kongress und gehört im Repräsentantenhaus unter anderem dem Justizausschuss, dem Committee on Armed Services und dem Ethikausschuss an.

passieren, wenn wir die Region verlassen und ins Landesinnere der USA fahren. Und wenn man solch eine Einreisestelle passiert, hat man nur sehr wenige Bürgerrechte. In gewisser Weise sind wir dadurch in der Grenzregion einiger unserer Bürgerrechte beraubt worden.

Aber diese Situation bringt auch immer wieder das Beste in den Bewohnern zum Vorschein. Aus meiner Sicht repräsentiert El Paso das Beste von Amerika. Wir sind eine Community, die Fremde willkommen heißt. Wir sind großzügig. Wir sind wohlwollende Menschen, und ich habe es schon oft gesagt: Wir sind eine Community, in der Mitgefühl an erster Stelle steht. Ich bin sehr stolz darauf, dieser Community eine Stimme verleihen zu können.

MW Um den letzten Gedanken wieder aufzugreifen: Sie sind eine weibliche Abgeordnete hispanischer Herkunft. Wie wirkt sich diese persönliche Erfahrung auf Ihre politischen Ansichten aus? Verschafft sie Ihnen mehr oder weniger Glaubwürdigkeit, wenn Sie mit Menschen in Washington, D. C., oder anderen Teilen des Landes sprechen, für die die Grenze sehr weit weg ist?

VE Wann immer wir in den Sitzungen des Justizausschusses über die Grenze oder die Einwanderungspolitik sprechen, beginne ich meine Ausführungen mit einem Hinweis an meine Kolleginnen und Kollegen, dass ich das einzige Mitglied dieses Ausschusses bin, das aus der Grenzregion kommt. Ich bin eine Grenzbewohnerin, eine *fronteriza*, in dritter Generation und die Einzige, die über die Herausforderungen sprechen kann, denen wir uns in der Grenzgemeinde gegenübersehen, wie auch über die Chancen, die sich eröffnen. Ich zwinge die anderen Abgeordneten also, sich mit den Erfahrungen auseinanderzusetzen, die in El Paso an der Grenze zwischen den USA und Mexiko gemacht werden.

Zu meiner persönlichen Erfahrung möchte ich sagen, dass ich in meiner Community mit den Werten Wohlwollen und Großzügigkeit aufgewachsen bin sowie der Einstellung, dass wir unsere Arme für Fremde öffnen und uns um die Schwachen kümmern müssen. Das ist es, was ich als *paseña*, als Frau aus El Paso, gelernt habe. Diese Werte wurden mir von meiner Familie, meinem Glauben, meinen Eltern und Geschwistern, meinen *tías* und *tíos*, meinen *vecinos*, vermittelt. Diese Grenzerfahrung ist Teil dessen, wer ich bin. Sie ist untrennbar mit meiner Politik verbunden und mit dem politischen Diskurs, den ich hier in Washington führe.

MW Sie beschreiben die hispanische Community als dynamisch und transnational. Viele Latinos in den USA sind zweisprachig. Einige sind auf beiden Seiten der Grenze in unterschiedlichen politischen und kulturellen Kontexten aufgewachsen. Die 65 Millionen Hispanoamerikaner machen die USA nicht nur zum zweitgrößten spanischsprachigen Land der Welt, sie sind auch ein wichtiger Teil der Wählerschaft. In außenpolitischen Kreisen aber sind die Hispanoamerikaner massiv unterrepräsentiert. Warum ist das so, und was ist notwendig, um diese Situation zu ändern?

VE Ich kann Ihnen nur zustimmen. Es ist erschreckend, dass sich so wenige Latinas und Latinos auf nationaler oder internationaler Ebene über Außenpolitik äußern. Und wir, die Latino-Community, müssen das ändern. Aber wir brauchen Hilfe. Und deshalb freue ich mich über jede Organisation, die unserer Stimme Raum gibt und den Wert unserer Erfahrung anerkennt. Die Tatsache, dass viele Latinos im Süden der USA an einer internationalen Grenze aufgewachsen und Teil transnationaler Communitys sind, verschafft uns eine einzigartige Perspektive auf die nationale und internationale Politik. Und ich bin sehr stolz darauf, dass einer meiner vier Brüder Beamter im Außenministerium ist und sich dort hauptsächlich mit Europa beschäftigt, anstatt sich in einer Nische einzurichten, in die uns andere gern drängen.

Aber als Community müssen wir uns breitere berufliche Ziele stecken. Deshalb habe ich versucht, mich auch in anderer Richtung zu engagieren. Obwohl ich mich sehr für Grenzpolitik und die Probleme interessiere, die hier in unserer Hemisphäre auftreten, versuche ich, mein Wissen zu erweitern, indem ich im House Armed Services Committee (Ausschuss für Streitkräfte) des Repräsentantenhauses mitarbeite. Mich interessiert sehr, was in anderen Teilen der Welt geschieht, und ich möchte mich weiterbilden. Denn es besteht allgemein die Tendenz, Hispanoamerikaner zu kategorisieren, alle scheinen genau zu wissen, womit sie sich am besten auskennen sollten. Das ist etwas, was wir als Community selbst angehen müssen: die Grenzen erweitern und den Rahmen sprengen. Denn wir haben noch viel mehr zu bieten.

Michael Werz

ist Senior Fellow beim Center for American Progress in Washington, D. C., wo sein Fokus auf den Themen Klimawandel, Migration, Sicherheit und aufstrebende Demokratien liegt.

is a Senior Fellow at the Center for American Progress in Washington, D. C., where he focuses on climate change, migration, and security.

[US]

The Best of Both Worlds. How the Young Leaders Conference jump-started my transatlantic life.

Elisabeth Zerofsky

is a journalist and contributing writer at the *New York Times Magazine*. She is a 2016 Young Leaders Alumna.

ist Journalistin und Autorin für das *New York Times Magazine*. Sie ist Young Leaders-Alumna 2016.

It would not be overly dramatic to say that participating in the Atlantik-Brücke Young Leaders Program changed my life. First and foremost, it is where I met my future partner. I always joke that if the Young Leaders Program was meant to create a bridge between young Germans and young Americans, then we are certainly a success story! Perhaps just as importantly, I was in the Young Leaders cohort that met in August of 2016, only a few months before the American election that would be highly consequential for both countries. I continue to hold on to the details of many of the conversations we had in the program that summer, which was both a chance to discuss familiar topics like the rise of populist politics and the future of the transatlantic community among thoughtful people with a wide variety of experiences, and a truly broadening opportunity for the Americans to observe the German perspective on our often insular national drama. To this day, though many of the people in our cohort have not seen each other in six years, everyone remains available and responsive as to whatever queries might arise—whether it's a need for recommendations in a new city, a recruitment call for a job opening, a request for an opinion from an expert, of which there are many in the group, or a question about something in the news. I think, on the whole, this speaks volumes that Atlantik-Brücke does a really excellent job of bringing together young people who may be from different professional, geographic, and even political backgrounds but who seem instinctively to know they will find in each other an intellectual and personal affinity that is strong enough to carry on throughout the years and that will live to be fruitful in many varied, enriching, and unpredictable ways.

[DE] **Das Beste beider Welten.** Die Young Leaders Conference war der Startschuss für mein transatlantisches Leben.

Die Teilnahme am Atlantik-Brücke Young Leaders-Programm – das ist keine Übertreibung – hat mein Leben grundlegend verändert. Ich habe dadurch meinen heutigen Partner kennengelernt. Wenn das Young Leaders-Programm dazu gedacht ist, eine Brücke zwischen jungen Deutschen und jungen Amerikanern zu schlagen, so scherze ich oft, dann sind wir beide auf jeden Fall eine Erfolgsgeschichte! Bestimmt ebenso wichtig ist, dass ich in der Young Leaders-Gruppe war, die im August 2016 zusammenkam, also nur wenige Monate vor den Wahlen in den USA, die für beide Länder von großer Bedeutung sein sollten. Ich erinnere mich noch heute an viele markante Details aus Gesprächen, die wir in jenem Sommer im Rahmen des Programms geführt haben. Wir hatten die Möglichkeit, zusammen mit anderen reflektierten Menschen mit ganz unterschiedlichen Erfahrungen über zentrale Themen wie den Aufstieg populistischer Politik und die Zukunft der transatlantischen Gemeinschaft zu diskutieren. Doch besonders wichtig und bereichernd für uns Amerikanerinnen und Amerikaner war es, die deutsche Perspektive auf unser oft doch isoliert anmutendes, insulares nationales Drama zu sehen. Auch wenn sich viele aus unserer Gruppe seit sechs Jahren nicht mehr gesehen haben, ist jeder und jede von uns bis heute für Fragen aller Art offen und immer ansprechbar – sei es, dass man in eine andere Stadt zieht und Empfehlungen einholt, dass man nach Bewerbern für eine offene Stelle sucht oder eine Expertenmeinung braucht – denn Expertinnen und Experten gibt es in der Gruppe viele – oder dass man eine Frage zu etwas hat, was man in den Nachrichten gesehen hat. Ich denke, dies sagt schon sehr viel über die wirklich hervorragende Arbeit aus, die die Atlantik-Brücke leistet, um junge Menschen zusammenzubringen, die vielleicht unterschiedliche berufliche, geografische und sogar politische Hintergründe haben, doch instinktiv zu wissen scheinen, dass sie eine intellektuelle und persönliche Verbundenheit finden werden – eine Verbundenheit, die stark genug ist, um über die Jahre hinweg fortzubestehen, und die sich in ganz vielfältiger, bereichernder und unvorhersehbarer Weise als fruchtbar erweisen wird.

Die Stärke des Westens

Das transatlantische Bündnis ist nicht nur eine Wirtschafts-, sondern auch eine Wertegemeinschaft. Es hat die Kraft, der autoritären Herausforderung aus Moskau und aus Peking zu widerstehen.

Norbert Röttgen

The transatlantic alliance is not only an economic community, but also a community of values. It has the strength to stand up to the authoritarian challenges from Moscow and Beijing.

The Strength of the West

[DE] Welchen Preis sind wir bereit für unsere politische Unabhängigkeit zu zahlen? Im Verhältnis zu China – einem Staat, der Macht über Regeltreue, Menschenrechte und Demokratie stellt – geben Deutschland und die EU darauf seit Jahren eine unentschlossene Antwort. Mit der wirtschaftlichen Bedeutung des Landes für viele Unternehmen ist unsere Abhängigkeit von China – als Volkswirtschaft und damit auch als Staat – immer weiter gestiegen; die Volksrepublik ist mittlerweile der wichtigste Handelspartner Deutschlands und der Europäischen Union. Doch der brutale Krieg gegen die Ukraine, der auf den ersten Blick mit China nur wenig zu tun hat, beweist: Ein rein wirtschaftliches Verhältnis mit einem autokratischen Staat gibt es nicht und kann es auch nicht geben, insbesondere nicht mit einem Systemrivalen, der den Willen und die Mittel hat, die Welt in seinem Sinne neu zu ordnen.

„Welchen Preis sind wir bereit für unsere politische Unabhängigkeit zu zahlen?“

Aus europäischer Sicht ist China im Ukrainekonflikt auch deshalb von Bedeutung, weil das Land, wenn es denn wollte, eine Schlüsselrolle bei der Beendigung des Krieges spielen könnte. Schon vor dem Angriff auf die Ukraine war China zu Russlands wichtigstem internationalen Partner und Verbündeten aufgestiegen. Und die Rollenverteilung ist klar: China profitiert von Russlands günstigen Rohstoffen, um seinen schier endlosen Energiehunger zu decken, ist dem Nachbarn aber ansonsten wirtschaftlich, technologisch und machtpolitisch um Welten voraus. Der Juniorpartner dieser Verbindung ist eindeutig Russland.

Seit dem Beginn des Krieges und der damit verbundenen internationalen Isolation Russlands hat sich die russische Abhängigkeit von China noch weiter verstärkt. Ernsthafter Druck aus Peking würde Putin zum Einlenken in der Ukraine zwingen. Doch Präsident Xi Jinping übt ihn nicht aus und unterstützt damit zumindest indirekt Russlands Krieg gegen die Ukraine. Wahrscheinlich ist sogar davon auszugehen, dass sich Putin vor der Invasion bei den Chinesen grünes Licht für seinen Angriffskrieg geholt hat und er gegen Pekings Widerspruch den Krieg nicht begonnen hätte.

Im Westen verstärkt dieses Verhalten die Vorbehalte gegenüber Chinas selektiver Anwendung internationalen Rechts und den globalen Ambitionen des Landes. Das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten als Ausdruck nationaler Souveränität und territorialer Integrität gilt nur dann, wenn es Chinas eigenen machtpolitischen Interessen dient.

Chinas faktische Unterstützung Russlands im Krieg gegen die Ukraine macht deutlich, worum es der Führung in Peking geht und worin die Schnittmenge zwischen Putin und Xi liegt: Beide wollen die geltenden politischen Ordnungen zu ihren Gunsten revidieren. Während Russland auf die nach dem Kalten Krieg entstandene europäische Friedensordnung zielt, will China die nach dem Zweiten Weltkrieg institutionalisierte liberale internationale Ordnung grundlegend

verändern. Für China ist sie die Ordnung des Westens und damit Ausdruck des globalen Machtanspruchs der USA. Darum lehnt China diese liberale westliche Ordnung klar ab, auch wenn es gern vom Multilateralismus als einer Win-win-Strategie spricht, die alle zu Gewinnern mache.

In Wirklichkeit praktiziert China jedoch das genaue Gegenteil von Multilateralismus: Das Land besteht darauf, dass seine Interessen, die selbstverständlich nur durch China selbst definiert werden können, von allen anderen berücksichtigt werden. Jedem, der Chinas Interessen zuwider und auf der Basis des Völkerrechts argumentiert, wird vorgeworfen, dass er das chinesische Volk in seinem Selbstwertgefühl verletze. Bis heute leitet China aus seiner schwachen Position bei der Institutionalisierung der internationalen Ordnung nach dem Zweiten Weltkrieg eine Opferrolle ab. Auch das haben China und Russland gemein: Beide fühlen sich vom Westen unfair behandelt und um ihre Bedeutung in der Welt betrogen. Putin formuliert das sehr deutlich: Der Zusammenbruch der Sowjetunion nach 1989 ist für ihn die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts. In seiner Weltsicht sind darum die Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion keine neuen souveränen Staaten, sondern „verwaiste Territorien", die es zurückzuholen gilt.

„Auch das haben China und Russland gemein: Beide fühlen sich vom Westen unfair behandelt und um ihre Bedeutung in der Welt betrogen."

Die Weltsicht beider Präsidenten, Putin wie Xi, läuft letztendlich auf dasselbe Prinzip hinaus: Das (Völker-)Recht als Maßstab der Regelung internationaler Beziehungen zwischen in ihrer Souveränität gleichen Staaten wird durch das Recht des Stärkeren ersetzt. China ist entschlossen, dank seiner wirtschaftlichen und militärischen Fähigkeiten seinen als rechtmäßig erachteten Machtanspruch in der Welt wiederherzustellen. Und Putin glaubt, dass Russlands Größe, Geschichte und militärische Macht seinem Land das Recht geben, ethno-nationalistische, imperiale Expansionspolitik zu betreiben. Darum beobachtet China den Krieg in der Ukraine ganz genau und zieht Schlüsse sowohl aus dem russischen Vorgehen als auch aus der Antwort des Westens auf die russische Aggression.

Im Folgenden möchte ich vier Lehren, die China meines Erachtens aus der gegenwärtigen Lage zieht, beleuchten und dabei hervorheben, welche Konsequenzen sie wiederum für Deutschland, Europa und den Westen haben.

1 Russlands Fehleinschätzungen

China lernt aus den groben Fehleinschätzungen, die Putins Kriegsentscheidung zugrunde lagen. Russlands Präsident hat sein eigenes Militär über- und die Verteidigungsfähigkeit der Ukraine sowie deren Widerstandswillen unterschätzt. Die eindeutige Schlussforderung daraus lautet für China: Wenn man einen derartigen Angriff auf die Souveränität und Territorialität eines anderen Landes startet, dann muss man darauf militärisch und politisch bestens vorbereitet sein. Für Taiwan sind Russlands Probleme erst einmal eine gute Nachricht, denn es ist als Insel nicht nur besser geschützt und darum schwerer einzunehmen als die Ukraine. Taiwan ist dank der USA auch militärisch entschieden besser ausgerüstet, als es diese zu Beginn des russischen Angriffs war. Das weiß auch China. Außerdem: Zwar rüstet China schon seit Jahren massiv auf, doch hat sein Militär faktisch keine Kampferfahrung. Wie sich chinesische Truppen in einem heißen Konflikt schlagen würden, ist daher ungewiss.

2 Der Zusammenhalt des Westens

Xi Jinping hat feststellen müssen: Als Reaktion auf Russlands Angriffskrieg hat der Westen, haben NATO und EU die Reihen fest geschlossen. Diese Einheit und dieser Zusammenhalt sind in diesem Augenblick, da Russland die Ukraine mit einem Krieg überzieht und die europäische Friedensordnung angreift, in der Tat bemerkenswert. Die Europäer und der Westen haben sich durch Putin nicht spalten lassen. Für Chinas bevorzugte Strategie „teile und herrsche" ist das eine schlechte Voraussetzung. Mehr noch: Gerade in osteuropäischen Staaten, die China als Tor nach Westeuropa dienen sollten, kommt Pekings Haltung gegenüber Russland sehr schlecht an. Nirgendwo ist die Rückendeckung für die Ukraine und die Ablehnung von Putins Imperialismus resoluter als im Baltikum und in Zentral- und Osteuropa. Dank der faktischen Unterstützung Russlands leidet Chinas Ansehen in der Region massiv. Zugleich wird Osteuropas Westbindung, gerade mit Blick auf die USA als NATO-Führungsmacht und Sicherheitsgarant gegenüber Russland, noch einmal entschieden gestärkt.

3 Umfassende und nie da gewesene Sanktionen

China ist Zeuge, dass die westlichen Sanktionen gegen Russland sowohl umfassend als auch von nie da gewesener Härte sind. Die Strafmaßnahmen wurden schnell beschlossen und treffen die russische Wirtschaft ins Mark; von einem Konjunktureinbruch bis zu 12,4 Prozent ist die Rede. Ausländische Investoren und Unternehmen ziehen sich aus dem russischen Markt zurück. Folglich gehen Jobs verloren und stehen Produkte westlicher Marken nicht mehr zur Verfügung. Das wirkt sich auch auf die Lieferketten aus: Die russische Wirtschaft wird dauerhaft weniger produktiv sein. Außerdem steigt die Inflation in Russland rasant, laut Prognosen über 20 Prozent in diesem Jahr. Darum wird es auf dem russischen Markt nicht nur weniger Produkte von schlechterer Qualität geben, sondern auch zu immer höheren Preisen. Da die Löhne nicht entsprechend steigen, werden viele Menschen in Russland de facto ärmer werden. Das birgt langfristig Risiken für Putins Machtbasis und gefährdet die Unterstützung des Ukrainekriegs. Für China bedeutet das: Da die Wirtschaft des Landes derart global vernetzt ist, werden

die harten Sanktionen des Westens gegen Russland nicht ohne Wirkung bleiben. Die Führung in Peking wird daraus unweigerlich Schlüsse für ihre eigenen Machtambitionen und deren Konsequenzen ziehen.

4 Grenzen der Sanktionsbereitschaft

Das Instrument der Sanktionen offenbart zugleich, an welcher Stelle die westliche Bereitschaft, auf den russischen Angriffskrieg zu reagieren, selbst empfindlich und verletzlich ist. Sobald Strafmaßnahmen nicht nur hart und wirksam gegenüber dem Adressaten sind, sondern auch mit spürbaren Nachteilen und Kosten für die sanktionierenden Länder verbunden sind, handelt der Westen eher zögerlich. Darum pochten einige Staaten vor allem bezüglich des Energiesektors von Anfang an auf Ausnahmeregelungen, obwohl gerade Energieexporte die entscheidende Lebensader der russischen Wirtschaft sind. Aus dieser Erfahrung zieht China die vierte Lehre aus dem Krieg: Wenn Strafmaßnahmen in den sanktionierenden Gesellschaften selbst Kosten erzeugen, dann tut sich der Westen schwer damit – auch dann, wenn die Sanktionen eine entscheidende Wirkung erzielen könnten. Für China ergibt sich hieraus ein enormes Druckpotenzial, denn unsere Wirtschaft ist um ein Vielfaches abhängiger von China als von Russland.

Was der Westen lernen muss

Als Europäer, aber vor allem als Deutsche haben wir im Zuge des Ukrainekriegs erfahren, was Energieabhängigkeit von einem Land bedeutet. Obwohl dieser Krieg unsere Sicherheitsinteressen direkt und massiv betrifft, sind wir aufgrund dieser Abhängigkeit in unseren Handlungsmöglichkeiten enorm eingeschränkt.

Gleichwohl: Unsere Energieabhängigkeit von Russland ist ein Bruchteil unserer wirtschaftlichen Abhängigkeit von China. Mit einem Volumen von rund 220 Milliarden Euro ist China der größte Handelspartner Deutschlands. Viel zu lange war deutsche Chinapolitik im Wesentlichen Industrie-Exportpolitik. Im Kern hat sich daran bis heute wenig geändert. Die geopolitische Dimension des chinesischen Aufstiegs blieb ohne Konsequenzen, Abhängigkeiten selbst in strategischen Bereichen unserer Volkswirtschaft werden weiter gesteigert. Ganze Branchen hängen an China wie der Patient am Tropf. Für eine Reihe großer Unternehmen vor allem in der Automobilindustrie, der Chemieindustrie, der pharmazeutischen Industrie und in Teilen des Maschinenbaus ist der chinesische Markt mit seiner enormen Größe und mit seiner offensichtlichen Unersättlichkeit das entscheidende unternehmerische Standbein, die entscheidende Quelle der Unternehmensgewinne – und die Basis für das Standing am Kapitalmarkt. Mercedes und Volkswagen setzen nirgendwo so viele Autos ab wie in China. In China tätigen deutsche Unternehmen gewaltige Auslandsinvestitionen. Der bei Weitem größte Anteil an Medikamenten und medizinischen Produkten, die wir Deutsche verbrauchen, wird in China produziert. Was das im Fall eines geopolitischen Konflikts mit China bedeuten würde, wird ausgeblendet. Dabei haben wir zu Anfang der Coronapandemie schmerzhaft erlebt, wie schwer es uns fällt, selbst einfache Produkte wie Masken, die vor allem in China gefertigt wurden, durch Produkte aus heimischer oder europäischer Herstellung zu ersetzen.

> „Unsere Energieabhängigkeit von Russland ist ein Bruchteil unserer wirtschaftlichen Abhängigkeit von China.“

Deutschlands Wirtschaftswachstum gründet vor allem auf billiger Energie aus Russland und dem gigantischen chinesischen Markt. Doch der Krieg in der Ukraine und der Systemkonflikt mit China stellen diese Grundkomponenten unseres exportorientierten Wirtschaftsmodells infrage. Wir müssen darum umsteuern – sowohl in der Politik als auch in der Wirtschaft. Unser Modell, Handel zu betreiben und dabei sämtliche geopolitischen Risiken auszublenden, funktioniert nicht mehr. Die Geopolitik hat die Geoökonomie eingeholt.

Anders als Deutschland, als Europa und zu einem geringeren Teil die USA hat China längst verstanden, dass geopolitische Stärke sich heute nicht mehr nur in militärischer Macht oder wirtschaftlicher Größe ausdrückt. Es ist eine neue Messeinheit hinzugekommen: gesellschaftliche Resilienz. Entscheidend ist die Widerstandsfähigkeit und Leidensbereitschaft der eigenen Gesellschaft gegenüber externen Krisen. China arbeitet bereits aktiv daran, die eigene Abhängigkeit von seinen Systemrivalen massiv zu reduzieren.

Die Bedeutung dieser Widerstandsfähigkeit wächst gerade in diesen Zeiten, da sich der grundlegende Systemkonflikt zwischen China und dem Westen im Zuge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine weiter verschärft. Die Lagerbildung wird deutlich sichtbar. Zum ersten Mal ergreifen beide Seiten, der Westen wie China, aktiv Partei in einem heißen Konflikt, in dem sich auch die konstitutiven Elemente des geopolitischen Systemkonflikts unserer Zeit widerspiegeln.

Als Antwort darauf muss der Westen, müssen Europa und die USA eine gemeinsame Strategie entwickeln. Als Demokratien brauchen wir auch eine Resilienz-, eine Widerstandsstrategie, die jedoch nicht auf Überwachung und Kontrolle setzt, sondern in unseren Werten verankert ist. Vertrauen in die Politik ist dabei zentral. Vertrauen hat allerdings Voraussetzungen, nämlich Kompetenz der Handelnden, Vorbereitung und offene Kommunikation der Entscheidungen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Wir müssen offen und ehrlich erklären, welche viel weitgehenderen Herausforderungen auf uns zukommen, wenn nicht nur Russland, sondern auch China den Konflikt eskalieren sollte. Unsere Politik darf dabei nicht auf einer simplen Anti-China-Strategie basieren. Für Containment ist das Reich der Mitte ohnehin viel zu groß und zu verflochten mit der Welt, vor allem mit uns. Es geht vielmehr darum, China aus einer Position der gemeinsamen Stärke des Westens heraus zu begegnen.

[US] The Strength of the West

What price are we prepared to pay for our political independence? In relation to China—a state that puts its own need for power above adherence to rules, human rights, or democracy—Germany and the EU have been giving a rather indecisive response to this question for years. Due to China's economic significance for so many companies, our dependence on the country—as a national economy and thus also as a state—has continued to increase; the People's Republic is now the most important trading partner for Germany and the European Union. But the brutal war against Ukraine, which at first sight has little to do with China, proves that a purely economic relationship with an autocratic state simply does not and cannot exist, especially if the state is also an ideological rival that has the will and the means to reconfigure the world according to its own interests.

Russia's war of aggression against Ukraine is more than an example of the ideological conflict between democracies and autocracies, a rivalry that ultimately stems from China. Certainly, the war against Ukraine is a conflict in its own right, with its own imperialist logic, shaped by Putin. Yet at the same time, the effects of this conflict are being felt throughout Europe and beyond. It holds lessons for both the West and China that could exacerbate the much wider conflict between different political systems and could influence the course of that conflict.

From a European perspective, China also plays a significant role in the Ukraine conflict given that, if it wanted to, China could play a key role in ending the war. Even before the invasion of Ukraine, China had become Russia's closest international partner and ally. And the division of roles is clear: China benefits from Russia's cheap raw materials which help the former meet its seemingly endless demand for energy, but otherwise China is way ahead of its neighbor economically, technologically, and in terms of power politics. Russia is clearly the junior partner in this informal alliance.

Since the start of the war and Russia's associated international isolation, the country's dependence on China has increased even further. Serious pressure from Beijing would force Putin to back down in Ukraine. But President Xi Jinping is not applying this pressure, and thus, he is supporting Russia's war against Ukraine—at least indirectly. In fact, it is likely that before the invasion, Putin would have been given the green light from China for his war of aggression, and that he would not even have started the war had Beijing strongly disapproved.

Dr. Norbert Röttgen

ist Mitglied des Bundestags (CDU/CSU) und stellvertretender Vorsitzender der Atlantik-Brücke. Er ist Bundesminister a. D. Von 2014 bis 2021 war Norbert Röttgen Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses.

is a member of the Bundestag (CDU/CSU) and Vice Chairman of Atlantik-Brücke. He is a former Federal Minister. Norbert Röttgen was Chairman of the Foreign Affairs Committee from 2014 to 2021.

In the West, this behavior reinforces reservations regarding China's global ambitions and its selective application of international law. The principle of non-interference in the internal affairs of states, as an expression of national sovereignty and territorial integrity, applies only if it serves China's own interests in terms of power politics.

China's de facto support for Russia in the war against Ukraine highlights the matters that are important to the leaders in Beijing, and where the common ground between Putin and Xi lies. Both want to revise the existing political structures in their favor. While Russia's target is the European "peace order" that emerged after the Cold War, China wants to fundamentally change the liberal international order that was enshrined in international institutions after World War II. For China, the liberal international order is the order of the West, and thus an expression of the USA's global claim to power. That is why China emphatically rejects this liberal Western order, despite its apparent endorsement of multilateralism as a win-win strategy that benefits everyone.

In reality, China is practicing the exact opposite of multilateralism. The country insists that its interests, which of course can only be defined by China itself, must be taken into consideration by everyone else. Anyone who argues against China's interests, especially on the basis of international law, is accused of harming the Chinese people's self-esteem. To this day, China still infers a victim role, arising from its weak position when the institutions of the post-World War II international order were founded. China and Russia also share a belief that, since then, they have been unfairly treated by the West, and cheated of their deserved position and status in the world. Putin is clear: the collapse of the Soviet Union after 1989 is for him the biggest geopolitical catastrophe of the 20th century. According to his world view, the successor countries of the former Soviet Union are therefore not new sovereign states, but merely "orphaned territories" that need to be restored.

The world view of both presidents, Putin and Xi, ultimately amounts to the same principle: (international) law, as a measure of the regulation of international relations between states with an equal degree of sovereignty, is replaced by the law of the strongest. China is determined, thanks to its economic and military capabilities, to re-establish what it perceives as its legitimate claim to power in the world. And Putin believes that Russia's size, history, and military might give his country the right to pursue ethno-nationalist, imperial expansionist policies. Hence, China is keeping a close watch on the war in Ukraine, drawing conclusions from both Russia's actions and the West's response to Russian aggression.

In the following, I would like to highlight four lessons that I believe China is drawing from the current situation, and thereby explain the consequences that this, in turn, has for Germany, Europe, and the West.

1 Russia's misjudgments

China is learning from the gross misconceptions behind Putin's decision to go to war. Russia's president overestimated his own army, while underestimating Ukraine's defense capability and its determination to resist. The clear conclusion for China is that if you launch such an attack on the sovereignty and territorial integrity of another country, you must be well prepared for it militarily and politically. For Taiwan, Russia's problems are good news, because Taiwan is not only better protected as an island and therefore harder to capture, but thanks to the U. S., it is also much better militarily equipped than Ukraine was at the start of Russia's aggressive invasion. And China knows that. In addition, although China has been arming itself extensively for years, its armed forces have virtually no combat experience. How well Chinese troops would fight in a hot war is therefore uncertain.

2 The cohesion of the West

Xi Jinping has witnessed how, in response to Russia's war of aggression, the West, NATO, and the EU have collectively closed ranks. Such unity and cohesion is indeed remarkable in the face of Russia's attack on Ukraine and on European peace and stability. The Europeans and the West have not let themselves be divided by Putin. This does not bode well for China's preferred "divide and rule" strategy. What's more, especially in Eastern European countries, which ought to be serving China as a gateway to Western Europe, Beijing's attitude toward Russia is going down very badly. Nowhere is the support for Ukraine and the rejection of Putin's imperialism more resolute than in the Baltic states and Central and Eastern Europe. Thanks to China's de facto support of Russia, the country's standing in the region is suffering greatly. At the same time, Eastern Europe's ties to the West are once again becoming much stronger, especially as it recognizes the USA as NATO's leading power and as a security guarantor against Russia.

3 Comprehensive and unprecedented sanctions

China is witnessing the implementation of Western sanctions against Russia, and these sanctions are not only comprehensive but also more severe than ever before. The punitive measures were quickly adopted and hit the Russian economy hard; there is talk of an economic slump of up to 12.4 percent. Foreign investors and companies are withdrawing from

the Russian market. As a result, jobs are being lost and many Western branded products are no longer available. This is also having an impact on supply chains, and the Russian economy will be less productive in the long run. Moreover, according to forecasts, inflation in Russia is rising rapidly, and will reach over 20 percent this year. Therefore, not only will there be fewer products on the Russian market, but what is available will also be of poorer quality and at constantly increasing prices. In addition, because wages are not rising in line with inflation, many Russians will actually become poorer. This poses a long-term risk to Putin's power base and threatens domestic support for the Ukraine war. Given the fact that China's economy is so globally interconnected, the West's tough sanctions against Russia will also, to some extent, be felt there. The Beijing leadership will inevitably draw conclusions from this about its own ambitions for power and the consequences of those ambitions.

4 Limits to the West's willingness to impose sanctions

At the same time, the instrument of sanctions reveals the potential fragility of the West's willingness to respond to the Russian war of aggression. While the punitive measures may be tough and effective against the recipient, at the point when such measures also begin to incur significant disadvantages and costs for the sanctioning countries, the West becomes rather hesitant. This is why some countries have insisted on exemptions from the outset—especially in the energy sector—even though energy exports are the life blood of the Russian economy. From this experience, China will draw the fourth lesson from the war: If the punitive measures themselves generate costs for the sanctioning societies, the West will struggle to impose such sanctions, despite them having a decisive effect. This creates enormous potential for China to exert leverage, as our economy is many times more dependent on China than it is on Russia.

What the West needs to learn

As Europeans, but above all as Germans, we have learned, in the course of the Ukraine war, what it means to be dependent on another country for our energy. Although this war directly and massively affects our security interests, our ability to act is greatly restricted as a result of this dependence.

Yet our energy dependence on Russia is only a fraction of our economic dependence on China. With a trade volume of around €220 billion, China is Germany's largest trading partner. For far too long, German policy toward China has effectively been an industrial export policy. In essence, little has changed to this day. The geopolitical dimension of China's rise continues without consequence—and dependencies, even in strategic areas of our economy, are being increased further. Whole industries depend on China, as a patient does on a drip. For a number of large companies, particularly in the automotive, chemical, and pharmaceutical industries, as well as in some mechanical engineering sectors, the Chinese market, because of its huge size and apparent insatiability, is the mainstay of their business, their main source of corporate profits, and the foundation of their status in the capital market. Mercedes and Volkswagen sell more cars in China than in any other region. German companies are making huge investments in China. By far the largest proportion of pharmaceuticals and medical products we Germans consume is produced in China. What that would mean in the event of a geopolitical conflict with China is currently being ignored. At the beginning of the coronavirus (COVID-19) pandemic, we discovered to our detriment how difficult it is for us to replace even simple products—such as face masks, which were mainly produced in China—with products manufactured here in Germany or elsewhere in Europe.

Germany's economic growth is based both on cheap energy from Russia and on the enormous Chinese market. But the war in Ukraine and the ideological conflict with China call into question these basic components of our export-oriented economic model. Hence, we need to change direction—both in our politics and in our economy. Our model of trading as we choose while ignoring all geopolitical risks is no longer working. Geopolitics has caught up with geo-economics.

Unlike Germany, Europe, and to a lesser extent the U.S., China has long understood that geopolitical strength is no longer only expressed by a country's military power or the size of its economy. A new unit of measurement has been added: social resilience. What matters here is the level of resilience of the population and the extent to which as a society they are willing to suffer in the face of external crises. China is already actively working to greatly reduce its dependence on its ideological rivals.

This resilience is becoming even more important in the present time, as the fundamental ideological conflict between China and the West intensifies in the wake of the Russian war of aggression against Ukraine. The formation of the two distinct camps is becoming clearly visible. For the first time, both sides, the West and China, are actively taking sides in a hot war that also reflects the constituent elements of the geopolitical conflict of our time.

In response, the West, Europe, and the US must develop a common strategy. As democracies, we also need a strategy of resilience and resistance that is not based on monitoring and control, but is anchored in our values. Trust in politics is central here. However, trust has prerequisites, namely the competence of the actors, adequate preparation, and the open communication of decisions to our citizens. We will need to explain openly and honestly the much more far-reaching challenges that we will face should the conflict escalate, not only as a result of acts by Russia, but also by those of China. Our policy must not, however, be based on a simple anti-China strategy. The "Middle Kingdom" is far too big and too intertwined with the rest of the world, especially with us, for containment to be an option. Rather, for the West, it is much more a question of facing China from a position of shared, collective strength.

[US]

A More Inclusive Conversation. As a working-class woman of color, the opportunities for me have been limited. The New Bridge Program provided me with the life-changing opportunity to travel to Europe.

Mayra Guadalupe Cedano Robles

is a passionate community organizer. She is the Executive Director of Comunidades Unidades, an immigrants' rights organization based in Utah. She is a New Bridge Fellow 2021.

ist passionierte Community-Organisatorin. Sie ist Geschäftsführerin von Comunidades Unidades, einer Organisation für die Rechte von Einwanderern in Utah. Sie ist New Bridge-Fellow 2021.

I was born and raised in Jalisco, Mexico. When I was 11 years old, I immigrated to the United States. I started my activism in the immigrant rights movement at the age of 15, when I marched to the state Capitol for the first time to demand a halt to immigration raids.

The immigrant rights movement is very personal to me, and as a person who has experienced family separation, and as a former undocumented immigrant in the United States, I know firsthand the fear and struggles of many in the immigrant community. I have now been in the U. S. for almost 24 years, and for half of that time I was undocumented and unable to travel outside of the country. Now I am a U. S. citizen and a community organizer working actively to win a pathway to citizenship for the 11 million undocumented immigrants residing in the US.

As a working-class woman of color, the opportunities for me have been limited. The New Bridge Program (NBP) provided me with the life-changing opportunity to travel to Europe for the first time. During the 10-day trip, we learned, connected, and created long-lasting partnerships with people across the globe. I am thankful to Atlantik-Brücke for bringing us together to learn about Germany and Europe and allowing me to reimagine a better world.

I came into the program with an open mind and heart, ready to be exposed to new and different concepts, and I gained so much more than that. I returned feeling rejuvenated with new and innovative ideas. There are so many powerful cross-sector partnerships happening throughout Germany and Europe. I was inspired to learn about some of the current efforts in the healthcare system, politics, media, community organizing, culture, and more.

Programs like the New Bridge Program must continue to be supported and elevated. Most of us learn about other countries and major historical events through textbooks and documentaries, but this program allowed me to learn from firsthand experience.

Women, queer, Black, Indigenous, People of Color (BIPoC), and other marginalized groups need to be part of the transatlantic conversation. More importantly, we need to pay attention to their perspectives and life experiences, especially when talking about global and critical issues. These communities are filled with wisdom and knowledge. As a community organizer and non-profit leader, I am highly interested in continuing

to learn and engage in conversations about current programs and campaigns designed to help immigrants and refugees. I believe that migration is a human right, and we should strive to include diverse and marginalized communities who have been historically excluded in transatlantic conversations and work.

Germany's remembrance culture highly impacted me. It was a powerful reminder that we have the collective responsibility and power to build better, inclusive, equitable, and just communities for all, not merely a few.

[DE] **Inklusiver Diskurs.** Für mich als *Woman of Color* aus der Arbeiterklasse waren die Möglichkeiten immer begrenzt. Das New Bridge Program hat mir die Gelegenheit gegeben, nach Europa zu reisen – und damit mein Leben verändert.

Ich bin in Jalisco, Mexiko, geboren und aufgewachsen. Mit elf Jahren bin ich in die USA eingewandert. Im Alter von 15 Jahren marschierte ich zum ersten Mal in Washington zum Kapitol, um einen Stopp der Razzien gegen Einwanderer zu fordern. So begann mein Engagement als Aktivistin in der Bewegung für die Rechte von Einwandererinnen und Einwanderern.

Diese Bewegung liegt mir sehr am Herzen. Als jemand, die die Trennung von Familienangehörigen selbst miterlebt hat und ohne Papiere in die USA eingewandert ist, kenne ich die Ängste und Kämpfe vieler Eingewanderter nur zu genau. Ich lebe nun schon seit fast 24 Jahren in den USA. Die Hälfte dieser Zeit hatte ich keine Papiere und konnte nicht aus den USA ausreisen. Jetzt bin ich US-Bürgerin und setze mich als Community-Organisatorin aktiv dafür ein, den elf Millionen Einwandererinnen und Einwanderern, die sich ohne gültige Dokumente in den USA aufhalten, den Weg zur Staatsbürgerschaft zu ebnen.

Als Person of Color und Frau aus der Arbeiterklasse waren meine Möglichkeiten begrenzt. Das New Bridge Program (NBP) bot mir eine Gelegenheit, die mein Leben verändert hat. Ich konnte dadurch zum ersten Mal nach Europa reisen. Während der zehntägigen Reise haben wir viel gelernt, Kontakte geknüpft und dauerhafte Partnerschaften mit Menschen auf der ganzen Welt geschlossen. Ich bin der Atlantik-Brücke sehr dankbar, dass sie uns zusammengebracht hat, um Deutschland und Europa kennenzulernen, und mir die Möglichkeit gab, mir eine bessere Welt vorzustellen.

Ich nahm an diesem Programm mit einem offenen Geist und einem offenen Herzen teil, bereit, mich auf neue und andere Ideen einzulassen – und ich habe so viel mehr mitgenommen als das. Ich bin mit vielen neuen und innovativen Ideen im Gepäck in die USA zurückgekehrt. In ganz Deutschland und Europa gibt es so viele starke branchen- und sektorübergreifende Partnerschaften. Was ich über aktuelle Entwicklungen im Gesundheitssystem, in der Politik, in den Medien, bei der Organisation von Communitys, in der Kultur und vielem mehr erfahren durfte, hat mich inspiriert.

Programme wie das New Bridge Program sollten meiner Meinung nach unterstützt und weiter ausgebaut werden. Denn die meisten von uns lernen über andere Länder und wichtige historische Ereignisse doch vor allem durch Lehrbücher und Dokumentarfilme. Aber durch ein Programm wie das New Bridge Program kann man wirklich aus erster Hand lernen.

Besonders Frauen, queere Menschen, Schwarze, Indigene, People of Color (BIPoC) und andere Randgruppen sollten ebenfalls am transatlantischen Gespräch teilnehmen. Es ist wichtig, dass wir ihren Perspektiven und Lebenserfahrungen mehr Beachtung schenken, insbesondere wenn wir über globale und kritische Themen sprechen. Diese Communitys können mit ihrer Weisheit und ihrem Wissen einen großen Beitrag leisten.

Als Community-Organisatorin und Leiterin einer gemeinnützigen Organisation bin ich sehr daran interessiert, mehr über aktuelle Programme und Kampagnen zur Unterstützung von Eingewanderten und Geflüchteten zu erfahren und mich mit diesen auszutauschen. Ich bin der Ansicht, dass Migration ein Menschenrecht ist. Wir sollten uns bemühen, marginalisierte, diverse Communitys in die transatlantischen Dialoge und die transatlantische Arbeit einzubeziehen, aus denen sie in der Vergangenheit ausgeschlossen wurden.

Die Erinnerungskultur in Deutschland hat auf mich in dieser Hinsicht einen großen Eindruck gemacht. Sie setzt das kraftvolle Zeichen, dass wir alle eine kollektive Verantwortung haben und die Macht besitzen, bessere, integrative, gerechte und solidarische Gemeinschaften für alle aufzubauen, nicht nur für einige wenige.

A Threatening Climate

Climate change fundamentally impacts international security concerns. The transatlantic partners must ensure that from now on, all strategies are also viewed through a climate lens.

Erin Sikorsky

Der Klimawandel hat grundlegende Auswirkungen auf internationale Sicherheitsbelange. Die transatlantischen Partner müssen dafür sorgen, dass von nun an alle Strategien den Klima-Aspekt miteinbeziehen.

Ein bedrohliches Klima

[US] Earlier this year, the Intergovernmental Panel on Climate Change warned in its latest report on climate change impacts that we are already living in a world of irreversible climate threats—of course, these will get worse if emissions are not curbed, but adaptation and resilience-building are key to managing our current reality. One key path to build such resilience is to develop a deeper understanding of the security risks associated with climate change, and, more broadly, a new definition of national security for the 21st century.

Climate change and the responses to it are a shaping force across the security landscape. In other words, the world must now contend with "actorless threats" that not only kill people directly but also intersect with existing conflicts, governance stresses, and other factors to amplify and exacerbate existing security risks.[1] The discussion about climate security started a few decades ago as an analysis of climate impacts on military infrastructure and readiness. However, it has now expanded into a growing recognition of the systemic, compounding risks of climate change across all aspects of international security.

These compound risks play out within and between states. Within states, beyond the direct threats to lives and livelihoods from strengthened storms, heat, drought, and flooding, climate hazards can strain already overtaxed governments or conflict-prone states, tipping the balance toward instability and, in some cases, violence. In most locales, it is the intersection of climate change with other developments that creates the most concerning security risks. Dr. Josh Busby identifies a lack of state capacity, exclusionary governance, or the absence of international aid as factors that increase climate security risks. Unsurprisingly, states with already low levels of resilience are much more vulnerable.[2] Take South Africa as an example. In April 2022, extreme rainfall in parts of the country led to floods that killed more than 400 people and destroyed over 1 billion dollars in property. A rapid attribution study has found that climate change made rainfalls heavier and twice as likely to happen.[3] But of course, the fatalities were not equally distributed—most people who died were already vulnerable, living in informal settlements due to housing shortages and legacy apartheid policies.[4] Like many other countries that have faced unprecedented climate hazards in recent years, South Africa's government deployed the military—often one of the only institutions in developing countries with the capacity to respond to such disasters—to manage the cleanup and aid delivery. The deployment of soldiers as well as concerns over lack of water and energy access in the wake of the floods have led to at times violent protests. This underscored once more the risk of internal instability brought on by the climate hazard's intersection with South Africa's governance challenges.

South Africa is not alone in having to manage climate security risks related to climate-driven flooding. According to scientific estimates, there is a 37 percent increase in extreme precipitation over land globally at a warming level of 2 degrees Celsius above pre-industrial temperatures. More broadly, in 2021, the U. S. National

Intelligence Council in its National Intelligence Estimate (NIE) identified eleven countries of highest concern from a climate security perspective. The Council noted that they all lack the governance and finance capacity to manage climate risks. Besides South Africa, the list includes Afghanistan, Myanmar, Colombia, Guatemala, Honduras, India, Iraq, Nicaragua, North Korea, and Pakistan. The NIE also identified two regional "arcs of concern": Central Africa and the Pacific Islands.[5]

Based on climate change projections for the next 10 to 20 years, managing climate risks will put more and more demands on governments. The state capacity needed to manage the floods or fires of today almost certainly is inadequate for managing the floods or fires of 10 to 20 years from now. Instead of the usual framing of the last decade being the warmest of the past 100 years, governments will have to think of the last decade as the coolest in the next 100 years in order to get ahead of these risks. Governments will have to stop planning from the past but instead integrate predictive capabilities to plan for a "new normal."

Two key risks that underscore the need for a better understanding of how climate change will create a "new normal" are forced migration and food security. They have implications for security dynamics both within and between states, and both exemplify the complex nature of climate security risks. Regarding climate migration, the updated Groundswell report from the World Bank found that climate change could force 216 million people to move within their countries by 2050, across the regions of sub-Saharan Africa, East Asia and the Pacific, South Asia, North Africa, Latin America, and Eastern Europe and Central Asia.[6] Of course, climate change impacts are only one of many factors that can converge to cause people to move, and patterns vary depending on whether the climate impacts are acute hazards (e.g. typhoons or flooding) or slow-onset (e.g. desertification or river basin salinization). Within states, such migration can lead to increasing internal tensions among farmer and herder populations as patterns of movement change due to drought, for example, or greater strain on already overburdened urban centers.

> "Governments will have to think of the last decade as the coolest in the next 100 years in order to get ahead of these risks."

Food security is, of course, closely linked to migration, as lack of access to food may drive people to leave their homes. Prior to the war in Ukraine, food insecurity was already on the rise due to climate change, conflict, and the COVID-19 pandemic. Now, as exports of wheat and fertilizer from Ukraine and Russia have plummeted due to the war, food prices have risen to record highs. The problems have been further aggravated as wheat crops in China have been inconsistent this year, record high temperatures in India have negatively affected its harvest, and crops in the United States and East Africa have been impacted by drought.[7] Overall, the global food system is under severe strain. The International Panel of Experts on Sustainable Food Systems (IPES) fears the world is entering an era of sustained high food prices, or "endemic and widespread" risks to global food security.[8] The Intergovernmental Panel on Climate Change estimates that millions more people will be at risk of hunger in coming years because of rising temperatures.

Moving to inter-state dynamics, it is not hyperbole to say that climate change is literally reshaping the geopolitical landscape—as the ice melts in the Arctic, island states disappear in the Pacific, and parts of the world become uninhabitable. Since the beginning of 2022, two developments have crystallized the geopolitical security risks associated with climate change. The first, which has had seismic impacts across multiple security dimensions, was the Russian invasion of Ukraine in February. In the weeks that have followed, European and Western governments have accelerated commitments to the clean energy transition, recognizing that dependence on fossil fuels not only creates long-term security risks from warming temperatures but also strengthens the hand of petro-dictators like Putin in the near-term. The hard reality, however, is that many countries also have near-term political concerns around energy prices, and may be tempted to merely replace Russian oil and gas with fossil fuels from elsewhere. Oil and gas companies are certainly pushing for such a pathway in the name of "energy security." One of the biggest uncertainties of this moment, then, is whether the world will truly seize the opportunity to make real the security co-benefits of a rapid shift to clean energy or stall out of fear of near-term political repercussions.

> "Climate change is literally reshaping the geopolitical landscape—as the ice melts in the Arctic, island states disappear in the Pacific, and parts of the world become uninhabitable."

The second worrying development was the April 2022 announcement of a new five-year security pact between China and the Solomon Islands. At first glance, the climate connection of this treaty is not immediately clear. However, at the same time the United States and Australia voiced concerns about the announcement, several Pacific Island leaders reminded Western powers that the existential risks posed by climate change are at the top of their security concerns, not geopolitical competition with China. As a May 2022 statement on climate security from the Pacific Elders Voice noted, the primary security threat to the Pacific is climate change. "We are concerned that major powers, including the U.S., Japan, and Australia, are developing strategies and policies for the 'Indo-Pacific' with little, if any, consultation with Pacific Island countries."[9] Or, as Wesley Morgan put it more bluntly, describing Australia: "We want to be the security partner of choice to the Pacific, but when Pacific leaders tell us their number one security threat is climate change, we ignore them."[10]

There are also a range of other inter-state security risks related to climate change. Shared river basins are a good place to start. Basins of particular concern

are those shared by countries already in competition, such as the Brahmaputra River Basin (China–India) or the Indus River Basin (China–India–Pakistan). A 2021 study from the Council on Strategic Risks and Woodwell Climate Research Center found, "In the Brahmaputra River Basin, climate change will raise the risk of downstream floods during the monsoon season, especially in July and September, which could lead to Indian perceptions of water manipulation by China. China's lack of transparency in its dam projects on transboundary rivers, and severe distrust between the two rivals, create additional risks of misperception and attendant security tensions."[11]

The Arctic is another geographic area in which high levels of mistrust, a lack of security coordination and communication mechanisms, and increasing commercial and military activity all intersect with climate change in an increasingly dangerous way. While an understandable move, the suspension of the Arctic Council in response to the Russian invasion of Ukraine has further complicated an already challenging situation. Arctic sea ice has shrunk by 40 percent since satellites first started measuring in the 1970s, and with a temperature rise of 2 degrees Celsius in the region, at least one ice-free summer is to be expected every decade. As the region's rich mineral and fossil fuel resources become more accessible, and its sea lanes become easier to transit, countries are becoming increasingly active in trying to secure a strong position in the region. The risk of accidents or misunderstandings is growing—a 2021 report from the Center for Climate and Security noted that the Arctic archipelago Svalbard exemplifies the climate security dynamics of the high north, as, "Interest in access and control to the port, including by Russia and China, is leading to more commercial activity around the island, as well as more aggressive military and diplomatic posturing."[12]

Given these dynamics, it becomes clear that a new approach to international security is needed. What opportunities exist for the United States and the European Union to work together on a common approach? First, they must strive to ensure their institutions are "fit for purpose" to manage and, more importantly, get ahead of the risks outlined in this paper. This means breaking down silos and ensuring that from now on, a climate lens is integrated across the board in all strategies and departments.

"A new approach to international security is needed."

The interim national security strategic guidance from the Biden Administration as well as the EU's Strategic Compass note the importance of climate change as a foreign policy and security issue. As they put these strategies into practice, both the US and the EU can and should coordinate regularly and share lessons learned. Additionally, transatlantic cooperation is critical on matters related to climate adaptation financing, including the call at COP26 in Glasgow to at least double the collective provision of adaptation finance from 2019 levels by 2025. Delivering robust adaptation funding to the most vulnerable countries can help minimize instability and conflict risks in the already fragile states discussed above. Finally, the EU and Washington must continue their close collaboration on speeding up the energy transition in light of the war in Ukraine. The U.S.–EU Task Force on Energy Security, established in late March, is a good start, and leaders must ensure that its work to secure LNG supplies in the short term does not crowd out its work on clean energy.

As climate change contributes to greater uncertainty and risk across the national security landscape, it also opens the door to innovative collaborations and partnerships across the Atlantic to prepare for and prevent the risks described in this essay. It can happen if leaders are willing to follow up and walk through it.

Erin Sikorsky

directs the Center for Climate and Security and the International Military Council on Climate and Security.

leitet das Center for Climate and Security und den International Military Council on Climate and Security.

[DE] Ein bedrohliches Klima

Anfang dieses Jahres warnte der Weltklimarat in seinem jüngsten Bericht zu den Auswirkungen des Klimawandels, dass die Welt bereits mit irreversiblen Klimabedrohungen konfrontiert sei und diese sich weiter verschärfen würden, sollten die Emissionen nicht eingedämmt werden. Dabei seien Anpassung und der Aufbau von Widerstandsfähigkeit der Schlüssel zur Bewältigung der aktuellen Lage. Ein wichtiger Weg zum Aufbau einer solchen Widerstandsfähigkeit ist die Entwicklung eines tieferen Verständnisses der Sicherheitsrisiken, die mit dem Klimawandel einhergehen. Hieraus ergibt sich im weiteren Sinne eine neue Definition der nationalen Sicherheit im 21. Jahrhundert.

Der Klimawandel wie auch die Reaktionen darauf wirken sich prägend auf die gesamte Sicherheitslandschaft aus. Die Welt muss sich jetzt mit „Bedrohungen ohne Akteure" auseinandersetzen, die nicht nur Menschenleben kosten, sondern mit bestehenden Konflikten, Spannungen in der Regierungsführung und anderen Faktoren zusammenwirken und bereits vorhandene Sicherheitsrisiken weiter verstärken und verschlimmern.[1] Die Diskussion über Klimasicherheit hat bereits vor einigen Jahrzehnten begonnen, wobei sie sich zunächst auf die Klimaauswirkungen auf militärische Infrastruktur und Einsatzbereitschaft konzentrierte. Inzwischen hat sich diese Diskussion ausgeweitet und umfasst nun systemische, sich gegenseitig verstärkende Risiken des Klimawandels in sämtlichen Aspekten der internationalen Sicherheit.

Diese Risikokomplexe potenzieren sich auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene. Auf nationaler Ebene können Klimarisiken – abgesehen von der direkten Bedrohung von Leben und Existenzgrundlagen durch starke Stürme, Hitze, Dürren und Überschwemmungen – bereits überforderte Regierungen oder konfliktanfällige Staaten vor Herausforderungen stellen und zu Instabilität und Gewalt führen. In den meisten Regionen bestehen größte Sicherheitsrisiken dann, wenn es zu Überschneidungen zwischen den Auswirkungen des Klimawandels und anderen negativen Entwicklungen kommt. Dr. Josh Busby nennt einen Mangel an staatlichen Kapazitäten, eine ausgrenzende Regierungsführung oder das Ausbleiben internationaler Hilfen als Faktoren, die die Klimasicherheitsrisiken erhöhen. Es überrascht nicht, dass Staaten, die ohnehin schon wenig widerstandsfähig sind, sich noch viel anfälliger für diese Risiken zeigen.[2] Nehmen Sie Südafrika als Beispiel. Im April 2022 führten extreme Regenfälle in Teilen des Landes zu Überschwemmungen, bei denen mehr als 400 Menschen ums Leben kamen und Sachwerte im Wert von über 1 Milliarde Dollar zerstört wurden. Eine „Rapid Attribution"-Studie ergab, dass der Klimawandel Regenfälle verstärkt und die Wahrscheinlichkeit verdoppelt hat, dass sie auftreten.[3] Unter den Todesopfern dieser extremen Regenfälle waren viele Menschen, die bereits gefährdet waren und aufgrund von Wohnungsnot und den Langzeitfolgen der Apartheidpolitik in informellen Siedlungen lebten.[4] Wie viele andere Länder, die in den letzten Jahren mit noch nie da gewesenen Klimagefahren konfrontiert waren, setzte auch die südafrikanische Regierung das Militär für die Aufräumarbeiten und unmittelbare Hilfeleistungen ein. Dies ist oft eine der wenigen Institutionen in Entwicklungsländern, die in der Lage sind, auf solche Katastrophen zu reagieren. Der Einsatz von Soldaten sowie die Sorge um mangelnden Zugang zu Wasser und Energie nach den Überschwemmungen führten teilweise zu gewalttätigen Protesten. Dies verdeutlicht einmal mehr das Risiko interner Instabilität, die in diesem Beispiel durch das Zusammentreffen der Klimagefahr mit den Herausforderungen der südafrikanischen Staatsführung entsteht.

Südafrika ist nicht das einzige Land, das mit klimabedingten Überschwemmungen zu kämpfen hat. Wissenschaftlichen Schätzungen zufolge ist bei einer Erwärmung um 2 Grad Celsius gegenüber den vorindustriellen Temperaturen weltweit mit einem Anstieg der extremen Niederschläge um 37 Prozent zu rechnen. Im Jahr 2021 hat der Nationale Geheimdienstrat der USA in seiner National Intelligence Estimate (NIE) elf Länder ermittelt, deren Lage unter dem Gesichtspunkt der Klimasicherheit besonders besorgniserregend ist. Der Rat stellte fest, dass es ihnen allen in den Bereichen Governance und Finanzen an der Fähigkeit zur Bewältigung von Klimarisiken mangele. Neben Südafrika umfasst die Liste außerdem Afghanistan, Myanmar, Kolumbien, Guatemala, Honduras, Indien, Irak, Nicaragua, Nordkorea und Pakistan. Die NIE identifizierte auch zwei regionale „Problemzonen": Zentralafrika und die pazifischen Inseln.[5]

Ausgehend von Prognosen zum Klimawandel für die nächsten 10 bis 20 Jahre wird die Bewältigung von Klimarisiken Regierungen vor immer größere Herausforderungen stellen. Die staatlichen Kapazitäten, die für die Bewältigung heutiger Überschwemmungen oder Brände erforderlich sind, werden mit Sicherheit nicht ausreichen, um Überschwemmungen oder Brände in den kommenden 10 bis 20 Jahren zu bewältigen. Anstatt wie üblich das letzte Jahrzehnt als das wärmste der letzten 100 Jahre zu bezeichnen, werden Regierungen das letzte Jahrzehnt als das kühlste der nächsten 100 Jahre betrachten müssen, um diesen Risiken einen Schritt voraus zu sein. Regierungen werden aufhören müssen, aus der Vergangenheit heraus zu planen. Stattdessen werden sie Vorhersagefähigkeiten nutzen müssen, um für eine „neue Normalität" gewappnet zu sein.

Zwei zentrale Risiken zeigen, wie wichtig es ist, die „neue Normalität" zu verstehen, die der Klimawandel schaffen wird: erzwungene Migration und Ernährungssicherheit. Sie wirken sich auf die Sicherheitsdynamik sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene aus. Beide sind ein Beispiel für die Komplexität von Klimasicherheitsrisiken. Was die Klimamigration betrifft, so wurde im aktualisierten Groundswell-Bericht der Weltbank festgestellt, dass der Klimawandel bis 2050 216 Millionen Menschen dazu zwingen könnte, innerhalb ihrer Länder umzuziehen, und zwar in den Regionen Afrika südlich der Sahara, Ostasien und Pazifik, Südasien, Nordafrika, Lateinamerika sowie in Osteuropa und Zentralasien.[6] Natürlich sind die Auswirkungen des Klimawandels nur eine von vielen Ursachen von Migration, und die Muster variieren, je nachdem ob es sich bei den Klimaauswirkungen um akute Gefahren (z. B. Taifune oder Überschwemmungen) oder um langsam einsetzende Gefahren (z. B. Wüstenbildung oder Versalzung von Flusseinzugsgebieten) handelt. Innerhalb von Staaten kann eine solche Migration zu zunehmenden internen Spannungen zwischen Bauern und Hirten führen, wenn sich die Migrationsmuster z. B. aufgrund von Dürren oder einer stärkeren Belastung der bereits überlasteten städtischen Zentren ändern.

Die Ernährungssicherheit steht in engem Zusammenhang mit Migration, da der fehlende Zugang zu Nahrungsmitteln Menschen dazu veranlassen kann, ihre Heimat zu verlassen. Bereits vor dem Krieg in der Ukraine nahm die Ernährungsunsicherheit aufgrund des Klimawandels, von Konflikten und der Coronapandemie zu. Jetzt, da die Ausfuhren von Weizen und Düngemitteln aus der Ukraine und Russland aufgrund des Krieges stark zurückgegangen sind, sind die Lebensmittelpreise auf ein Rekordhoch gestiegen. Die Probleme haben sich weiter verschärft, da die Weizenernte in China in diesem Jahr nur mäßig war, die Rekordtemperaturen in Indien die dortige Ernte beeinträchtigten und die Ernten in den USA und in Ostafrika durch Dürre geringer ausfielen.[7] Insgesamt ist das globale Ernährungssystem stark belastet. Das International Panel of Experts on Sustainable Food Systems (das Internationale Expertengremium für nachhaltige Ernährungssysteme/IPES) befürchtet, dass die Welt in eine Ära anhaltend hoher Lebensmittelpreise oder „endemischer und weitverbreiteter" Risiken für die globale Ernährungssicherheit eintritt.[8] Das Intergovernmental Panel on Climate Change (die zwischenstaatliche Sachverständigengruppe für Klimaänderungen, IPCC) schätzt, dass in den kommenden Jahren Millionen von Menschen wegen der steigenden Temperaturen von Hunger bedroht sein werden.

Der Klimawandel, und das ist keine Übertreibung, gestaltet die geopolitische Landschaft komplett um – das Eis in der Arktis schmilzt, Inselstaaten im Pazifik verschwinden, und Teile der Welt werden unbewohnbar sein. Seit Anfang 2022 kristallisieren sich zwei Entwicklungen heraus, die die mit dem Klimawandel verbundenen geopolitischen Sicherheitsrisiken verdeutlichen. Die erste Entwicklung, die verheerende Auswirkungen auf gleich mehrere Dimensionen der Sicherheitspolitik hatte, war die russische Invasion in der Ukraine im Februar 2022. In den darauffolgenden Wochen verstärkten die europäischen und westlichen Regierungen überhaupt ihr Engagement für eine saubere Energiewende. Denn sie erkannten, dass die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen nicht nur langfristige Sicherheitsrisiken aufgrund der Erderwärmung mit sich bringt, sondern auch kurzfristig die Macht von Gas-Diktatoren wie Putin erhöht. Die harte Realität ist jedoch, dass viele Länder auch kurzfristige politische Bedenken hinsichtlich der hohen Energiepreise haben und versucht sein könnten, russisches Öl und Gas einfach durch fossile Brennstoffe aus anderen Ländern zu ersetzen. Die Öl- und Gasunternehmen machen Druck, im Namen der „Energiesicherheit" diesen Weg einzuschlagen. Eine der größten Unsicherheiten ist im Moment also, ob die Welt die Gelegenheit ergreift, die sicherheitsrelevanten Vorteile einer raschen Umstellung auf saubere Energie zu nutzen, oder ob sie aus Furcht vor kurzfristigen politischen Konsequenzen zögert.

Die zweite besorgniserregende Entwicklung war die Ankündigung eines neuen fünfjährigen Sicherheitsabkommens zwischen China und den Salomon-Inseln im April 2022. Auf den ersten Blick ist der Zusammenhang dieses Abkommens mit dem Klima nicht sofort ersichtlich. Doch zur gleichen Zeit, als die USA und Australien sich besorgt über die Ankündigung äußerten, erinnerten mehrere Staats- und Regierungschefs der pazifischen Inseln die westlichen Mächte daran, dass die existenziellen Risiken des Klimawandels für sie sicherheitspolitisch an erster Stelle stünden und nicht der geopolitische Wettbewerb mit China. In einer Erklärung der Pacific Elders Voice vom Mai 2022 zur Klimasicherheit heißt es, dass der Klimawandel die größte Sicherheitsbedrohung für den Pazifikraum darstelle. „Wir sind besorgt darüber, dass die Großmächte, darunter die USA, Japan und Australien, Strategien und Politiken für den ‚Indopazifik' entwickeln, ohne sich dabei im Mindesten mit den pazifischen Inselstaaten zu beraten."[9] Oder, wie Wesley Morgan es in Bezug auf Australien noch direkter ausdrückte: „Wir wollen der bevorzugte Sicherheitspartner für den Pazifikraum sein. Aber wenn die pazifischen Staatenlenker uns sagen, dass ihre größte Sicherheitsbedrohung der Klimawandel sei, dann ignorieren wir sie."[10]

Es gibt auch eine Reihe anderer zwischenstaatlicher Sicherheitsrisiken im Zusammenhang mit dem Klimawandel, so zum Beispiel Flussgebiete, die von verschiedenen Ländern geteilt werden. Besonders konfliktträchtig wird es, wenn diese Länder bereits miteinander konkurrieren, wie dies beim Becken von Brahmaputra (China–Indien) oder beim Indus-Becken (China–Indien–Pakistan) der Fall ist. In einer Studie des Council on Strategic Risks und des Woodwell Climate Research Center aus dem Jahr 2021 heißt es: „Im Brahmaputra-Becken wird der Klimawandel das Risiko von Überschwemmungen flussabwärts während der Monsunzeit, insbesondere im Juli und September, erhöhen, was in Indien den Eindruck erwecken könnte, dass China das Wasser manipuliert. Chinas mangelnde Transparenz bei seinen Staudammprojekten an grenzüberschreitenden Flüssen und das starke Misstrauen zwischen diesen beiden Rivalen schaffen zusätzliche Risiken, dass es zu Fehleinschätzungen und damit einhergehenden Sicherheitsspannungen kommt.“[11]

Die Arktis ist ein weiteres geografisches Gebiet, in dem ein hohes Maß an Misstrauen, ein Mangel an Sicherheitskoordinierung und Kommunikationsmechanismen sowie zunehmende kommerzielle und militärische Aktivitäten auf zunehmend gefährlichere Weise auf Probleme des Klimawandels treffen. Die Aussetzung des Arktischen Rates als Reaktion auf die russische Invasion in der Ukraine ist zwar ein verständlicher Schritt, hat die ohnehin schon schwierige Situation aber weiter verkompliziert. Das arktische Meereis ist um 40 Prozent geschrumpft, seit Satelliten in den 1970er Jahren mit der Messung begannen, und bei einem Temperaturanstieg von 2 Grad Celsius ist in der Region mindestens ein eisfreier Sommer pro Jahrzehnt zu erwarten. In dem Maße, in dem die reichen Bodenschätze und fossilen Brennstoffe der Region leichter zugänglich und die Seewege einfacher befahrbar werden, versuchen verschiedene Länder zunehmend, sich eine starke Position in der Region zu sichern. Das Risiko von Unfällen oder Missverständnissen wächst. Ein Bericht des Center for Climate and Security aus dem Jahr 2021 stellt fest, dass die arktische Inselgruppe Svalbard ein Beispiel für die Klimasicherheitsdynamik des hohen Nordens sei: „Das Interesse an Zugang zum und Kontrolle des Hafens, auch durch Russland und China, führt zu mehr kommerziellen Aktivitäten rund um die Insel sowie zu aggressiverem militärischem und diplomatischem Auftreten.“[12]

Angesichts dieser Dynamik wird deutlich, dass für die internationale Sicherheit ein neuer Ansatz erforderlich ist. Welche Möglichkeiten gibt es für die USA und die Europäische Union, an einem gemeinsamen Ansatz zu arbeiten? Erstens müssen sie dafür sorgen, dass ihre Institutionen „fit for purpose“, also handlungsfähig und betriebsbereit sind, um die in diesem Papier skizzierten Risiken zu bewältigen, und – was noch wichtiger ist – ihnen immer einige Schritte voraus sind. Es gilt also, Silodenken aufzubrechen und dafür zu sorgen, dass von nun an in allen Strategien und Abteilungen eine Klimaperspektive integriert wird.

In den vorläufigen strategischen Leitlinien für die nationale Sicherheit der Biden-Regierung und im Strategischen Kompass der EU wird die Bedeutung des Klimawandels als außen- und sicherheitspolitisches Thema hervorgehoben. Bei der Umsetzung dieser Strategien können und sollten sich sowohl die USA als auch die EU regelmäßig abstimmen und Erfahrungen austauschen. Darüber hinaus ist die transatlantische Zusammenarbeit in Fragen der Klimaanpassungsfinanzierung von entscheidender Bedeutung. Dazu gehört der Aufruf auf der COP26 in Glasgow, die kollektive Bereitstellung von Anpassungsmitteln gegenüber 2019 bis 2025 mindestens zu verdoppeln. Eine solide Anpassungsfinanzierung für die am stärksten gefährdeten Länder kann dazu beitragen, das Risiko von Instabilität und Konflikten in den oben erwähnten fragilen Staaten zu minimieren. Außerdem müssen die EU und Washington ihre enge Zusammenarbeit bei der Beschleunigung der Energiewende angesichts des Krieges in der Ukraine fortsetzen. Die Ende März eingerichtete US-EU-Taskforce für Energiesicherheit ist ein guter Anfang, und die Staats- und Regierungschefs müssen sicherstellen, dass ihre Bemühungen zur kurzfristigen Sicherung der LNG-Versorgung nicht die Arbeit an sauberer Energie verdrängen.

Da der Klimawandel zu größerer Unsicherheit und größeren Risiken in der gesamten nationalen Sicherheitslandschaft beiträgt, öffnet er zugleich auch die Tür für innovative Kooperationen und Partnerschaften über den Atlantik hinweg, um sich gemeinsam auf die in diesem Essay beschriebenen Risiken vorzubereiten und sie zu vermeiden. Dies ist möglich, wenn die politischen Entscheidungsträger bereit sind, die Problemlage genau zu beobachten und entsprechend zu handeln.

1 Morgan Bazilian, Cullen Hendrix, “An age of actorless threats: rethinking national security in light of COVID and climate,” Just Security, October 23, 2020

2 Josh Busby, “States and nature: the effects of climate change on security,” Cambridge University Press, March 2022

3 Izidine Pinto, Mariam Zachariah, Piotr Wolski et al., “Climate change exacerbated rainfall causing devastating flooding in Eastern South Africa,” World Weather Attribution, May 13, 2022

4 Lynsey Chutel, “The deadly flooding in South Africa exposes a housing crisis,” New York Times, April 19, 2022

5 U. S. National Intelligence Council, “Climate change and international responses increasing challenges to U. S. national security through 2040,” National Intelligence Estimate, 2021

6 Viviane Clement, Kanta Kumari Rigaud, Alex de Sherbinin et al., “Groundswell part 2: acting on internal climate migration,” World Bank, Washington, D. C., 2021

7 Keith Bradsher, “War and weather sent food prices soaring. Now, China’s harvest is uncertain,” New York Times, May 11, 2022

8 IPES-Food, “Another perfect storm?” May 2022, https://www.ipes-food.org/_img/upload/files/AnotherPerfectStorm.pdf

9 Pacific Elders Voice, “Statement on climate security,” Pacifica EnviroNews, May 2, 2022, https://pasifika.news/2022/05/pacific-elders-voice-statement-on-climate-security/

10 Nick O’Malley, Natassia Chyrsanthos, “Pacific community pleads for Australian climate action amid regional tension,” Sydney Morning Herald, May 1, 2022

11 Sarang Shidore, Alexandra Negelge, Natalie Baillargeon et al., “Melting mountains, mounting tensions,” Council on Strategic Risks and Woodwell Climate Research Center, May 21, 2021

12 Sherri Goodman, Kate Guy, Marisol Maddox (CCS) et al., Francesco Femia, Erin Sikorsky (CCS) Editors, “Climate change and security in the Arctic,” A product of The Center for Climate and Security (CCS), an institute of the Council on Strategic Risks (CSR), and The Norwegian Institute of International Affairs (NUPI), January 2021

[DE]

Mit den besten Empfehlungen. Wie ich das Glück hatte, an der ersten Young Leaders-Konferenz der Atlantik-Brücke teilzunehmen.

Dr. Hans-Gert Pöttering

war von 1979 bis 2014 Mitglied des Europäischen Parlaments und dessen Präsident von 2007 bis 2009. Er ist Beauftragter für Europäische Angelegenheiten der Konrad-Adenauer-Stiftung. Er ist Young Leaders-Alumnus des Jahres 1973.

was a Member of the European Parliament from 1979 to 2014 and its President from 2007 to 2009. He is the Representative for European Affairs of the Konrad Adenauer Foundation. He is a 1973 Young Leaders Alumnus.

Die erste Young Leaders-Konferenz 1973 in Hamburg war eine ganz besondere Erfahrung. Zum einen natürlich die Teilnahme an sich, zum anderen aber, wie sie ermöglicht wurde. Ich hätte kaum eine Chance gehabt, von deutscher Seite vorgeschlagen zu werden. Hatte ich doch gerade erst das erste Juraexamen absolviert und keinerlei Verbindung zur Atlantik-Brücke. Vorgeschlagen wurde ich von amerikanischer Seite, von Christopher Emmet, dem geschäftsführenden Vorsitzenden des American Council on Germany in New York.

Und das kam so: Im Sommer 1971 forschte ich in der Butler Library der Columbia University für meine Doktorarbeit in politischer Wissenschaft, die sich mit den deutsch-amerikanischen Beziehungen während der Zeit Konrad Adenauers befasste. Karl Theodor zu Guttenberg, Staatssekretär bei Bundeskanzler Kiesinger, hatte mir ein Empfehlungsschreiben an Christopher Emmet mit auf den Weg über den Atlantik gegeben. So traf ich mich häufiger mit Emmet und seiner ebenso unvergesslichen Mitarbeiterin Sarah Ann Fagin in der von Büchern überquellenden Universitätsbibliothek. Christopher Emmets Empfehlung, dass ich geeignet sei, an der ersten Young Leaders-Konferenz teilzunehmen, konnte die Atlantik-Brücke natürlich nicht ignorieren.

Mit Freude erinnere ich mich noch an einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer, sowohl auf amerikanischer als auch auf deutscher Seite. Mit einem der Young Leaders sollte ich später politisch vertrauensvoll zusammenarbeiten: mit Georg Jarzembowski aus Hamburg. Wir wurden 1991 Kollegen im Europäischen Parlament – dem ich von 1979 bis 2014 angehörte – und blieben es bis zu seinem Ausscheiden 2009. Georg Jarzembowski wurde einer meiner besten politischen Freunde.

An die einzelnen Themen der ersten Young Leaders-Konferenz kann ich mich nicht mehr erinnern, aber daran, dass uns alle das Bewusstsein für die große Bedeutung der deutsch-

amerikanischen und europäisch-amerikanischen Beziehungen verband. An dieser Bedeutung hat sich bis heute nichts geändert.

Die zweite Konferenz 1975 in Racine, Wisconsin, hat dieses Bewusstsein für mich weiter vertieft.

Was bleibt und unser Auftrag für die Zukunft ist: Behalten wir die USA an unserer Seite! Aber sollte „Amerika“ einen anderen Weg gehen, müssen wir vorbereitet sein. Die Europäische Union muss sich zu einer wirklichen Verteidigungsunion weiterentwickeln. Dafür hat Deutschland eine besondere Verantwortung. Wir Europäer können nicht erwarten, dass die Vereinigten Staaten für alle Zeit unsere Sicherheit garantieren.

[US] **With the Very Best Recommendations.**
How I was lucky enough to attend Atlantik-Brücke's first Young Leaders Conference.

The first Young Leaders Conference in Hamburg in 1973 was a very special experience. On the one hand, of course, I mean my participation in itself, but on the other, the way in which it was made possible. I would hardly have had a chance of being nominated by the German side. I had just completed my first law exam and had no connection whatsoever with Atlantik-Brücke. In fact, I was nominated from the American side by Christopher Emmet—the executive chairman of the American Council on Germany in New York.

And this is how it came about: in the summer of 1971, I did some research in the Butler Library of Columbia University for my doctoral thesis in political science, which dealt with German–American relations during the time of Konrad Adenauer. I took with me a letter of recommendation from Karl Theodor zu Guttenberg, Secretary of State to Federal Chancellor Kiesinger, to give to Christopher Emmet on the other side of the Atlantic. Later, I met often with Emmet and his equally

unforgettable collegue Sarah Ann Fagin at the university library, which was absolutely overflowing with books. And of course, Atlantik-Brücke could hardly ignore Christopher Emmet's recommendation that I would be suitable to take part in the first Young Leaders Conference.

I still have happy memories of some of the participants, both American and German. Later, I was to work with one of the Young Leaders in a spirit of political trust: Georg Jarzembowski from Hamburg. We became colleagues in 1991 in the European Parliament—of which I was a member from 1979 to 2014—and we remained so until he left in 2009. Georg Jarzembowski became one of my closest political friends.

I do not remember the individual topics of the first Young Leaders Conference, but I do recall that we were all aware of the immense importance of German–American and European–American relations—an importance that has not changed to this day.

The second conference in 1975 in Racine, Wisconsin, deepened this awareness for me.

What remains and constitutes our mission for the future is: let's keep the United States on our side! However, should "America" take a different path, we need to be prepared. The European Union must develop into a true defense union. Germany has a special responsibility regarding this. We Europeans cannot expect the United States to guarantee our security forever.

The Gateway to the World

Why the Hanseatic city of Hamburg was key to the founding of Atlantik-Brücke in post-war Germany.

Volker Berghahn

Warum im Nachkriegsdeutschland die Hansestadt Hamburg so entscheidend für die Gründung der Atlantik-Brücke war.

Das Tor zur Welt

[US] The founding of Atlantik-Brücke in the Hanseatic City of Hamburg in 1952 by a group of prominent protagonists of close transatlantic cooperation marked a major step in the reintegration of West Germany into the Western community of nations. The initiators of this association included Eric Warburg, the well-known banker, who returned from his U. S. exile and was involved in the interrogation of Hitler's former "Reichsmarschall" Hermann Göring, who was being tried at the Nuremberg Tribunal of Major War Criminals. At the same time, Warburg was among the early advocates of reconciliation with the Germans. There were also journalists such as Marion Countess Dönhoff and Ernst Friedlaender, who, like Warburg, had survived the Nazi regime in exile. Another important group were Hamburg businessmen, such as Hans Karl von Borries and Erik Blumenfeld. The latter survived the Auschwitz and Buchenwald camps under the most horrifying circumstances until he was able to escape and kept in hiding until the end of the war by Gerd Bucerius, a Hamburg lawyer and later publisher of *Die Zeit*. These founders were joined by Gotthard von Falkenhausen, a banker from Essen, and Albert Schäfer, the Generaldirektor of the Phoenix Rubber Corporation in the borough of Hamburg-Harburg, just south of the Elbe River. Like so many German businessmen, he had collaborated with the Nazi regime, producing essential war goods and also employing slave labor until 1945, before he too began working to rebuild a post-Hitler Germany.

Accordingly, the beginnings of the Atlantik-Brücke cannot be understood without an examination of the development of Hamburg's history between 1945 and 1952, after the city had suffered heavily from Allied bombing of its port facilities and working-class districts such as Hammerbrook. The early months of 1945 also saw the return of scores of families who had been evacuated, as well as refugees from the East who had been trying to escape the advance of the Soviet Army. Schäfer's actions in the final days of the war provide a good starting point, as this leads directly back to the important role that this businessman played in the city in the spring of 1945. He knew how badly Hamburg had been devastated by Allied air raids. Hitler had ordered that Hamburg be defended down to the last bullet against the superior British forces that had been moving forward to the northeast through Lower Saxony. Schäfer's deputy, Otto A. Friedrich, wrote in his diary on April 29, the day before Hitler committed suicide, that the British encountered persistent artillery bombardment outside Hamburg by the fanatical Hitler Youth SS Division. It was in this crisis that Schäfer, worried about both the millions of civilians and refugees and the further destruction of his Phoenix Works, joined a delegation of citizens to arrange for Hamburg-Harburg to be declared an Open City, to avoid massive bloodshed. Gauleiter Karl Kaufmann finally agreed to disobey Hitler's orders, and the city surrendered without further violence.

Once this had been achieved, the initial occupation by the British forces was harsh, not only because the soldiers had been told of, or even experienced, the brutal

warfare of Wehrmacht and Waffen-SS units and the liberation of concentration camps, such as Bergen-Belsen, but also because the Allied High Command had issued strict non-fraternization orders. But it proved difficult to maintain these decrees when children began to approach British soldiers begging for a piece of chocolate, or when merchants were offering their cooperation to the British military administrators who, under international law, were not only responsible for maintaining law and order, but also for feeding the population. Many of these Hamburg businessmen spoke good English, were traditional Anglophiles, and had many prewar ties with British business partners. After all, Hamburg was known to be the "most English city" of Germany.

The American Morgenthau Plan, which envisaged a punitive treatment of the Germans, had not been particularly popular with the U.S. War and State Departments or in London where Clement Attlee had taken charge of a Labour government in 1945. There were many voices who favored cooperation with Hamburg's elites, not least to help reduce the high costs of the occupation. Trade unions, formerly suppressed by the Nazis, were allowed to organize again, and politicians of the pre-1933 Weimar Republic returned from exile or emerged from the anti-Nazi underground. Politicians obtained Allied licenses and were encouraged to rebuild political parties from the bottom up. Slowly, economic, political, and even cultural life began to revive.

The British military authorities supported these efforts, and it did not take long for a local building to be turned into a cultural center where citizens could go to warm up and read German and English-language newspapers and books. Named "Die Brücke," similar centers also appeared in the American and French Zones. No less important, they organized lectures on international topics, as well as slide shows. The aim was to introduce their German audiences to the ideas and practices of democratic-representative politics that the Germans had supposedly "unlearned" during the Hitler dictatorship. The younger generation and the educational system were among the targets of these efforts. Also, high school students were encouraged to practice the principles of democratic self-government by means of a British "prefect" system.

With the reemergence of political life and a parliamentary-democratic system of local government, by 1946/47 a range of newspapers also began to appear. Berlin, having become an island inside the Soviet zone of occupation, had lost its former importance as the media metropolis of the Weimar Republic and was replaced in North Germany by the Hanseatic city in which such influential dailies as *Die Welt*, *Hamburger Abendblatt*, and *Hamburger Morgenpost* began to appear, complemented by weeklies such as *Der Spiegel* and *Die Zeit* and a major radio station, *Nordwestdeutscher Rundfunk*.

Although Hamburg tried hard to present itself to the British as a haven of cosmopolitanism, tolerance, and liberalism, the media reflected a more diverse

landscape fragmented by political and ideological differences. Being a major port city, it continued to have a working class whose loyalties lay with either the Social Democrats or the Communists, both of whom espoused quite radical political programs involving a socialization of industry and banking. Similar to the Weimar years, such programs were bound to frighten Hamburg's educated bourgeoisie and its commercial elites, whose erstwhile power and influence had been weakened but by no means destroyed. Axel Springer's *Hamburger Abendblatt* in particular appealed to a more conservative local readership, while his *Die Welt*, taking the London *Times* as its model, was more outward-looking. Meanwhile *Der Spiegel*, originally published in Hannover under its founder Rudolf Augstein, cast itself as a critical, leftist voice. Finally, there was *Die Zeit* with its two key editors, Marion Dönhoff and Ernst Friedlaender, both of them being liberal-conservatives in the late 1940s.

Finally, with religion having seen a strong revival throughout the Western zones of occupation, it is significant that in Hamburg and the North it was the revival of Protestantism that was also reflected in the media, whereas Catholicism became a powerful force in the Rhineland and in Bavaria, with Baden-Württemberg again being more Protestant. Initially, most of the population, and the media as well, were critical of Allied denazification policies and the dismantling and deconcentration of the big German corporations and banks. As survey after survey of West German public opinion showed, popular opposition to these measures was strong. Problematic were also nostalgic popular attitudes toward the Hitler dictatorship that demonstrated to the occupation authorities that the establishment of a stable democratic political system would take time. Dönhoff, having lost several relatives and friends who had been involved in the failed coup of July 20, 1944 and were subsequently executed, was so appalled by fellow citizens who, perpetuating Nazi propaganda, considered the resisters as traitors, that she began a campaign for the recognition that there had existed "Another Germany" before 1945. Writing and commissioning articles in *Die Zeit* over the years on the anniversary of July 1944, she eventually succeeded, and attitudes toward the anti-Nazi resistance slowly changed. After 1954, July 20 was commemorated annually.

However, these shifts in West German elite and popular opinion must be seen in the broader context of changes in the relations between the wartime Allies. The growing conflict between Stalin's Soviet Bloc and the West triggered the assertion of the United States in Europe. Washington now insisted that Britain and France's punitive policies toward a defeated Germany had to be replaced by a strategy that reintegrated the Germans into the Western community of nations and that the economic potential of West Germany's industry be deployed for the revival of the whole of Western and Southern Europe in the face of a perceived Soviet threat.

So, while "Die Brücke" continued with its cultural programs and relations between British representatives and the political and commercial elites in the

city and elsewhere in West Germany became warmer, the inter-Allied balance of power and influence tilted more firmly toward the United States—in the face of the confrontation with the Soviets—now very clearly the emergent hegemonic power of the West in political-military, economic, and cultural terms. A first indication of this shift was a speech given by U.S. Secretary of State James Byrnes in Stuttgart in September 1946, which raised German hopes that the punitive phase of Allied occupation policy would be wound down. It was followed in June 1947 by the announcement of George C. Marshall, in his speech at Harvard University, of a massive plan of American economic aid to help with the reconstruction of the whole of Western Europe. The crucial point was that West Germany was included in this plan, and this in turn must be seen in the context of a learning process that American political and economic elites underwent, which dated back as far as 1919/20, with bankers having played an important role.

It was during these years that bankers from New York's Wall Street and Washington were conscious of the growth of American economic power, and seeing the economies of Europe, especially those in Belgium and the north of France, become devastated and depleted during World War I, they recognized that a huge reconstruction loan needed to be floated. The money was in principle available, but the bankers—though inspired by Frank A. Vanderlip, the recently retired CEO of National City Bank—were understandably worried that they stood to lose a lot of money if the scheme failed. Therefore, they went to Capitol Hill in Washington, hoping to persuade members of Congress to underwrite the loan with taxpayers' money. However, large regions of the country, especially in the Midwest, were in an isolationist mood and Vanderlip failed. Too weak to find funds for reconstruction at home, European recovery was very slow. In the mid-1920s, American private industry and banks, enjoying a consumer boom back home, attempted to uplift the European economies through risky loans. But they ultimately merely contributed to the Great Crash of 1929. Germany was hit particularly badly by the Depression and turned to National Socialism. Its leader Adolf Hitler not only tried to overthrow the Paris peace settlement of 1919, but he was also preparing the country for another war that was supposed to conquer "living space" in the East for the Germans and destroy the Soviet Union in a war of looting and mass murder, in which millions of civilians were killed after 1939.

After the Japanese attack on Pearl Harbor in 1941 and Hitler's declaration of war against Washington, the United States became involved in another world war, and by 1942/43 it became clear that Nazi Germany, Fascist Italy, and expansionist Japan would sooner or later be defeated. Accordingly, deliberations began in Washington on the shaping of the postwar world. Younger politicians and intellectuals, such as John Foster Dulles, who had participated in the Paris peace conferences in 1919, became convinced that after 1945 American strategy would have to change. This time the country would need to offer the Western

Europeans a massive reconstruction program, backed by public funds and hence the American taxpayer. Once this program had been launched, the expectation was that American private investments would also flow into Europe. After all, if Washington was prepared to take the risk, American corporations were all the more prepared to join in by investing in European companies that desperately needed modernization of their production facilities and marketing capacities.

Albert Schäfer's Phoenix in Hamburg-Harburg was among the first West German companies to sign an agreement with Firestone of Ohio, negotiated by Otto A. Friedrich, the brother of the well-known Harvard political scientist Carl Joachim Friedrich. Carl Joachim not only acted as an adviser to the American occupation authorities, once the path had been cleared for the ratification of a constitution for the Federal Republic of Germany, the Basic Law (*Grundgesetz*), but also mediated for Otto many useful contacts in Washington and elsewhere as the latter began to travel across the Atlantic to obtain American technological, commercial, and political support. Just as significantly, on his return to West Germany, Otto explained to his colleagues how American competitive capitalism worked and why the traditional German system of industrial organization in cartels and syndicates had to be transformed into a market economy that was not opposed to oligopolistic competition. This was the new path for West German industry to join the Open Door multilateral world economy that Washington wanted to build after 1945.

However much West Germany profited from the realization of both the Marshall Plan and the 1950s "economic miracle" that the American postwar strategy facilitated, the founding of Atlantik-Brücke in 1952 must also be seen in a wider context; it was also about the creation of a *value-based* cooperation between elites across the Atlantic. Its work was based on its protagonists' conviction that strong moral and ethical foundations had to be established. After all, the Nazis had not only unleashed a world war and murdered millions of innocent people but had also destroyed all societal norms. Together with other associations, Atlantik-Brücke was therefore also designed to foster this particular kind of bond between Western Europe and the United States and to practice these values.

Prof. Dr. Volker Berghahn

ist Seth Low Emeritus Professor of History an der Columbia University. Seine Forschungsschwerpunkte sind moderne deutsche Geschichte und die europäisch-amerikanischen Beziehungen.

is Seth Low Emeritus Professor of History at Columbia University. His research focuses on modern German history and European-American relations.

[DE] Das Tor zur Welt

Die Atlantik-Brücke wurde 1952 in der Hansestadt Hamburg von einem Kreis prominenter Befürworter einer engen transatlantischen Zusammenarbeit gegründet und bedeutete einen wichtigen Schritt in den Bemühungen, die Bundesrepublik wieder in die westliche Völkergemeinschaft zu integrieren. Unter den Initiatoren dieser Vereinigung befand sich der renommierte Bankier Eric Warburg, der den Zweiten Weltkrieg im Exil in den USA überlebt hatte. War er zuerst noch zurückgekehrt, um den im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess angeklagten einstigen „Reichsmarschall" Hermann Göring zu verhören, so gehörte er schon früh zu denen, die für eine versöhnliche Behandlung der Westdeutschen eintraten. In diesem Kreis engagierten sich auch zwei Journalisten: Marion Gräfin Dönhoff sowie Ernst Friedlaender, der wie Warburg das Hitlerregime im Exil überlebt hatte. Hamburger Geschäftsleute stellten eine weitere wichtige Gruppe unter den Gründungsmitgliedern dar, so auch Hans Karl von Borries und Erik Blumenfeld. Letzterer hatte unter den schrecklichsten Umständen zuerst das Vernichtungslager Auschwitz und anschließend das Konzentrationslager Buchenwald überlebt, bis ihm von dort die Flucht gelang und er bis zum Ende des Krieges von dem Hamburger Rechtsanwalt Gerd Bucerius, dem späteren Verleger der Wochenzeitung *Die Zeit*, versteckt gehalten wurde. Diesen Initiatoren schlossen sich schließlich noch der Essener Bankier Gotthard von Falkenhausen und Albert Schäfer, der Generaldirektor der Phoenix-Gummiwerke AG in Hamburg-Harburg, an. Wie viele andere Unternehmer hatte Letzterer bis 1945 kriegswichtiges Material geliefert und auch Zwangsarbeiter beschäftigt, bevor er sich verpflichtete, das Land nach der Niederlage des Dritten Reiches wiederaufzubauen.

Das Engagement dieser Männer und Frauen weist darauf hin, dass die Ursprünge der Atlantik-Brücke nicht ohne eine Darstellung der Geschichte Hamburgs zwischen 1945 und 1952 verstanden werden können. Die Hansestadt, gerade auch die Hafenanlagen und Arbeiterviertel wie Hammerbrook, hatten bis zum Kriegsende schwer unter den Luftangriffen der Alliierten gelitten. In den ersten Monaten des Jahres 1945 kehrten außerdem zahllose evakuierte Familien nach Hamburg zurück und viele Flüchtlinge und Vertriebene aus dem Osten, die vor den Sowjettruppen gen Westen geflohen waren, erreichten die Stadt. Schäfers Entscheidungen und Handlungen zu dieser Zeit bieten einen guten Ansatzpunkt, um die Entwicklung nachzuvollziehen, und zeigen, welch wichtige Rolle der Geschäftsmann im Frühjahr 1945 in Hamburg spielte. Schäfer wusste, wie groß die Zerstörungen durch den Bombenkrieg bereits waren und dass Hitler befohlen hatte, die Stadt bis zur letzten Patrone gegen die britischen Streitkräfte zu verteidigen, die sich in nordöstlicher Richtung durch Niedersachsen vorgekämpft hatten. Wie Otto Friedrich, Schäfers Kollege im Vorstand der Phoenix AG, in seinen Tagebuchnotizen am 29. April 1945, dem Tag vor Hitlers Selbstmord, vermerkte, stießen die britischen Einheiten südlich der Hansestadt auf den hartnäckigen Widerstand der fanatischen SS-Division „Hitlerjugend". In dieser Situation schloss sich Schäfer – ebenso in Sorge um die Einwohner der Millionenstadt mit ihren Flüchtlingen wie wegen weiterer Zerstörungen Harburgs und der Phoenix-Werke – einer Delegation von Mitbürgern an, um mit den Engländern die kampflose Übergabe von Hamburg-Harburg zu vereinbaren und so ein weiteres Blutvergießen zu verhindern. Karl Kaufmann, der Gauleiter von Hamburg, erklärte sich daraufhin bereit, Hitlers Befehle zu ignorieren und die Hansestadt widerstandslos zu übergeben.

Nach der Übernahme durch die britischen Besatzungsbehörden wurden die Hamburger zunächst sehr grob behandelt. Nicht allein, weil die Einheiten auf ihrem Vormarsch von der britischen Armeepresse über die brutale Kriegführung der Wehrmacht und der Waffen-SS informiert worden waren oder Kriegsverbrechen gar selbst gesehen hatten, etwa bei der Befreiung des Konzentrationslagers Bergen-Belsen; das alliierte Oberkommando hatte auch jegliche Verbrüderung zwischen Soldaten und der einheimischen Bevölkerung verboten. Freilich ließ sich die Durchsetzung dieser Befehle nur schwer aufrechterhalten, wenn etwa Kinder auf britische Soldaten zugingen und sie um ein Stück Schokolade anbettelten. Auch boten zahlreiche Hamburger Kaufleute den Militärbehörden – die nach dem Völkerrecht nicht nur für die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung verantwortlich waren, sondern auch für die Ernährung der Bevölkerung – ihre Mitarbeit an. Viele Hamburger Geschäftsleute sprachen zudem gut Englisch. Sie waren anglophil und hatten aus der Vorkriegszeit noch Geschäftsbeziehungen nach Großbritannien. Schließlich war Hamburg allgemein als „die englischste Stadt Deutschlands" bekannt.

Hinzu kam, dass der amerikanische Morgenthau-Plan, der eine punitive Behandlung der Deutschen vorsah, in Washington weder vom Kriegs- noch vom Außenministerium unterstützt wurde und dass in London 1945 eine Labour-Regierung unter Premier Clement Attlee die Regierungsgeschäfte übernommen hatte. So gab es eine ganze Reihe von Stimmen, die eine Zusammenarbeit mit den Hamburgern befürworteten, auch um die hohen Kosten der Besatzung zu verringern. Die Gewerkschaften, die von den Nazis unterdrückt worden waren, wurden wieder zugelassen, und viele Politiker aus der Zeit vor 1933 kehrten aus dem Exil oder dem Untergrund zurück. Sie erhielten von den Besatzungsbehörden die Erlaubnis, sich politisch zu betätigen, und wurden ermuntert, Parteien und Gewerkschaften von Grund auf neu aufzubauen. Das wirtschaftliche und politische, aber auch das kulturelle Leben erfuhr einen Aufschwung.

Die britischen Militärbehörden unterstützten diese Entwicklung, und so dauerte es nicht lange, bis ein Kulturzentrum namens Die Brücke die Türen öffnete, in dem sich Hamburger nicht nur wärmen, sondern auch deutsche und englische Zeitungen und Bücher lesen konnten. Solche Zentren gab es auch anderswo in den drei westlichen Besatzungszonen. Ebenso wichtig wie der Lesestoff waren die Vorlesungen und Lichtbildervorträge, die in diesen Zentren angeboten wurden. Das Ziel war es, den deutschen Teilnehmern die Ideen und Praktiken demokratischen Verhaltens zu vermitteln, die sie vermeintlich unter der nationalsozialistischen Diktatur „verlernt" hatten. Eine weitere Zielgruppe dieser Bemühungen war die junge Generation wie Schüler und Auszubildende. Die Oberschulen wurden ermuntert, die Regeln einer demokratischen Selbstverwaltung zu erlernen, indem sie nach britischem Vorbild „Präfekten" wählten.

Mit dem Wiederbeginn des politischen Lebens und eines zunächst lokalen parlamentarisch-demokratischen Systems erschienen ab 1946/47 auch eine Reihe von Zeitungen und Zeitschriften. Berlin, die einstige Pressemetropole, lag jetzt als Insel in der sowjetischen Besatzungszone und wurde in Norddeutschland durch Hamburg ersetzt, wo so einflussreiche Tageszeitungen wie *Die Welt*, das *Hamburger Abendblatt* und die *Hamburger Morgenpost* erschienen, ergänzt durch Wochenzeitschriften wie *Der Spiegel* und *Die Zeit*. Bedeutung errang auch der *Nordwestdeutsche Rundfunk*.

Während Hamburg sich gegenüber der britischen Militärverwaltung als eine kosmopolitische, liberale und tolerante Stadt darstellte, war die Medienlandschaft bunter und durch politische und ideologische Meinungsunterschiede geprägt. Als Hafenstadt hatte Hamburg weiterhin eine Arbeiterklasse, die entweder den Sozialdemokraten oder den Kommunisten die Treue hielt. Beide vertraten recht radikale politische Programme und sprachen von einer Verstaatlichung der Industrie und Banken. Wie schon in der Weimarer Zeit mussten solche Pläne das Hamburger Wirtschafts- und Bildungsbürgertum verschrecken, das in seiner traditionellen Macht und seinem Einfluss zwar geschwächt, aber keineswegs geschlagen war. Dementsprechend wandte sich Axel Springers *Hamburger Abendblatt* gerade auch an eine eher konservative lokale Leserschaft. Dagegen richtete Springers *Die Welt*, die sich die Londoner *Times* zum Vorbild genommen hatte, den Blick mehr nach außen. *Der Spiegel*, den sein Verleger Rudolf Augstein ursprünglich in Hannover ins Leben gerufen hatte, verstand sich als eine kritische Stimme der gemäßigten Linken. In der Wochenschrift *Die Zeit*, die in den späten 1940er Jahren eher konservativ als ausgesprochen liberal war, gewannen schließlich Marion Dönhoff und Ernst Friedlaender zunehmend an Einfluss.

Nachdem Religion und die Kirchen in den Westzonen nach dem Nationalsozialismus wieder Zulauf hatten, kam es in Hamburg wie in Norddeutschland insgesamt zu einer Wiederbelebung des Protestantismus, die sich auch in den Medien spiegelte. Die katholische Kirche war dagegen im Rheinland und in Bayern sehr einflussreich, während Baden-Württemberg im Südwesten stärker protestantisch geprägt war. Weite Teile der Bevölkerung und der Medien standen der Entnazifizierungs- und industriellen Entflechtungspolitik der Alliierten zunächst kritisch gegenüber. In Meinungsumfragen zeigte sich immer wieder ein großer Widerstand der westdeutschen Bevölkerung gegen diese Maßnahmen. Problematisch waren auch die oft nostalgischen Ansichten der Westdeutschen über die Hitlerdiktatur, die den Besatzungsbehörden klarmachten, dass es einige Zeit dauern würde, bis in den Westzonen und der 1949 gegründeten Bundesrepublik ein gefestigtes parlamentarisch-demokratisches System entstehen würde. Dönhoff hatte infolge des fehlgeschlagenen Attentats auf Hitler vom 20. Juli 1944 mehrere Verwandte und Freunde verloren, die als Mitverschwörer hingerichtet worden waren. Umso verbitterter war sie nach dem Krieg darüber, dass viele Mitbürger weiterhin der Nazipropaganda anhingen und die Widerständler als „Verräter" betrachteten. Sie begann daraufhin eine Kampagne, um ihren Landsleuten zu vermitteln, dass vor 1945 auch ein „anderes Deutschland" existiert hatte. Für *Die Zeit* schrieb und beauftragte sie Artikel über den 20. Juli, die vor allem zu den Jahrestagen erschienen und durch die es langsam gelang, die öffentliche Meinung gegenüber dem deutschen Widerstand zu verändern. Ab 1954 fand am 20. Juli alljährlich eine Gedenkfeier für die 1944 Hingerichteten statt.

Indessen müssen diese Wandlungen in der Einstellung der westdeutschen Eliten und Durchschnittsbürger auch im Kontext von Veränderungen in den Beziehungen mit den Westalliierten gesehen werden. Der sich verschärfende Konflikt zwischen dem stalinistischen Sowjetblock und dem Westen veranlasste die Amerikaner, sich stärker in Europa zu engagieren. Washington drängte England und Frankreich mehr und mehr, die punitive Politik gegenüber dem geschlagenen Feind aufzugeben und durch eine Strategie zu ersetzen, die Westdeutschland wieder in die westliche Gemeinschaft integrierte und das weiterhin beachtliche Industriepotenzial des Landes für den westeuropäischen Wiederaufbau einsetzte.

ESSAY Volker Berghahn

Angesichts der vermeintlichen Bedrohung durch Stalin sollte gerade dieses Potenzial für die Wiederbelebung der west- und südeuropäischen Ökonomien mobilisiert werden.

Während Die Brücke in Hamburg daher ihre kulturellen Programme fortsetzte und die Beziehungen zwischen den Besatzern und Vertretern der politischen und wirtschaftlichen Eliten in Hamburg und auch anderswo in Westdeutschland immer freundschaftlicher wurden, verschoben sich die Macht- und Einflussgewichte zwischen den drei Westalliierten mehr und mehr zugunsten der Vereinigten Staaten. Angesichts des Kalten Krieges gegen den Sowjetblock wuchs Washington in die Rolle des westlichen Hegemonen hinein, und zwar sowohl in wirtschaftlicher und militärisch-machtpolitischer als auch in kultureller Hinsicht. Einen ersten Hinweis für diesen Wandel gab der amerikanische Außenminister James Byrnes bei einer Rede in Stuttgart im September 1946, in der er bei seinen westdeutschen Zuhörern die Hoffnung erweckte, dass die punitive Phase der Besatzungspolitik einem baldigen Ende zugehe. Dem folgte im Juni 1947 dann die Rede seines Nachfolgers George C. Marshall an der Harvard-Universität, die das Programm einer großen Wiederaufbauhilfe für Europa entwickelte. Nicht weniger wichtig war indessen, dass dieser „Marshallplan“ auch Westdeutschland einschloss – und das wiederum muss vor dem Hintergrund des Lernprozesses gesehen werden, den die politischen und wirtschaftlichen Eliten Amerikas nach 1919/20 durchgemacht hatten, wobei schon damals – wie auch in den späten 1940er Jahren – Bankiers eine wichtige Rolle spielten.

Nach dem Ersten Weltkrieg sah die amerikanische Finanz- und Industriewelt, wie sehr die Wirtschaft des Landes durch den Konflikt gestärkt, während Europa, vor allem Nordfrankreich und Belgien, stark zerstört und wirtschaftlich geschwächt worden war. Unter diesen Umständen entstand in amerikanischen Finanzkreisen der Gedanke, eine gigantische Wiederaufbauanleihe aufzulegen. Von Frank Vanderlip inspiriert, der vor seiner Pensionierung Vorstandsvorsitzender der mächtigen National City Bank in New York gewesen war, war die Wall Street allerdings verständlicherweise angesichts des hohen Risikos, das eine solche Anleihe mit sich brachte, besorgt und wandte sich nach Washington in der Hoffnung, dass die Regierung und der US-Kongress das Rettungsunternehmen mit Steuergeld absichern würden. Doch die Stimmung war vor allem im mittleren Westen isolationistisch, und Vanderlips Initiative schlug fehl. Europa fiel es hiernach schwer, den Wiederaufbau aus eigenen Mitteln zu finanzieren, sodass die Wirtschaft sich nur langsam erholte. Mitte der 1920er Jahre, als Amerika einen Konsumaufschwung erlebte, wurden schließlich tatsächlich private Anleihen nach Europa vermittelt. Doch unter ihnen waren allzu viele riskante, die dann prompt zum Börsenkrach von 1929 und der nachfolgenden Großen Depression beitrugen. Deutschland wurde von der Krise hart getroffen, sodass sich viele Wähler den Nationalsozialisten zuwandten. Adolf Hitler wollte nicht nur den 1919 mühsam erreichten Friedensschluss revidieren, sondern bereitete das Land auf einen weiteren großen Krieg vor, mit dem die Nazis gewaltsam „Lebensraum“ für die Deutschen erobern und ausbeuten sowie zugleich mit einem rassistischen Programm die „jüdisch-bolschewistische“ Sowjetunion vernichten wollten. Es war ein Krieg, in dem nach 1939 dann Millionen von Zivilisten ermordet wurden.

Nach dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor im Dezember 1941 und der Kriegserklärung Hitlers an Washington befanden sich die USA zum zweiten Mal innerhalb einer Generation in einem Weltkrieg. Doch wurde ab 1942/43 immer deutlicher, dass Japan, Deutschland und das faschistische Italien als dritte Achsenmacht diesen Konflikt verlieren würden. In dieser Erwartung begannen in Washington Überlegungen zu einer Neugestaltung der Nachkriegswelt. Jüngere Politiker wie John Foster Dulles, der 1919 in Paris bei den Friedensverhandlungen dabei gewesen war, waren überzeugt, dass Washington diesmal einen anderen Weg einschlagen musste, wenn man nicht noch einmal in einen Weltkrieg verwickelt werden wollte. Diesmal musste das Land den Europäern vor allem eine Wiederaufbauhilfe geben, die aus öffentlichen Mitteln und vom amerikanischen Steuerzahler getragen wurde. War ein solches Programm in Washington erst einmal auf den Weg gebracht, so die Hoffnung, würden auch Banken und Industrieunternehmen mit privaten Investitionen nachziehen. Denn sofern Washington bereit war, das Risiko zu tragen, waren auch amerikanische Unternehmen gern bereit, in Europa zu investieren und die dringend erforderliche Modernisierung der westeuropäischen Wirtschaft, ihrer Produktionsmethoden und ihres Managements zu unterstützen.

Albert Schäfers Phoenix AG in Hamburg-Harburg gehörte zu den ersten westdeutschen Firmen, die ein solches Abkommen unterzeichneten: mit dem Reifenkonzern Firestone in Ohio. Vermittelt hatte das Abkommen Otto A. Friedrich, der Bruder des bekannten Politologen Carl Joachim Friedrich von der Harvard-Universität. Letzterer wirkte nicht nur als Berater der amerikanischen Besatzungsbehörden in Westdeutschland, als es um die Gestaltung des Bonner Grundgesetzes ging. Carl Joachim vermittelte seinem Bruder auch wichtige Kontakte, nicht nur in Washington, als dieser ab 1949 in die USA reiste, um dort technische, kommerzielle und politische Unterstützung für deutsche Unternehmen einzuholen. Nach seiner Rückkehr hielt er sodann vor seinen westdeutschen Kollegen Vorträge und erklärte ihnen, wie der amerikanische Wettbewerbskapitalismus funktionierte und weshalb die herkömmliche deutsche Industrieorganisation mit ihren Kartellen und Syndikaten in eine Marktwirtschaft umgewandelt werden sollte, die einen oligopolistischen Wettbewerb nach amerikanischem Vorbild ermöglichte. Das sei der neue Weg, um die westdeutsche Industrie in das multilaterale System einer Weltwirtschaft der offenen Tür zu integrieren, das die westliche Hegemonialmacht Amerika nach 1945 bauen wollte.

Doch so sehr die Bundesrepublik vom Marshallplan und anderen amerikanischen Aufbauhilfen und dem folgenden „Wirtschaftswunder“ auch profitierte – die Gründung der Atlantik-Brücke im Jahre 1952 sollte ebenso aus einer nichtökonomischen Perspektive betrachtet werden. Ging es doch auch um die Schaffung einer transatlantischen Zusammenarbeit, die auf moralischen und ethischen Werten beruhte. Auf beiden Seiten des Atlantiks hatte man seit Längerem erkannt, dass die Nazis nicht nur einen Weltkrieg ausgelöst und Millionen von Menschen ermordet, sondern dass sie auch alle gesellschaftlichen Normen zerstört hatten. Zusammen mit anderen Organisationen wollte die Atlantik-Brücke daher eine Zusammenarbeit fördern, die ebendiese Werte vertrat und praktizierte.

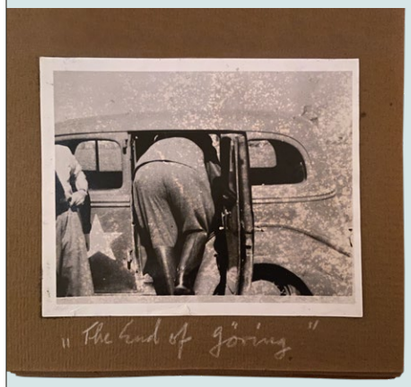
Timeline: Visual Journey through the Decades

Chronik: Bildreise durch die Jahrzehnte

01

03

02



1945

End of the war // Kriegsende

01 On May 8, the German Wehrmacht declares its unconditional surrender; World War II in Europe, which has claimed millions of lives, ends, as does Nazi rule in Germany. Large parts of Germany have been destroyed over the course of the war that the country started in 1939. Hamburg, where Atlantik-Brücke will later be founded, lies largely in ruins. // Am 8. Mai gibt die deutsche Wehrmacht ihre bedingungslose Kapitulation bekannt; der Zweite Weltkrieg in Europa, der Millionen Menschenleben gefordert hat, endet, ebenso die nationalsozialistische Herrschaft in Deutschland. Im Laufe des von Deutschland ausgehenden Krieges werden auch große Teile des eigenen Landes zerstört. Hamburg, Gründungsort der Atlantik-Brücke, liegt weitgehend in Trümmern.

"The End of Göring"

02 Hermann Göring, for years the second most powerful man in the Third Reich, is interrogated by U. S. troops in mid-May 1945. It was he who, on July 31, 1941, gave the order for the "Final Solution of the Jewish Question"—the murder of six million Jews in Europe. The image opposite, complete with hand-written caption, comes from the private album of Eric M. Warburg, a co-founder of Atlantik-Brücke who took part in the first interrogations as a U. S. soldier. // Hermann Göring, jahrelang der zweitmächtigste Mann des Deutschen Reiches, wird Mitte Mai 1945 von US-Truppen zum Verhör gebracht. Er war es, der am 31. Juli 1941 den Auftrag zur „Endlösung der Judenfrage" gab – die Ermordung von sechs Millionen Juden in Europa. Das Bild mitsamt der Unterschrift stammt aus dem Privatalbum Eric M. Warburgs, einem Mitbegründer der Atlantik-Brücke, der als US-Soldat an den ersten Verhören beteiligt war.

Divided Germany // Geteiltes Deutschland

03 Germany and Berlin are divided by the victorious powers into four zones of occupation. Tensions between the Western powers and the Soviet Union increase. They culminate in the Soviet blockade of all access routes into West Berlin on the night of June 24, 1948. // Die Siegermächte teilen Deutschland und Berlin in vier Besatzungszonen auf. Die Spannungen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion nehmen zu. Sie eskalieren in der sowjetischen Blockade aller Zufahrtswege nach Westberlin in der Nacht zum 24. Juni 1948.

1948/1949

Berlin Airlift // Berliner Luftbrücke

04 On the initiative of U. S. military governor Lucius Clay, the Western Allies deliver supplies to West Berlin by means of an "air bridge." On May 12, 1949, the blockade is lifted, and on the same day the Basic Law (*Grundgesetz*), the constitution of the Federal Republic of Germany (West Germany), is passed into law. On October 7, 1949, the founding of the German Democratic Republic (East Germany) is announced by the country's president, Wilhelm Pieck. The airlift continues until September 1949. // Auf Initiative des US-Militärgouverneurs Lucius Clay stellen die Westalliierten durch eine Luftbrücke die Versorgung Westberlins sicher. Am 12. Mai 1949 wird die Blockade aufgehoben, am gleichen Tag das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verkündet; am 7. Oktober 1949 gibt Wilhelm Pieck die Gründung der DDR bekannt. Die Luftbrücke wird noch bis September 1949 fortgeführt.

04

1950 s // er

05

1950s
Economic miracle // Wirtschaftswunder

05 Just a few years after World War II, the West German economy starts to grow rapidly; the country once again becomes an exporting nation. The upswing is made possible not least by the Marshall Plan, which lays the foundations for European reconstruction. Between 1948 and 1952, 1.5 billion dollars flow into West Germany through the European Recovery Program. // Nur wenige Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg wächst die Wirtschaft der Bundesrepublik rasant, das Land wird wieder zur Exportnation. Möglich wird der Aufschwung nicht zuletzt dank des Marshallplans, der den Grundstein für den europäischen Wiederaufbau bildet. Zwischen 1948 und 1952 fließen 1,5 Milliarden Dollar aus dem European Recovery Program nach Westdeutschland.

1951
European beginnings // Europäische Anfänge

The treaty establishing the European Coal and Steel Community on April 18, 1951 not only creates a common market for the coal and steel industry between France, West Germany, Italy and the Benelux countries. The countries involved also cede sovereign rights to a supranational authority—and begin the process of European integration. // Der Vertrag über die Gründung der Montanunion vom 18. April 1951 schafft nicht nur einen gemeinsamen Markt für die Kohle- und Stahlindustrie zwischen Frankreich, der BRD, Italien und den Beneluxstaaten. Die beteiligten Länder geben auch Hoheitsrechte an eine supranationale Behörde ab – und beginnen den Prozess der europäischen Integration.

1952
Atlantik-Brücke is founded // Die Atlantik-Brücke wird gegründet

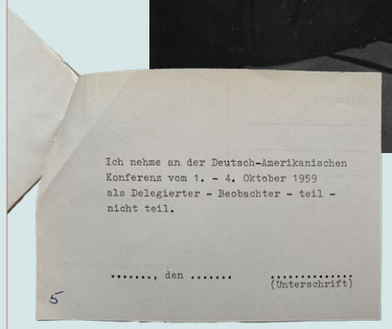
In order to strengthen the ties between the young West German state and the rest of the Western world, banker Eric M. Warburg, businessman and politician Erik Blumenfeld, *Die Zeit* publisher Dr. Marion Countess Dönhoff, journalist Ernst Friedlaender and businessman Dr. Hans Karl von Borries found the Atlantik-Brücke association (initially known as "Transatlantikbrücke") in Hamburg. Banker Dr. Gotthard Freiherr von Falkenhausen and entrepreneur Albert Schäfer later join them as board members. // Um die Bindung der jungen BRD an den Westen zu festigen, rufen Eric M. Warburg (Bankier), Erik Blumenfeld (Unternehmer und Politiker), Dr. Marion Gräfin Dönhoff (Herausgeberin der *Zeit*), Ernst Friedlaender (Journalist) sowie Dr. Hans Karl von Borries (Unternehmer) in Hamburg den Verein Atlantik-Brücke (zunächst als „Transatlantikbrücke") ins Leben. Später stoßen noch Dr. Gotthard Freiherr von Falkenhausen (Bankier) und Albert Schäfer (Unternehmer) dazu.

1955
West Germany joins NATO // NATO-Beitritt der BRD

06 On May 5, 1955, the Paris Treaties come into force, giving West Germany back its sovereignty—albeit with restrictions. The way is paved for German rearmament and the Federal Republic becomes a member of NATO on May 6, 1955. // Am 5. Mai 1955 treten die Pariser Verträge in Kraft, durch die die BRD ihre Souveränität – mit Einschränkungen – zurückerhält. Der Weg zur deutschen Wiederbewaffnung ist geebnet und die Bundesrepublik wird zum 6. Mai 1955 Mitglied der NATO.

06

09



Ich nehme an der Deutsch-Amerikanischen Konferenz vom 1. - 4. Oktober 1959 als Delegierter - Beobachter - teil - nicht teil.

....., den ....
(Unterschrift)

5

THE BRIDGE
PUBLISHED BY ATLANTIK-BRÜCKE
ESPECIALLY FOR AMERICANS IN GERMANY
Vol. 1, No. 2 Hamburg October 1957

Election Roundup

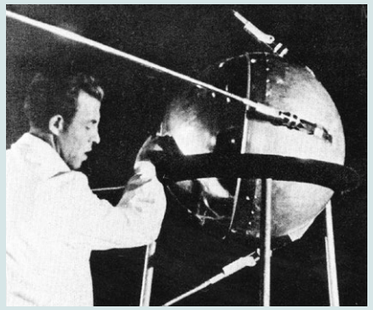
A Word of Thanks

10

07

1956/1957
"Halbstarken" protests // Halbstarkenproteste

07 In the mid-1950s, street fights and mass brawls break out among young people and with the police in several places in Germany. The youths' rebellion against authority goes hand in hand with the emergence of a new rebellious youth culture, whose followers are nicknamed "Halbstarke." Their inspirations come from the U. S. Bill Haley (*Rock Around the Clock*) and James Dean (*Rebel Without a Cause*) are among their heroes. // Gegen Mitte der 50er Jahre kommt es an mehreren Orten Deutschlands zu Straßenschlachten und Massenschlägereien unter Jugendlichen und mit der Polizei. Das Aufbegehren der Jugend gegen die Ordnung geht einher mit der Entstehung einer neuen rebellischen Jugendkultur, deren Einflüsse aus den USA kommen: Bill Haley (*Rock Around the Clock*) und James Dean (*Rebel Without a Cause*) sind die Helden der Stunde.



08

1957
Sputnik shock // Sputnikschock

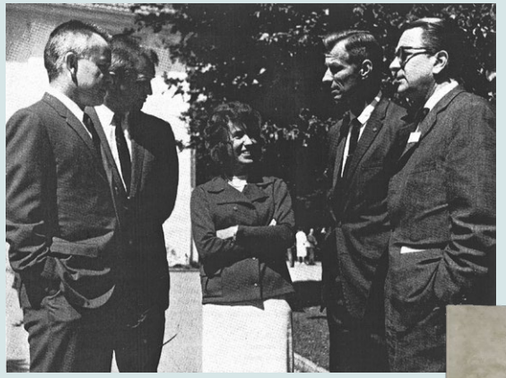
08 On September 4, 1957, the Soviet Union successfully sends the satellite Sputnik into orbit—a historic first. The "space race" between East and West has begun. In the West, the Soviet Union's technical progress leads the USA to invest massively in arms and research; the German government follows suit. // Am 4. September 1957 schickt die Sowjetunion erfolgreich den ersten Satelliten in die Erdumlaufbahn. Der Ost-West-Wettlauf um die Eroberung des Weltalls hat begonnen. Im Westen führt der technische Fortschritt der Sowjetunion dazu, dass die USA massiv in Rüstung und Forschung investieren; auch die deutsche Bundesregierung zieht nach.

1959
First German-American Conference // Erste Deutsch-Amerikanische Konferenz

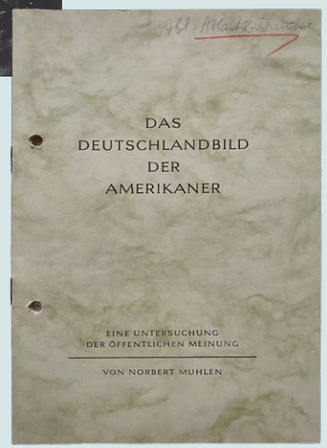
09 Tensions between East and West are also a topic at the first German-American Conference in Bad Godesberg, which is subsequently held annually, alternating between Germany and the United States. Among the speakers is former U. S. High Commissioner John J. McCloy, who plays a key role in the post-war reconstruction of Germany. // Die Spannungen zwischen Ost und West sind auch Thema auf der ersten Deutsch-Amerikanischen Konferenz in Bad Godesberg, die in der Folge jährlich abwechselnd in Deutschland und den USA stattfindet. Unter den Rednern ist der ehemalige US-Hochkommissar John J. McCloy, der maßgeblich am Wiederaufbau Deutschlands beteiligt ist.

Atlantik-Brücke publications // Publikationen der Atlantik-Brücke

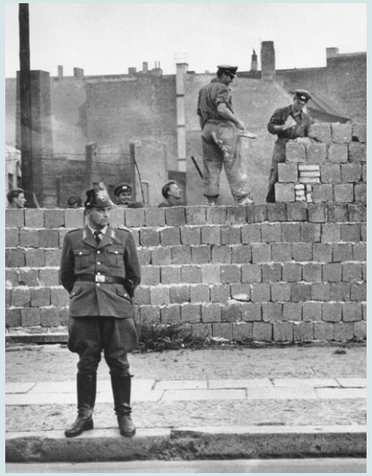
10 Atlantik-Brücke brings Americans closer to modern Germany through its regularly published English-language newspaper *The Bridge* and its *Meet Germany* series. // Mit der regelmäßig erscheinenden englischsprachigen Zeitung *The Bridge* sowie der Reihe *Meet Germany* bringt die Atlantik-Brücke Amerikanerinnen und Amerikanern das moderne Deutschland näher.



12



11



13

1960

German-American friendship // Deutsch-Amerikanische Freundschaft

11 Atlantik-Brücke publishes *Das Deutschlandbild der Amerikaner* (The Americans' Image of Germany) by journalist Norbert Muhlen. // Die Atlantik-Brücke gibt die Publikation *Das Deutschlandbild der Amerikaner* des Journalisten Norbert Muhlen heraus.

12 To promote German-American friendship, Atlantik-Brücke offers regular seminars on contemporary political issues, as well as German history, for American officers stationed in Germany beginning in 1961. // Um für die deutsch-amerikanische Freundschaft zu werben, bietet die Atlantik-Brücke ab 1961 für in Deutschland stationierte amerikanische Offiziere regelmäßig Seminare zu aktuellen politischen Themen, aber auch zur deutschen Geschichte an.

1961

Construction of the Berlin Wall // Bau der Berliner Mauer

13 Increasing numbers of people, especially the young, are fleeing the GDR for the West; the East German leadership decides to use force to stop the exodus. Soviet premier Nikita Khrushchev is initially opposed to building a wall, but changes his mind after his demand for the withdrawal of Western Allied troops from Berlin goes unfulfilled. On the night of August 13, 1961, East German soldiers seal off the border to West Berlin. Construction begins on the Berlin Wall, which will separate Germany for more than a quarter of a century. // Immer mehr, vor allem junge Menschen fliehen aus der DDR in den Westen; die DDR-Führung will den Exodus gewaltsam verhindern. Chruschtschow, der zunächst gegen einen Mauerbau ist, ändert seine Meinung, nachdem seine Forderung nach einem Abzug der westalliierten Truppen aus Berlin unerfüllt bleibt. In der Nacht zum 13. August 1961 riegelt die DDR die Grenze nach Westberlin ab. Die Bauarbeiten an der Mauer, die Deutschland mehr als ein Vierteljahrhundert trennen soll, beginnen.

16

14

1960 s // er

15

1963

Kennedy in Berlin

14 The U. S. president earns enthusiastic applause with his "Ich bin ein Berliner" speech in front of Schöneberg City Hall. Kennedy's visit to Germany is also an attempt to improve relations between Germany and the U. S. again, as his policy of détente toward the Soviet Union is viewed with suspicion by the Adenauer government. // Vor dem Schöneberger Rathaus erntet der US-Präsident mit seiner „Ich bin ein Berliner"-Rede großen Beifall. Der Deutschlandbesuch Kennedys ist auch ein Versuch, die Beziehungen zwischen Deutschland und den USA wieder zu verbessern, denn seine Entspannungspolitik gegenüber der Sowjetunion wird von der Regierung Adenauer mit Misstrauen beobachtet.

15 Atlantik-Brücke board members (Dr. Kurt Birrenbach, left, and German Consul General in New York Dr. Klaus Curtius, right) meet with First Lady Jackie Kennedy during a visit to the U. S. // Atlantik-Brücke-Vorstandsmitglieder (Dr. Kurt Birrenbach, links, und der deutsche Generalkonsul in New York Dr. Klaus Curtius, rechts) besuchen bei einer USA-Reise Jackie Kennedy.

1964

"An event with gravitas" // „Ein Ereignis von Gewicht"

16 This is how German Foreign Minister Schröder describes the German-American Conference that takes place in Berlin immediately after Nikita Khrushchev was ousted. Founders and long-time companions of Atlantik-Brücke are also present, including Eric M. Warburg, Helmut Schmidt and Marion Countess Dönhoff. // So nennt Bundesaußenminister Schröder die Deutsch-Amerikanische Konferenz, die unmittelbar nach dem Sturz Chruschtschows in Berlin stattfindet. Mit dabei sind auch Initiatoren und langjährige Begleiter der Atlantik-Brücke, hier Eric M. Warburg, Helmut Schmidt und Marion Gräfin Dönhoff.

1968

Demonstrations against the Vietnam War in Germany // Demonstrationen gegen den Vietnamkrieg in Deutschland

17 In 1965, the U. S. begins bombing North Vietnam, openly intervening in the civil war between the south of the country and its communist north. Between 1965 and 1968, the U. S. drops three times as many bombs over North Vietnam as were dropped by all sides over Europe during World War II. American intervention in the war provokes worldwide protests. Large demonstrations also take place in Berlin; anti-Americanism grows in West Germany. // 1965 bombardieren die USA Nordvietnam und greifen damit offen in den Bürgerkrieg zwischen dem kommunistischen Norden des Landes und dem Süden ein. Zwischen 1965 und 1968 werfen die USA dreimal so viele Bomben über Nordvietnam ab wie alle Kriegsparteien während des Zweiten Weltkriegs über Europa. Das amerikanische Eingreifen in den Krieg ruft weltweite Proteste hervor. Auch in Berlin kommt es zu Großdemonstrationen; der Antiamerikanismus in der BRD wächst.

17

1970 s // er

1970
Ostpolitik

18 The normalization of relations with Poland is part of Willy Brandt's Ostpolitik. On the occasion of the signing of the Warsaw Treaty, which is controversial in Germany and recognizes the Oder-Neisse border, the Chancellor visits the Polish capital. He kneels with his head bowed in front of the memorial to those killed in the Warsaw Ghetto Uprising—his gesture is interpreted as a plea for forgiveness for German atrocities in World War II. // Die Normalisierung der Beziehungen zu Polen ist Teil von Willy Brandts Ostpolitik. Anlässlich der Unterzeichnung des in Deutschland umstrittenen Warschauer Vertrags, der die Oder-Neiße-Grenze anerkennt, besucht der Bundeskanzler die polnische Hauptstadt. Vor dem Mahnmal für die Toten des Warschauer Ghettos kniet er mit gesenktem Kopf nieder – um, so wird seine Geste gedeutet, für die Gräueltaten Deutschlands im Zweiten Weltkrieg um Vergebung zu bitten.

19 Even though his Ostpolitik met with a mixed response in the United States (Henry Kissinger called Brandt a "dangerous idiot" in a conversation with President Nixon), Willy Brandt always maintained close relations with the U. S. and was a regular guest at Atlantik-Brücke even after his chancellorship ended in 1974 (pictured here in Princeton in 1977). // Auch wenn seine Ostpolitik in den USA auf gemischte Resonanz stößt (Henry Kissinger nennt Brandt im Zwiegespräch mit Nixon einen „dangerous idiot", einen gefährlichen Idioten), so pflegt Willy Brandt doch stets enge Beziehungen zu den USA und ist auch nach seiner Kanzlerschaft regelmäßiger Gast bei der Atlantik-Brücke (hier in Princeton 1977).

18

19

1972
Angela Davis visits the GDR // Angela Davis besucht die DDR

20 The arrest of black activist and philosophy professor Angela Davis sparks international protest. The East German government becomes an advocate for Davis. When she is acquitted in 1972, Davis travels to the GDR—allowing East German leader Erich Honecker to create images with which he can present himself as a cosmopolitan human rights activist. // Die Festnahme der schwarzen Aktivistin und Philosophie-Professorin Angela Davis löst internationalen Protest aus. Die Regierung der DDR macht sich zur Fürsprecherin von Davis. Als sie 1972 freigesprochen wird, reist Davis in die DDR und verhilft Honecker zu Bildern, mit denen er sich als weltoffener Menschenrechtsaktivist inszenieren kann.

1973
Atlantik-Brücke's first Young Leaders Conference // Erste Young Leaders-Konferenz der Atlantik-Brücke

Amid anti-American resentment in Germany, 20 Americans and 20 Germans gather in Hamburg in June 1973 at the invitation of Atlantik-Brücke for a "German-American Youth Conference" to discuss transatlantic issues. The Young Leaders conferences become an important part of Atlantik-Brücke's work. // Inmitten antiamerikanischer Ressentiments in Deutschland kommen im Juni 1973 auf Einladung der Atlantik-Brücke 20 Amerikanerinnen und Amerikaner und 20 Deutsche für eine „Deutsch-Amerikanische Jugendkonferenz" in Hamburg zusammen, um über transatlantische Fragen zu diskutieren. Die Young Leaders-Konferenzen werden ein wichtiger Bestandteil der Arbeit der Atlantik-Brücke.

20

Anarchistische Gewalttäter
– Baader/Meinhof-Bande –

Wegen Beteiligung an Morden, Sprengstoffverbrechen, Banküberfällen und anderen Straftaten werden steckbrieflich gesucht:

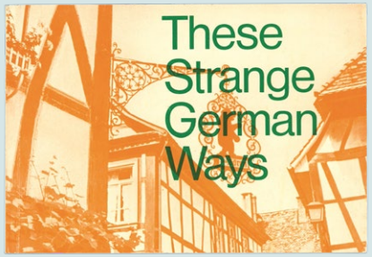
Für Hinweise, die zur Ergreifung der Gesuchten führen, sind insgesamt 100 000 DM Belohnung ausgesetzt, die nach Ermessen bestimmt sind, zu denen Beauftragtleiter der Verfolgung straffreien Handlungen gehört. Die Zuerkennung und die Verteilung erfolgen unter Ausschluß des Rechtsweges.

Mitteilungen, die auf Wunsch vertraulich behandelt werden, nehmen entgegen:

Bundeskriminalamt – Abteilung Sicherungsgruppe –
53 Bonn-Bad Godesberg, Friedrich-Ebert-Straße 1 – Telefon: 02229 / 53031
oder jede Polizeidienststelle

Vorsicht! Diese Gewalttäter machen von der Schußwaffe rücksichtslos Gebrauch!

22



23

1976
200 years of the USA // 200 Jahre USA

21 In May 1976, Atlantik-Brücke hosts a celebration in honor of the bicentennial of the U. S. in Frankfurt's Paulskirche. In addition to U. S. Vice President Nelson Rockefeller, German Chancellor Helmut Schmidt, President Walter Scheel, and CDU Chairman Helmut Kohl are also present. // Anlässlich des „Bicentennial" der USA lädt die Atlantik-Brücke im Mai 1976 zur Feier in der Frankfurter Paulskirche. Neben dem US-Vizepräsidenten Nelson Rockefeller sind auch Bundeskanzler Schmidt, Bundespräsident Scheel und der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl anwesend.

1977
German Autumn // Deutscher Herbst

22 West Germany's political atmosphere in the late 1970s is dominated by the terror of the Red Army Faction. The left-wing extremist group, which emerged from the West German student movement, carries out attacks and murders in the name of anti-imperialism. Their targets include U. S. institutions and high-ranking public figures in West Germany, including members of Atlantik-Brücke. // Die politische Atmosphäre in der BRD ist in den späten 70er Jahren geprägt durch den Terror der „Rote Armee Fraktion". Die linksextremistische Gruppe, aus dem Umfeld der westdeutschen Studentenbewegung entstanden, verübt im Namen des Antiimperialismus Anschläge und Morde. Zu ihren Zielen gehören US-Institutionen und hochrangige Personen des öffentlichen Lebens in der BRD, darunter auch Mitglieder der Atlantik-Brücke.

1979
These Strange German Ways

23 The first edition of this Atlantik-Brücke publication—a humorous introduction to German customs and traditions for American readers—is published in 1963. The book is reprinted almost every year until the year 2000. // Die erste Ausgabe der Atlantik-Brücke-Publikation – einer humoristischen Einführung in deutsche Sitten und Gebräuche für den amerikanischen Leser – erscheint schon 1963. Bis ins Jahr 2000 wird das Buch fast jedes Jahr neu aufgelegt.

21

1981
Trading partners // Handelspartner

24 Despite a recession in the early 1980s, the volume of German foreign trade continues to grow. West Germany's most important trading partners are western European countries and the major Western industrialized nations. The graphic shown here is taken from the publication *Meet Germany*, with which Atlantik-Brücke has been providing information in English about developments in Germany's economy, politics and society since 1954. // Trotz einer Rezession in den frühen 80er Jahren steigt das Volumen des deutschen Außenhandels weiter an. Die wichtigsten Handelspartner der BRD sind die westeuropäischen Staaten und die großen westlichen Industrienationen. Die hier gezeigte Grafik stammt aus der Publikation *Meet Germany*, mit der die Atlantik-Brücke seit 1954 auf Englisch über Entwicklungen in Deutschlands Wirtschaft, Politik und Gesellschaft informiert.

26

1983
NATO Double-Track Decision // NATO-Doppelbeschluss

25 On November 22, 1983, a majority of the German Bundestag approves the deployment of intermediate-range missiles armed with nuclear warheads as set forth in the NATO Double-Track Decision. The resolution, adopted in 1979, also provides for arms control measures. These steps are intended to restore the strategic balance with the Soviet Union. In Germany, the Double-Track Decision leads to mass protests and one of the largest demonstrations of the peace movement. // Am 22. November 1983 stimmt eine Mehrheit des Deutschen Bundestags der im NATO-Doppelbeschluss festgehaltenen Stationierung von mit Atomsprengköpfen bestückten Mittelstreckenraketen zu. Der 1979 gefasste Beschluss sieht außerdem Maßnahmen zur Rüstungskontrolle vor. Mit diesen Schritten soll das strategische Gleichgewicht mit der Sowjetunion wiederhergestellt werden. In Deutschland führt der NATO-Doppelbeschluss zu massivem Protest und einer der größten Demonstrationen der Friedensbewegung.

East-West Issues

26 In this publication, initially titled *East-West-Tensions*, Atlantik-Brücke publishes the outcomes of the German-American conferences. In 1983, questions on arms control were of particular interest. // In dieser Publikation, anfänglich noch unter dem Titel *East-West-Tensions*, veröffentlicht die Atlantik-Brücke die Ergebnisse der Deutsch-Amerikanischen Konferenzen; 1983 waren besonders Fragen zum Thema Rüstungskontrolle von Interesse.

24

25

28

1980 s // er

27

Der Kanzler geht den Ursachen für Amerikafeindlichkeit nach

Rede vor der „Atlantik-Brücke" mit einem beschwörenden Appell an die Europäer

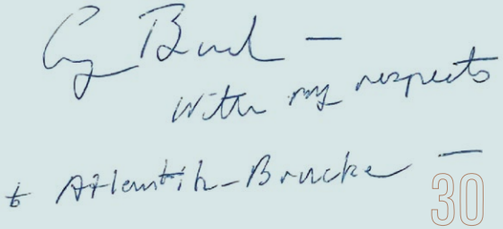
1987
"Tear down this wall"

27 Ronald Reagan's speech in front of the Berlin Wall in 1987 goes down in history as a decisive demand to Soviet premier Mikhail Gorbachev to tear down the Berlin Wall. Reagan's visit to Germany—much like his first in 1982—is met with mass demonstrations. The U.S. president's rearmament policy, with which he wants to push back the Soviet Union, is met with opposition from many Germans. Chancellor Kohl adresses the problem of anti-Americanism in a speech delivered at Atlantik-Brücke in 1985. // Mit der entschiedenen Forderung an das sowjetische Staatsoberhaupt Michail Gorbatschow, die Berliner Mauer einzureißen, geht die Rede Ronald Reagans vor der Berliner Mauer 1987 in die Geschichte ein. Reagans Besuch in Deutschland wird – wie schon sein erster Besuch 1982 – von Massendemonstrationen begleitet. Die Aufrüstungspolitik des US-Präsidenten, mit der er die Sowjetunion zurückdrängen will, stößt bei vielen Deutschen auf Ablehnung. Auch Bundeskanzler Kohl spricht 1985 bei der Atlantik-Brücke über das Problem des Antiamerikanismus in Deutschland.

1989
Fall of the Berlin Wall // Mauerfall

28 From the mid-1980s, Gorbachev introduces comprehensive reforms in the Soviet Union ("perestroika" and "glasnost"); other Eastern Bloc countries follow suit. East Germany's ruling SED party refuses to accept the reforms. Mass exodus from the GDR and widespread protests ensue. Under pressure, the Politburo resigns, and new exit regulations are adopted. On November 9, the border crossings are opened. // Ab Mitte der 80er Jahre leitet Gorbatschow umfassende Reformen der Sowjetunion ein („Perestroika" und „Glasnost"); andere Ostblockstaaten ziehen nach. Die SED verweigert sich den Reformen. Es kommt zur Massenausreise aus der DDR und zu umfassenden Protesten. Unter Druck geraten tritt das Politbüro zurück, eine neue Ausreiseregelung wird beschlossen. Am 9. November werden die Grenzübergänge geöffnet.

1990 s // er



30

29

31

1990
German reunification //
Deutsche Wiedervereinigung

29 In the GDR, supporters of German reunification win elections to the Volkskammer, the East German parliament, paving the way for German reunification. The victorious powers of World War II, which still have sovereignty over decisions concerning Germany as a whole, also agree. The Two-plus-Four Treaty, signed in Moscow on September 12, 1990, establishes Germany's ultimate sovereignty. The Unification Treaty between the two German states enters into force on October 3. // In der DDR siegen die Parteien, die die deutsche Wiedervereinigung befürworten, bei der Volkskammerwahl; der innerdeutsche Weg für die Wiedervereinigung ist geebnet. Auch die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs, die noch immer die Hoheit über Entscheidungen zu Deutschland als Ganzem haben, stimmen zu. Der am 12. September 1990 in Moskau unterzeichnete Zwei-plus-vier-Vertrag stellt die endgültige Souveränität Deutschlands her. Der Einigungsvertrag zwischen den beiden deutschen Staaten tritt am 3. Oktober in Kraft.

30 President George H. W. Bush plays a leading role on the road to German unity. In 2002, Atlantik-Brücke honors him with the Eric M. Warburg Award. // Präsident George H. W. Bush spielt eine tragende Rolle auf dem Weg zur deutschen Einheit. 2002 zeichnet die Atlantik-Brücke ihn dafür mit dem Eric-M.-Warburg-Preis aus.

1991
Dissolution of the Soviet Union //
Auflösung der Sowjetunion

A slow process of disintegration lasting several years ultimately leads to the dissolution of the Soviet Union. After Mikhail Gorbachev's resignation on December 25, the great socialist power's almost 70-year existence comes to an end—and with it, so does the Cold War. // Ein langsamer, mehrjähriger Zerfallsprozess führt zur Auflösung der Sowjetunion. Nach dem Rücktritt Michail Gorbatschows am 25. Dezember endet auch die fast 70-jährige Geschichte der sozialistischen Großmacht – und der Kalte Krieg.

A world after the Wall //
Eine Welt nach der Mauer

31 The end of the Cold War necessitates the rethinking of transatlantic relations. In New York, Atlantik-Brücke members discuss the most pressing issues with guests from the think tank American Assembly. // Das Ende des Kalten Krieges erfordert ein Neudenken der transatlantischen Beziehungen. In New York diskutieren Atlantik-Brücke-Mitglieder mit Gästen des Thinktanks American Assembly die drängendsten Fragen.

34

33

32

35

1990s
Yugoslav Wars // Jugoslawienkriege

32 The breakup of Yugoslavia is succeeded by bloody wars in the center of Europe. However, the European Union's common foreign and security policy, cemented by the 1993 Maastricht Treaty, proves largely ineffective in the wars; the EU relies on the United States as a leading power. The wars in Yugoslavia mark a turning point for Germany's security policy: for the first time in its history, Germany sends troops on an armed mission abroad. The commander-in-chief of NATO forces in the war in Kosovo, General Wesley Clark, is also present at an Atlantik-Brücke expert discussion, here in 1998 with then U. S. Ambassador John Kornblum. // Die Auflösung Jugoslawiens geht mit blutigen Kriegen mitten in Europa einher. Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union, durch den Vertrag von Maastricht 1993 ins Leben gerufen, erweist sich in den Kriegen jedoch weitgehend als ineffizient; die EU ist auf die USA als Führungsmacht angewiesen. Die Kriege in Jugoslawien bedeuten eine Zäsur für die Sicherheitspolitik Deutschlands: Erstmals in ihrer Geschichte entsendet die BRD Truppen zu einem bewaffneten Auslandseinsatz. Der Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte im Kosovo-Krieg, General Wesley Clark, ist auch beim Expertengespräch der Atlantik-Brücke zugegen, hier 1998 mit dem damaligen US-Botschafter John Kornblum.

1997
"Globalization and Fragmentation"

33 With the collapse of the Iron Curtain and the founding of the WTO, globalization picked up speed in the 1990s. This is a key topic for participants at the Young Leaders conference in Hamburg. // Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs und der Gründung der WTO nimmt die Globalisierung in den 90er Jahren an Fahrt auf. Das beschäftigt auch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Young Leaders-Konferenz in Hamburg.

1998
Marking 50 Years of the Berlin Airlift //
50 Jahre Luftbrücke

34 For their efforts in overcoming the Berlin Blockade in 1948 and defending a free West Berlin, Atlantik-Brücke honors veterans of the Berlin Airlift with the Eric M. Warburg Award. // Für ihren Einsatz bei der Überwindung der Berliner Blockade 1948 und für ein freies Westberlin verleiht die Atlantik-Brücke den Eric-M.-Warburg-Preis an Veteranen der Berliner Luftbrücke.

1999
Move to Magnus House //
Umzug ins Magnus-Haus

35 With reunification, Berlin becomes the German capital once again, and in 1999, it is restored as the seat of government. Atlantik-Brücke moves its office from Bonn to Berlin's Magnus House. // Mit der Wiedervereinigung wird Berlin wieder deutsche Hauptstadt, 1999 wird es auch wieder Regierungssitz. Die Atlantik-Brücke verlegt ihr Büro von Bonn nach Berlin.

36

37

2000 s // er

2001
9/11 and the "War on Terror" //
9/11 und der „Kampf gegen den Terror"

36 The Islamist terrorist attacks of September 11 shake the world. Under the Bush administration, the U. S. wages a "war on terror". In addition to domestic security measures such as the establishment of the Department of Homeland Security, this also includes the Afghanistan and Iraq wars. SPD chancellor Gerhard Schröder's government's refusal to support the U. S. in the Iraq war plunges transatlantic relations into crisis. In Berlin, half a million people demonstrate against the war. // Die islamistischen Terroranschläge vom 11. September erschüttern die Welt. Unter der Regierung Bush führen die USA in der Folge einen „Krieg gegen den Terror". Neben innenpolitischen Sicherheitsmaßnahmen wie der Gründung des Department of Homeland Security gehören dazu auch der Afghanistan- und der Irakkrieg. Die Weigerung der Regierung Schröder, die USA im Irakkrieg zu unterstützen, stürzen die transatlantischen Beziehungen in eine Krise. In Berlin demonstriert eine halbe Million Menschen gegen den Krieg.

2002
Introduction of the euro //
Einführung des Euro

As part of the multi-stage process toward a European economic and monetary union, twelve European countries introduce the euro in cash; it has already existed as credit money since 1999. // Im Rahmen des mehrstufigen Prozesses zu einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion führen zwölf europäische Länder den Euro als Bargeld ein; als Buchgeld gibt es ihn bereits seit 1999.

THE WALL STREET JOURNAL.

MONDAY, SEPTEMBER 15, 2008 · VOL. CCLII NO. 64 ★★ $2.00

LEHMAN BROTHERS ▼94.4% Friday's close $3.65

Merrill Lynch ▼68.2% Friday's close $27.25

AIG ▼79.2% Friday's close $12.14

Crisis on Wall Street as Lehman Totters, Merrill Seeks Buyer, AIG Hunts for Cash

U.S. Opts to Avoid Lehman Rescue, Stirring a Momentous Weekend for American Finance; Traders Brace for a Chaotic Monday

By Carrick Mollenkamp, Susanne Craig And Serena Ng

The American financial system faces a crisis of confidence. Sunday, Lehman Brothers Holdings Inc. faced the prospect of bankruptcy protection, after it was close to a deal to sell itself to Bank of America Corp.

The U.S. government, which bailed out Bearne Mac and Fred-die Mac, and which earlier orchestrated the sale of Bear Stearns Co. to J.P. Morgan & Co. earlier this year, refused to provide, with Lehman, it refused to provide a financial backstop to potential buyers.

Without such support, Bar-

night, Bank of America was close to striking a deal to buy Merrill Lynch for about $44 billion, or $29 a share. Lehman was working on a possible breakup, Wall Street.

By sunrise spread across Wall Street that Lehman Brothers, one of the oldest firms, hedge funds and other traders moved to disentangle themselves from trades with Lehman. When hopes of a potential Lehman rescue faded, the mood on Wall Street turned into a mad rush. Executives and traders hurried to try to limit the damage their firms would face in unwinding contracts with Lehman and to gauge their overall exposure.

A sense of foreboding gripped

turned to Merrill Lynch, which boasts the largest force of retail brokers, and to American International Group Inc., the insurance giant. Both firms have seen their stocks battered in recent days. Top management spent the weekend trying to come up with plans to shore up their businesses.

"Monday will be a day of reckoning for the financial markets," said Carlos Morales, senior managing director of ICP Capital, a New York-based investment firm. On Sunday, he said, "it was like a fire alarm went off and people ran out of the building."

AIG executives spent the weekend trying to raise cash, either from asset sales or a capital infusion from private-equity

from some of its subsidiaries to the holding company.

Merrill, whose retail brokerage force is the largest in the country and is known as the "thundering herd," also was engaged in discussions with Bank of America, whose retail bank would complement Merrill's. But Wall Street executives said the Federal Reserve may be involved in orchestrating the sale, figuring that it was "better to save the Merrill than to save Lehman," stand of the deal may not "end over-

was like a fire alarm went off and people ran out of the building."

AIG executives spent the weekend trying to raise cash, either from asset sales or a capital infusion from private-equity

major rivals on Sunday—the euro, the Swiss franc, the U.K. pound and the Japanese yen.

Some executives involved in the Lehman discussions held out hope that a Lehman rescue would materialize. Under scrutiny aimed at limiting the ripple effect on the financial system, a group of about 15 banks were in discussions Sunday to pool about $100 billion, which would be used to buy assets of the bankrupt firm, a person familiar with the discussions said. Details were being fleshed out, and it was not clear how willing is that the Federal Reserve will support the move by opening its window to borrowing, slashing interest rates and relaxing collateral re-

Ultimatum By Paulson Sparked Frenzied End

after more than a century and a half, the investment firm Lehman Brothers Holdings Inc. tottered on the brink Sunday night, with its prospects seen and its motives days earlier.

In midweek, Treasury Secre-

By Deborah Solomon,

38

39

2007
Award for Condoleezza Rice //
Auszeichnung für Condoleezza Rice

37 The U. S. Secretary of State is honored with the Atlantik-Brücke's Eric M. Warburg Award for her services to German unity (a cause she championed as an advisor to President George H. W. Bush at the time of German reunification) and to German-American relations. Helmut Kohl delivers the laudatory speech. // Der US-Außenministerin wird von der Atlantik-Brücke der Eric-M.-Warburg-Preis verliehen – für ihre Verdienste um die deutsche Einheit (für die sie sich zur Wendezeit als Beraterin des amerikanischen Präsidenten starkgemacht hatte) und um das deutsch-amerikanische Verhältnis. Die Laudatio hält Helmut Kohl.

Economic and financial crisis //
Wirtschafts- und Finanzkrise

38 The global financial crisis begins as a real estate crisis in the American subprime market. The bank Lehman Brothers files for bankruptcy as a result. There is a worldwide crisis in banking and finance and a slump in global economic growth. // Die globale Finanzkrise beginnt als Immobilienkrise auf dem amerikanischen Subprime-Markt. In der Folge meldet die Bank Lehman Brothers Insolvenz an. Es kommt weltweit zu einer Krise der Banken und Finanzen und zu einem Einbruch des Weltwirtschaftswachstums.

2008
Obama in Berlin

39 Democratic presidential candidate Barack Obama visits Berlin—he receives an enthusiastic welcome from Berliners, with more than 200,000 people cheering him in the streets. For Germans, the dynamic senator from Illinois, who campaigns with the promise of "change," embodies the opposite of the policies of the Bush years, which faced much criticism in Germany. // Der demokratische Präsidentschaftskandidat Barack Obama besucht Berlin – und versetzt die Berlinerinnen und Berliner in Begeisterung. Mehr als 200 000 Menschen jubeln ihm zu. Der dynamische Senator aus Illinois, der mit dem Versprechen von „Change" für sich wirbt, verkörpert für die Deutschen das Gegenteil der hierzulande viel kritisierten Politik der Bush-Jahre.

2009
Pivot to Asia // Schwenk nach Asien

40 President Barack Obama's term in office marks a stronger pivot to Asia. The first "Pacific President" of the U. S. follows a logical course in his foreign policy; the U. S. has long been looking to the Indo-Pacific region and to China, which is rapidly gaining in economic, military and foreign policy importance. Atlantik-Brücke follows suit with its own trips to China. // Obamas Amtszeit markiert eine stärkere Hinwendung nach Asien. Der erste „Pacific President" der USA vollzieht mit seiner außenpolitischen Neuorientierung nur einen folgerichtigen Schritt; die USA blicken schon länger in den indopazifischen Raum und auf das wirtschaftlich, militärisch und außenpolitisch rasant an Bedeutung gewinnende China. Die Atlantik-Brücke folgt dem Trend mit eigenen Chinareisen.

40

2010 s // er

2010s
Software is Eating the World
41 In a provocative 2011 essay, venture capitalist Marc Andreessen predicts that software companies will economically eclipse traditional industries in the future. Atlantik-Brücke delegations travel to Silicon Valley three times over the decade to get a first-hand impression of the developments at Google, Facebook and others. // In einem provokanten Essay prognostiziert der Risikokapitalgeber Marc Andreessen im Jahr 2011, dass Softwarefirmen traditionelle Industrien künftig ökonomisch in den Schatten stellen werden. Die Atlantik-Brücke reist in dieser Dekade gleich dreimal mit Delegationen ins Silicon Valley, um sich vor Ort ein Bild über die Entwicklungen von Google, Facebook und Co. zu machen.

2012
Atlantik-Brücke turns 60 //
Die Atlantik-Brücke wird 60
42 Chancellor Angela Merkel gives the keynote speech. Helmut Schmidt receives the Warburg Award. // Angela Merkel hält die Festrede. Helmut Schmidt wird mit dem Warburg-Preis ausgezeichnet.

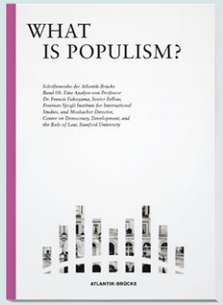
2013
NSA wiretapping scandal //
NSA-Abhörskandal
43 Data leaked by former CIA employee Edward Snowden reveals that the U. S. intelligence agency NSA has been collecting surveillance data and wiretapping telephone calls on a large scale—including in Germany. Chancellor Angela Merkel's telephone is one of those targeted. This results in a souring of relations between Germany and the USA. // Durch ein Datenleak des ehemaligen CIA-Mitarbeiters Edward Snowden wird publik, dass der US-Geheimdienst NSA in großem Maßstab Überwachungsdaten gesammelt und Telefonate abgehört hat – unter anderem in Deutschland. Auch das Telefon der Bundeskanzlerin ist betroffen. Verstimmungen zwischen Deutschland und den USA sind die Folge.
Young Leaders meet Jimmy Carter //
Young Leaders treffen Jimmy Carter
44 Participants meet the former U. S. president at the 2013 Young Leaders Conference in Georgia. // Bei der Young Leaders-Konferenz 2013 in Georgia treffen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer den ehemaligen US-Präsidenten.

2015
Refugee crisis // Flüchtlingskrise
The civil war in Syria is one of the main drivers of the massive flow of people seeking protection in Europe in 2015 and 2016. With her statement "We can do it!" („Wir schaffen das!"), Chancellor Merkel promotes the acceptance of refugees in Germany, for which she receives both praise and criticism. U. S. President Obama explicitly praises her for Germany's commitment at a UN refugee summit in 2016. // Der Bürgerkrieg in Syrien war einer der Haupttreiber des massiven Stromes von Schutzsuchenden in Europa in den Jahren 2015 und 2016. Mit ihrem Ausspruch „Wir schaffen das!" wirbt Bundeskanzlerin Merkel für die Aufnahme von Geflüchteten in Deutschland, wofür sie sowohl Zuspruch als auch Kritik erntet. US-Präsident Obama lobt sie bei einem UN-Flüchtlingsgipfel 2016 ausdrücklich für das Engagement Deutschlands.

43

41

42

47


45

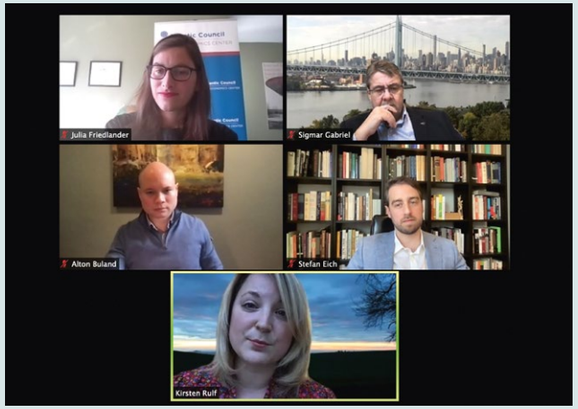
46

2016
America First
45 Donald Trump is elected the 45th president of the United States. The next four years are a low point for transatlantic relations; the U. S. president repeatedly makes disapproving comments about NATO, the EU and Germany. His campaign slogan "America First" represents a new U. S. foreign policy that sets out to be confrontational toward its partners. // Donald Trump wird zum 45. Präsidenten der USA gewählt. Die nächsten vier Jahre sind ein Tiefpunkt für die transatlantischen Beziehungen; der US-Präsident äußert sich wiederholt missbilligend über die NATO, die EU und Deutschland. Sein Wahlkampfslogan „America First" steht für eine konfrontative Außenpolitik der USA gegenüber ihren Partnern.
Teacher trips for East German teachers //
Lehrerreisen für ostdeutsche Lehrer
46 Atlantik-Brücke expands its education program for teachers: in addition to trips for American educators to Germany, it now offers trips for teachers from the former East Germany to the United States. // Die Atlantik-Brücke ergänzt ihr Bildungsprogramm für Lehrkräfte: Neben den Reisen für amerikanische Pädagogen nach Deutschland bietet sie nun auch Reisen für ostdeutsche Lehrerinnen und Lehrer in die USA an.

2018
What is Populism?
47 In light of the growing success of populist movements on both sides of the Atlantic, Atlantik-Brücke publishes a paper by American political scientist Francis Fukuyama on the topic. // Angesichts des wachsenden Erfolgs populistischer Bewegungen auf beiden Seiten des Atlantiks veröffentlicht die Atlantik-Brücke eine Schrift des amerikanischen Politikwissenschaftlers Francis Fukuyama zum Thema.

44

2020 s // er



48

2020

COVID-19 pandemic // Coronapandemie

48 The novel coronavirus spreads rapidly, claiming millions of victims worldwide. International travel is severely restricted; no travel to the U. S. is possible for a year and a half. // Das neuartige Coronavirus verbreitet sich rasant und fordert Millionen Opfer weltweit. Der internationale Reiseverkehr ist stark eingeschränkt; anderthalb Jahre lang sind keine Reisen in die USA mehr möglich.

Black Lives Matter

49 On May 26 in Minneapolis, George Floyd, an African-American man, is murdered by a police officer during an arrest. In the U. S. and around the world, there is a wave of protests—in some cases involving riots—against police violence and racism. Thousands demonstrate, in Germany as well, under the slogan "Black Lives Matter". // In Minneapolis wird am 26. Mai der Afroamerikaner George Floyd bei einer Festnahme von einem Polizisten ermordet. In den USA und weltweit gibt es eine Welle von Protesten – teils mit Ausschreitungen verbunden – gegen Polizeigewalt und Rassismus. Auch in Deutschland demonstrieren tausende unter dem Motto „Black Lives Matter".

2021

New Bridge Program

50 Atlantik-Brücke launches a new program aimed at young Americans who are underrepresented in the transatlantic community. Several times a year, the program offers current and emerging leaders from different regions of the U. S. the opportunity to gain firsthand experience of Europe. // Die Atlantik-Brücke ruft ein neues Programm ins Leben, das sich an junge Amerikanerinnen und Amerikaner richtet, die in der transatlantischen Gemeinschaft unterrepräsentiert sind. Mehrmals im Jahr bietet das Programm aktuellen und aufstrebenden Führungskräften aus verschiedenen Regionen der USA die Möglichkeit, Europa aus erster Hand zu erleben.

49

2022

Attack on Ukraine // Angriff auf die Ukraine

51 Russia's invasion of Ukraine on February 24 launches a brutal war in Europe, challenging the postwar peace order. The transatlantic partners, after initial tensions over Germany's reluctance to stop the commissioning of the German-Russian Nord Stream 2 gas pipeline, move closer together. // Mit dem Überfall Russlands auf die Ukraine beginnt am 24. Februar ein brutaler Krieg in Europa – die Friedensordnung der Nachkriegszeit wird infrage gestellt. Die transatlantischen Partner rücken, nach anfänglichen Spannungen wegen der deutschen Zögerlichkeit, die Inbetriebnahme der deutsch-russischen Gaspipeline Nord Stream 2 zu stoppen, näher zusammen.

51

50

Timeline // Chronik

Image No. // Bild Nr.

01 picture alliance / AP; Nr. 55378361
02 Warburg-Archiv
03 *oben:* Deutsch-Russisches Museum Berlin-Karlshorst & MBK (RR-P)
unten: Angermann & Frühauf, Topografie 1946, Stadtmuseum Berlin, Sammlung Online
04 picture-alliance / dpa; Nr. 2338190
05 Atlantik-Brücke-Archiv
06 picture-alliance / UPI; Nr. 21574880
07 ullstein bild; Nr. 00286640
08 Defense Visual Information Distribution Service, dvidshub.net
09 Atlantik-Brücke-Archiv
10 Warburg-Archiv
11 Warburg-Archiv
12 Atlantik-Brücke-Archiv
13 picture alliance / AP / WORTH; Nr. 95174572
14 picture-alliance / Heinz-Jürgen Göttert; Nr. 23270328
15 Atlantik-Brücke-Archiv
16 Warburg-Archiv
17 picture alliance / zb / Agentur Voller Ernst; Nr. 38704983
18 picture alliance / Stanisław Czarnogórski / PAP; Nr. 233091305
19 Atlantik-Brücke-Archiv
20 Bundesarchiv, Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst / Zentralbild; Nr. 183-L0911-029
21 picture alliance / akg-images; Nr. 114464223
22 Atlantik-Brücke-Archiv
23 Atlantik-Brücke-Archiv
24 Atlantik-Brücke-Archiv
25 picture alliance / JOKER / Hartwig Lohmeyer; Nr. 39315986
26 Atlantik-Brücke-Archiv
27 *oben:* picture-alliance / dpa / Dieter Klar; Nr. 6447021
unten: Atlantik-Brücke-Archiv
28 picture alliance / NTB Scanpix Moen; Nr. 123230408
29 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (BPA)
30 *oben:* Atlantik-Brücke-Archiv
unten: picture-alliance / dpa / AFP; Nr. 2446150
31 Atlantik-Brücke-Archiv
32 Atlantik-Brücke-Archiv
33 Atlantik-Brücke-Archiv
34 Atlantik-Brücke-Archiv
35 Atlantik-Brücke-Archiv
36 *links:* Creative Commons © 2001 Michael Foran, flickr.com
rechts: picture-alliance / dpa / epa afp Ahmad Al-Rubaye; Nr. 3704877
37 Atlantik-Brücke-Archiv
38 The Wall Street Journal
39 picture alliance / REUTERS © Tobias Schwarz; Nr. 111342069
40 Atlantik-Brücke-Archiv
41 Atlantik-Brücke-Archiv
42 Atlantik-Brücke-Archiv
43 Atlantik-Brücke-Archiv
44 Atlantik-Brücke-Archiv
45 picture alliance / Sven Simon / Frank Hoemann; Nr. 85465362
46 Atlantik-Brücke-Archiv
47 Atlantik-Brücke-Archiv
48 Atlantik-Brücke-Archiv
49 Unsplash / Sylwia Bartyzel
50 Pexels / Lee Chinyama
51 U. S. Embassy Germany

Portraits // Porträts

Page // Seite

9 *Sigmar Gabriel:* Maurice Weiss
14 *Amrai Coen:* Katharina Draheim
15 *Martin Klingst:* Katharina Draheim
28 *Thomas Bagger:* Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Polen
32 *Anand Raghuraman:* privat
41 *Julia Friedlander:* Katharina Draheim
46 *Christiane Hoffmann:* Bundesregierung / Kugler
55 *Friedrich Merz:* Steffen Böttcher
58 *Chelsea McKelvey:* privat
68 *Veronica Escobar:* veronicaescobar. com
69 *Michael Werz:* Center for American Progress
70 *Elisabeth Zerofsky:* Katharina Draheim
78 *Norbert Röttgen:* Tobias Koch
82 *Mayra Guadalupe Cedano Robles:* Yiri Vanroy
91 *Erin Sikorsky:* The Center for Climate and Security
96 *Hans-Gert Pöttering:* Foto-AG Gymnasium Melle
105 *Volker Berghahn:* privat

Imprint // Impressum

Executive Board // Geschäftsführender Vorstand

Chairman // Vorsitzender
Sigmar Gabriel, former Vice Chancellor and former Federal Minister // Vizekanzler und Bundesminister a. D.

Vice Chairmen // Stellvertretende Vorsitzende
Prof. Dr. Michael Hüther
Dr. Norbert Röttgen, Member of the German Bundestag, former Federal Minister // MdB, Bundesminister a. D.

CEO // Geschäftsführerin
Julia Friedlander

Treasurer // Schatzmeisterin
Ute Wolf

Publisher // Herausgeber

Atlantik-Brücke e. V.
Am Kupfergraben 7
10117 Berlin

Chief Editor // Redaktion und Projektleitung
Katharina Draheim

Editorial Advisory // Redaktionsbeirat
Martin Klingst, Michael Werz

Assistance // Mitarbeit
Carla Bieg

Art Direction, Design // Art Direktion, Gestaltung
Grook – Bureau für Gestaltung

Translations, Copy Editing // Übersetzungen, Lektorat
Rotkel. Die Textwerkstatt

Copy Editing // Lektorat
Martin Klingst

Reproduction // Repro
Twentyfour Seven

Printing // Druck
Druckhaus Sportflieger, medialis Offsetdruck GmbH

ATLANTIK-BRÜCKE